



Aus dem Inhalt:

- Schwerpunkt: Tourismusförderung
- Aus für die Gemeinschaftsschule?
- Landrätekonzferenz in Berlin zu Kommunalfinanzen
- Umlageverbände tragen Zusatzlasten der kreisangehörigen Gemeinden
- Kompetenzzentren Frau und Beruf



Kommunaler Finanzausgleich: Fortschreibung aus Münster

Am 19. Juli 2011 hat der nordrhein-westfälische Verfassungsgerichtshof in Münster die Kommunalverfassungsbeschwerde des Kreises Recklinghausen und der ihm angehörenden zehn Städte gegen das Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) 2008 – zur Zeit der CDU-/FDP-Landesregierung – als unbegründet zurückgewiesen. Der Umfang der den Kommunen zugewiesenen Finanzmittel sei verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden.

Die Kläger hatten argumentiert, dass das Land ihnen nicht die Mittel gebe, auch nur die seitens des Landes übertragenen Pflichtaufgaben zu finanzieren. Schon für diese müssten sie seit Jahren Kredite aufnehmen. Zudem führe das derzeitige System der Verteilung der Landeszuweisungen zu zusätzlichen Verwerfungen bei Kreisen und kreisangehörigen Gemeinden, da auch die Kreise unterfinanziert und damit gezwungen seien, die Gemeinden über die Kreisumlage zur Finanzierung der erheblich steigenden Kosten für den Sozialbereich heranzuziehen.

Das Gericht hat unterstrichen, dass die Kommunen gegenüber dem Land einen Anspruch auf angemessene Finanzausstattung haben. Allerdings stehe der kommunale Finanzausgleich nach Artikel 79 Satz 2 der Landesverfassung unter dem Vorbehalt der finanziellen Leistungsfähigkeit des Landes. Zudem setze sich die kommunale Finanzausstattung zu einem großen Teil aus eigenen kommunalen Einnahmen und bundesrechtlich vorgegebenen Steuererträgen zusammen. Zu prüfen sei nur, ob das Land einen verfassungsrechtlich gebotenen Gesamtbetrag im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs zur Verfügung gestellt habe.

Unter diesen Voraussetzungen seien die Beschwerdeführer durch das GFG 2008 nicht in ihrem Selbstverwaltungsrecht verletzt: Die gewährte Finanzausgleichsmasse sei in ihrer Gesamtheit nicht offensichtlich unangemessen und es liege kein Verstoß gegen das interkommunale Gleichbehandlungsgebot vor.

Ausgehend von den im Gesetzgebungsverfahren zum GFG 2008 vorliegenden Erkenntnissen hätten sich in der Finanzwissenschaft bislang keine geeigneten Indikatoren zur konkreten Ermittlung eines angemessenen Aufwands für die kommunale Aufgabenerfüllung allgemein durchgesetzt. Deshalb müsse die Höhe der angemessenen Finanzausstattung letztlich im Rahmen einer politischen Entscheidung bestimmt werden. Gleichwohl sei der Gesetzgeber gehalten, sich um eine möglichst realitätsnahe Ermittlung des Aufwands zur Erfüllung kommunaler Aufgaben, namentlich der Pflichtaufgaben, zu bemühen. Vor allem müsse er auf erkennbare Belastungsverschiebungen im Bereich kommunaler Pflichtaufgaben reagieren. Dem von den Beschwerdeführern geltend gemachten signifikanten Anstieg kommunaler Ausgaben für Sozialleistungen sei Rechnung zu tragen. Allerdings – so die Richter – hätten dem Landtag noch keine Berechnungen vorgelegen, welche Änderungen der Finanzausgleichssystematik im Einzelnen sachlich geboten gewesen seien. Zudem sei keine deutliche, durchgreifende Verschiebung der Finanzlage zwischen Land einerseits und Kommunen andererseits erkennbar geworden, so dass der Landtag innerhalb seines ihm eingeräumten Gestaltungsspielraums gehandelt habe.

Die Tatsache, dass die Kreise den Großteil der Sozialkosten im kreisangehörigen Raum tragen und diese deshalb über die Kreisumlage zu finanzieren sind, haben die Richter als vertretbar angesehen, solange kein alternatives und eindeutig vorzugswürdiges anderweitiges Verteilungssystem entwickelt worden sei. Allerdings müssten die damit verbundenen Verteilungsprobleme und Neutralisierungseffekte bei künftig ansteigenden Gewichtungsfaktoren im Blick behalten und gegebenenfalls mit sachverständiger Hilfe durch anderweitige gesetzliche Ausgestaltungen vermieden oder zumindest abgeschwächt werden. Zum Zeitpunkt des Gesetzgebungsverfahrens zum GFG 2008 hätten jedenfalls noch keine belastbaren Erkenntnisse vorgelegen, die eine grundsätzliche Umstellung des GFG im Hinblick auf die Soziallasten zwingend geboten hätten.

Da sich die Sozialkosten in den letzten Jahren weiterhin dynamisch nach oben entwickelt haben und deren Gewichtung mit dem GFG 2011 entsprechend deutlich verstärkt wurde, ist für die inzwischen begonnene Diskussion zum GFG 2012 der Erkenntnisgewinn durch die im März 2011 seitens des Landkreistages erfolgte Veröffentlichung der finanzwissenschaftlichen Studie von Martin Junkernheinrich und Gerhard Micosatt zum Kreisfinanzausgleich zu berücksichtigen. Sie enthält die Grundlagen für ein neues und besseres Finanzverteilungssystem. Landtag und Landesregierung tun gut daran, die Studie gewissenhaft auszuwerten und ihre Schlüsse daraus zu ziehen.

Dr. Martin Klein
Hauptgeschäftsführer
des Landkreistages Nordrhein-Westfalen



Kavalleriestraße 8
40213 Düsseldorf
Telefon 02 11/ 300 491-0
Telefax 02 11/ 300 491-660
E-Mail: presse@lkt-nrw.de
Internet: www.lkt-nrw.de

Impressum

EILDIENST – Monatszeitschrift
des Landkreistages
Nordrhein-Westfalen

Herausgeber:
Hauptgeschäftsführer
Dr. Martin Klein

Redaktionsleitung:
Pressesprecherin Christina Stausberg

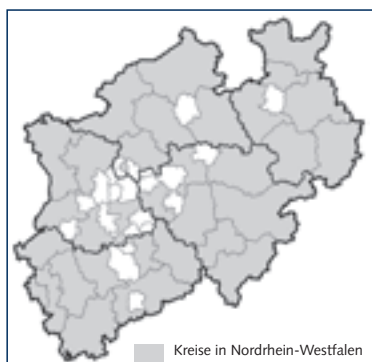
Redaktion:
Erster Beigeordneter Dr. Marco Kuhn
Beigeordneter Reiner Limbach
Referent Dr. Markus Faber
Referentin Dr. Andrea Garrelmann
Referentin Dorothee Heimann
Referent Dr. Christian von Kraack
Referent Dr. Kai Zentara
Redakteurin Heike Ahlen

Quelle Titelbild:
Wirtschaftsförderung
Kreis Soest GmbH

Redaktionsassistent:
Heike Schützmann
Monika Dohmen

Herstellung:
Druckerei und Verlag
Knipping GmbH, Birkenstraße 17,
40233 Düsseldorf

ISSN 1860-3319



Thema aktuell

Aus für die Gemeinschaftsschule!? Zum Beschluss des Oberverwaltungsgerichts Münster zur Perspektivschule Finnentrop	244
Umlageverbände tragen Zusatzlasten der kreisangehörigen Gemeinden	246
Multiresistente Erreger entschlossen bekämpfen	249

Aus dem Landkreistag

Landräte-Konferenz am 9./10. Juni 2011 in Berlin zu Kommunalfinzen	251
Öffentliche Ausgaben unter Kontrolle? Gespräch mit den Bundestags- abgeordneten Ingrid Arndt-Brauer (SPD) und Dr. Mathias Middelberg (CDU)	252
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen Steffen Kampeter: Finanzpolitische Herausforderungen auf allen Ebenen	253
Heinrich Haasis, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes: Sparkassen sind die Finanziers des Mittelstands	255
Sparkassen überstehen Finanzmarktkrise unbeschadet: Dr. Rolf Gerlach und Michael Breuer, Präsidenten der Sparkassen- und Giroverbände in NRW	256

Schwerpunkt: Tourismusförderung

Tourismus in NRW – Eine Entwicklung, die Mut macht	258
Tourismusoffensive mit drei Säulen: Radfahren, Reiten, Wandern	259
1.000 Kilometer auf dem Rücken eines treuen Freundes – Münsterland-Reitroute entsteht bis 2013	261
Expeditionen ins „neanderland“ – die Marke für den Tourismus im Kreis Mettmann	262
Umweltfreundlicher Tourismus zwischen Ruhr und Lippe	264
Der Rhein-Sieg-Kreis – Eine Region mit Zukunft	266
„2000 Jahre Varusschlacht im Teutoburger Wald“	269
Weil es gemeinsam besser geht: Zusammenarbeit von Kommunen, Kreisen und privaten Anbietern bringt den Rad-Tourismus nach vorn	271
Klöster, Natur und GPS – Kulturland Kreis Höxter auf dem Weg	272
Erfolgreiche Marketingkampagne der Niederrhein Tourismus GmbH	274
Sauerlandpark und Eventaufzug zur Burg Altena – Märkischer Kreis setzt auf Wandern, Radfahren und Kulturtourismus	276
Auf der Spur der Natur – Tierbeobachtung als Erholungsansatz	278
Kreis Euskirchen – Erlebnisse mit Rangern und auf Rädern	280
Vor der Tour virtuell zum Ziel. Das nördliche Ruhrgebiet per Mausclick erkunden	281
„Einfach naheliegend“ ... Freizeitregion Ennepe-Ruhr	283
Klasse statt Masse: Erfolgreich praktizierter Qualitätstourismus im Kreis Paderborn	285
Wandern 2.0 im Kreis Düren	287
Mobilität mit Spaß – Flexible Angebote für Gäste an der Ravensberger Bahn und der Weserbahn – Zu Lande, zu Wasser und in der Luft	288
Tourismus im Kreis Soest – Entwicklung, Förderung und Aussicht	289

EILDIENTST

7-8/2011

Themen

Einrichtung von Kompetenzzentren Frau und Beruf in NRW – Stellungnahme der kommunalen Spitzenverbände	291
Die Partnerschaft zwischen den Kreisen Gütersloh und Valmiera/Lettland – Helfen, wo Hilfe gewünscht wird	292
Initiative für mehr Einbürgerung im Kreis Kleve: Erste positive Wirkung schon spürbar	294



Im Fokus

Oberbergischer Kreis baut Akademie für Gesundheitswirtschaft und Senioren	295
Medien-Spektrum: Aktuelle Pressemitteilungen	
Umfrage von Städtetag NRW und Landkreistag NRW: Für knapp ein Viertel der berechtigten Kinder in NRW sind Anträge auf Leistungen nach dem Bildungspaket gestellt	297
Nachbesserung bei Arbeitsmarktinstrumenten nötig: Reform geht an Arbeitslosen vorbei	297
Kommunale Wirtschaftsförderer beraten über Zukunftsstrategien für den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen	297
Städte, Kreise und Gemeinden warnen vor Anstieg der Abfallgebühren	298
Urteil des Verfassungsgerichtshofs NRW: Land muss bei kommunalem Finanzausgleich genauer hinschauen	298

Kurznachrichten

Allgemeines	
Erbschaften und Schenkungen 2009	299
NRW: 6,9 Prozent mehr Einbürgerungen im Jahr 2010	299
NRW-Einwohnerzahl weiter rückläufig	299
Jahresbericht 2010 des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (LANUV) erschienen	299
Arbeit und Soziales	
Jahresbericht 2010 über die Umsetzung des SGB II im Kreis Coesfeld erschienen	300
Familie; Kinder und Jugend	
Mehr Sorgerechtsentziehungen in Nordrhein-Westfalen	300
Familienzentrum Matthias-Claudius in Weeze – „Umbau ist sehr gelungen“	300
Schule und Weiterbildung	
Erfolg und Nichterfolg bei Abiturprüfungen in Nordrhein-Westfalen	300
Weiterhin traditionelles Berufsverhalten der Auszubildenden in NRW	301
Fortbildungslehrgang zum kommunalen Klima- und Flächenmanager	301
Wirtschaft und Verkehr	
Landwirtschaftszählung 2010 – Weizen ist die Nummer eins	301
Weniger Landwirtschaftsfläche in NRW	302
Fahrradfreundlicher Kreis Düren	302
Mehr Service im Internet – Tourismus im Kreis Heinsberg	302
Radbrochure in kürzester Zeit vergriffen	303

Hinweise auf Veröffentlichungen	303
---------------------------------	-----



„Aus für die Gemeinschaftsschule!?“ – Zum Beschluss des OVG Münster zur Perspektivschule Finnentrop

Von Dr. Florian Hartmann, Rechtsanwalt, Kapellmann und Partner, Düsseldorf und Dr. Kai Zentara, Referent beim LKT NRW

„Endgültiges Aus für die Gemeinschaftsschule“, „Gemeinschaftsschule vorerst gestoppt“ – so unterschiedlich lauten Zeitungsüberschriften zum Urteil des OVG Münster zur Perspektivschule in Finnentrop. Grund genug, einmal genauer hinzuschauen, was die Richter eigentlich gesagt haben.

1. Ausgangslage

Im Koalitionsvertrag hat die rot-grüne Landesregierung beschlossen, das längere gemeinsame Lernen in Gemeinschaftsschulen¹ zu fördern. Die Praxistauglichkeit dieses neuen Konzepts soll in Schulversuchen nach § 25 des Schulgesetzes (SchulG) erprobt werden. Interessierte Kommunen konnten bis zum 31. Dezember 2010 die Teilnahme an einem solchen Schulversuch beantragen. Das haben zahlreiche Städte und Gemeinden getan. In einigen Nachbarkommunen regte sich jedoch die Befürchtung, dass die neuen Schulen den Bestand der eigenen Schulen gefährden könnten. Manche dieser Städte und Gemeinden beschränkten den Rechtsweg. Dazu haben die Verwaltungsgerichte in Aachen und Arnsberg drei (Eil-) Entscheidungen getroffen: In einem Verfahren (VG Aachen, Az.: 9 L 51/11) hat das Gericht die Genehmigung des Schulversuches für rechtmäßig erachtet. In zwei anderen Verfahren (Az.: 10 L 141/11 und Az. 10 L 155/11) hat das Verwaltungsgericht Arnsberg ausgesprochen, dass die Genehmigung der Perspektivschule Finnentrop rechtswidrig sei. Jetzt hatte das Obergerverwaltungsgericht Münster im Beschwerdeweg über die Arnsberger Beschlüsse zu befinden und die Genehmigung der Perspektivschule Finnentrop ebenfalls für rechtswidrig erklärt (Az.: 19 B 478/11 bzw. 19 B 479/11).

2. Kontroverse Rechtsfragen

Im Wesentlichen hatten sich die Gerichte in Aachen und Arnsberg mit folgenden – praktisch identischen – Rechtsfragen zu befassen, auf die die Richter jedoch völlig unterschiedliche Antworten gegeben haben: Zunächst war zu klären, ob sich ein benachbarter Schulträger überhaupt gegen die Errichtung einer Gemeinschaftsschule im Rahmen eines Schulversuches wehren kann. Das hat das Verwaltungsgericht (VG) Aachen grundsätzlich verneint. Werde ein

Schulversuch für die Sekundarstufe I genehmigt, bedürfe es keiner „Bedürfnisprüfung“ – also der Prüfung, ob nicht die vorhandenen Kapazitäten in Nachbarkommunen für eine angemessene Beschulung ausreichen. Eine Genehmigung nach § 25 SchulG könne benachbarte Schulträger somit gar nicht in ihren Rechten verletzen, jedenfalls soweit ein Schulversuch die Sekundarstufe I umfasse.

Das VG Arnsberg hingegen meinte, auch bei der Errichtung einer Gemeinschaftsschule der Sekundarstufe I seien die Belange der benachbarten Schulträger zu berücksichtigen. Außerdem hielt das Gericht § 25 SchulG bereits nicht für eine ausreichende Rechtsgrundlage, die Gemeinschaftsschule in der geplanten Form als Schulversuch einzuführen. In ihrer Begründung stellten die Richter darauf ab, dass § 25 SchulG lediglich ergebnisoffene Schulversuche als atypische Ausnahmen ermögliche. Das fragliche Vorhaben sei jedoch Teil einer systematischen, über punktuelle Projekte hinausgehenden Einführung einer neuen Schulform, was sich vor allem aus der Koalitionsvereinbarung ergebe. Ein derartiges Vorhaben unterliege dem Vorbehalt des Gesetzes; es erfordere eine entsprechende verfassungskonforme formelle Gesetzesgrundlage, die nicht vorhanden sei.

Mit dieser Argumentation betrat das VG Arnsberg Neuland. Bislang hatte das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) in ständiger Rechtsprechung² geurteilt, dass der Vorbehalt des Gesetzes und der Wesentlichkeitsgrundsatz spezielle Regelungen des parlamentarischen Gesetzgebers – also eine „eigene“ gesetzliche Regelung der Gemeinschaftsschule – dann erforderten, wenn die Grenzen im Spannungsfeld zwischen Bildungs- und Erziehungsauftrag des Staates und elterlichem Erziehungsrecht in substantieller Hinsicht zu Lasten des Elternrechts verschoben würden. Das Land und die Kommunen, die die Errichtung von Gemeinschaftsschulen beantragt hatten, sind unter Berufung auf die Rechtsprechung des BVerfG der Meinung, dass von einer

solchen substantiellen Verschiebung nicht ausgegangen werden könne, wenn gerade einmal 14 Gemeinschaftsschulen als Versuchsschulen genehmigt seien. Niemand – auch im ländlichen Bereich nicht – sei „gezwungen“, sein Kind auf einer Gemeinschaftsschule anzumelden.

Auch das VG Aachen war der Ansicht, dass bei der geringen Zahl der derzeit genehmigten Gemeinschaftsschulen noch von einem durch § 25 SchulG gedeckten Schulversuch ausgegangen werden könne.

3. Die Entscheidung des Obergerverwaltungsgerichts (OVG) Münster

Hatten die Untergerichte in Aachen und Arnsberg schon unterschiedliche Ansätze verfolgt, begründete das OVG Münster seine Entscheidung mit einem dritten Argumentationsstrang. Wörtlich stellte der 19. Senat zum Beschluss des VG Arnsberg fest: „Die Beschwerde [des Landes und der Gemeinde Finnentrop] bleibt ohne Erfolg, weil der angefochtene Beschluss jedenfalls im Ergebnis zutrifft.“

a) Perspektivschule Finnentrop kein Schulversuch i. S. d. § 25 SchulG

Das OVG Münster urteilte, die Perspektivschule Finnentrop sei weder eine Schule im Rahmen eines Schulversuchs noch eine Versuchsschule im Sinne des § 25 SchulG. Deshalb sei die auf Grundlage des § 25 SchulG erteilte Genehmigung zur Errichtung der Perspektivschule rechtswidrig.

¹ Obwohl die nordrhein-westfälische Landesverfassung den Terminus „Gemeinschaftsschule“ anders definiert (vgl. Art. 12 Abs. 6 S. 1), wird er im vorliegenden Text in dem im Koalitionsvertrag und in der öffentlichen Diskussion verstandenen Sinne gebraucht.

² Vgl. z. B. BVerfGE 98, 218-264 zur Einführung der Rechtschreibreform in den Schulen.

Wesensmerkmal eines Schulversuchs sei, dass er der Erprobung von Reformmaßnahmen diene. Die Schulverwaltung müsse einen Erprobungsbedarf darlegen, also eine Ungewissheit über die Eignung der Gemeinschaftsschule als einer neuen Schulform in Nordrhein-Westfalen, mit der längeres gemeinsames Lernen in der Sekundarstufe I ermöglicht und trotz des demografischen Wandels ein wohnortnahes Schulangebot gesichert werden solle.

Lege man die Angaben der Schulverwaltung zugrunde, sei die Eignung der Gemeinschaftsschule zur Erreichung dieser Reformziele jedoch nicht zweifelhaft, sondern stehe bereits fest. Das Schulministerium habe nachvollziehbar und schlüssig einen Bedarf für Änderungen des gegliederten Schulsystems dargestellt, nicht aber, inwiefern diese Reformen zuvor noch durch einen Schulversuch erprobt werden müssten. Im Gegenteil gehe das Ministerium selbst von der Eignung der Gemeinschaftsschule aus. In seinem „Leitfaden“ zur Einführung der Gemeinschaftsschule heiße es etwa, diese Schule sei „die Antwort“ auf die dort im Einzelnen beschriebenen Probleme. Auch sei nicht ersichtlich, dass das Ministerium die Erfahrungen mit Gemeinschaftsschulen in anderen Bundesländern einbezogen habe. Es habe nicht erläutert, welcher Erprobungsbedarf in Nordrhein-Westfalen trotz der Erkenntnisse aus diesen Bundesländern noch bestehe.

Damit hat das OVG Münster jedoch nicht, wie manche das Gericht verstehen wollen, ausgesprochen, die Errichtung von Gemeinschaftsschulen sei generell nur über eine Änderung des Schulgesetzes zu erreichen. Zur in Literatur³ und in den vorangegangenen Verfahren viel diskutierten Frage, ob § 25 SchulG noch dem Wesentlichkeitsgrundsatz genüge, hat sich das Gericht überhaupt nicht geäußert.

Das OVG Münster hat lediglich festgestellt, dass die Perspektivschule Finnentrop nicht nach § 25 SchulG genehmigt werden durfte. Dem Land war es hinsichtlich der Per-

spektivschule nicht gelungen, darzulegen und zu beweisen, dass dieses Konzept (noch) einer Erprobung bedürfe. Grundsätzlich könnte das Land deshalb auch nach der Entscheidung des OVG Münster Gemeinschaftsschulen – gegebenenfalls mit geänderten Konzepten – auf Grundlage des § 25 SchulG genehmigen, wenn ihm der Nachweis gelingt, etwas Neues, auch in anderen Bundesländern noch nicht Dagewesenes auszuprobieren. Was das Neuartige, noch nicht Dagewesene sein kann, ist allerdings keine juristische, sondern in erster Linie eine pädagogische Frage.

b) Das OVG Münster zum Rücksichtnahmegebot

Über die Ausführungen zum Verständnis des Schulversuches hinaus haben die Richter klargestellt, dass Schulministerium und Schulträger bei ihren Entscheidungen die Interessen der benachbarten Schulträger zu berücksichtigen hätten. Auch im Rahmen eines Schulversuches gelte das so genannte Rücksichtnahmegebot des § 80 Abs. 2 SchulG (entsprechend). Nach dieser Vorschrift sind die Schulträger gehalten, in enger Abstimmung und gegenseitiger Rücksichtnahme auf ein regional ausgewogenes, differenziertes Angebot zu achten. Dabei sei das Rücksichtnahmegebot nicht nur im Falle der Gefährdung des Bestandes einer benachbarten Schule verletzt. Rücksichtslos könnten ebenso schulorganisatorische Maßnahmen mit nachteiligen Auswirkungen sein, denen keine rechtlich geschützten Interessen zugrunde lägen. Ein solches rechtlich geschütztes Interesse könne die Finnentroper Gemeinschaftsschule schon deshalb nicht vorweisen, weil sie zu Unrecht genehmigt worden sei und sich schon allein deshalb als rücksichtslos erweise.

Mit dieser Begründung musste das OVG Münster nicht zu einer ebenfalls kontrovers diskutierten Frage Stellung nehmen: Wie ist die Reichweite des schulrechtlichen Rücksichtnahmegebots konkret zu verstehen? Verfahrensmäßig hatte die Gemeinde Finnentrop ihr Möglichstes getan: Die benachbarten Kommunen waren angeschrieben worden, sich zur Neugründung zu äußern,

der Schulentwicklungsplan war weiterentwickelt worden et cetera. Die Frage nach der Reichweite des Rücksichtnahmegebots interessiert nicht zuletzt vor folgendem Hintergrund: Was kann und muss eine Gemeinde mit verhältnismäßig kleiner Verwaltung tun, um dem schulgesetzlichen Rücksichtnahmegebot zu genügen? Bedeutet das Rücksichtnahmegebot, dass neue Ideen nur noch mit einer Heerschar von Schulentwicklungsplanern und Juristen umgesetzt werden können? Das kann nicht richtig sein.

4. Ausblick

Die Beschlüsse des OVG Münster sind unanfechtbar. Grundsätzlich wäre es dem Schulministerium allerdings möglich, im Hauptsacheverfahren Gründe nachzuschieben, weshalb die Gemeinschaftsschule doch im Sinne des § 25 SchulG erprobt werden muss. Auch eine Genehmigung mit neuer Begründung ist möglich. Die Genehmigungen, die den anderen Gemeinschaftsschulen im Land erteilt wurden, sind, soweit ersichtlich, mit einer im Wesentlichen identischen Begründung wie die Genehmigung der Perspektivschule Finnentrop ergangen. Diese Genehmigungen sind damit rechtswidrig, aber bestandskräftig, § 43 VwVfG NRW. Theoretisch könnte das Schulministerium diese rechtswidrigen Genehmigungen zurücknehmen, § 48 VwVfG. Einen Anspruch auf Rücknahme haben die Nachbarkommunen allerdings nicht. § 48 VwVfG stellt die Rücknahme in das Ermessen der zuständigen Behörde. Schließlich gilt: Die Herausforderungen des demografischen Wandels und des geänderten Schuwahlverhaltens bleiben auch nach dem Richterspruch aus Münster bestehen. Jetzt ist die Landespolitik gefragt, (auch rechtlich) belastbare Antworten auf diese Herausforderungen zu geben. Antworten, die die Interessen nicht nur der Kommunen, sondern auch der betroffenen Eltern und Kinder, zu einem gerechten Ausgleich bringen und gerichtliche Auseinandersetzungen möglichst schon im Vorfeld vermeiden.

EILDienst LKT NRW
Nr. 7-8/Juli-August 2011 40.10.12

³ Vgl. nur: Bodo Pieroth, Die neue Gemeinschaftsschule am Maßstab der Schulversuchsklausel und der Hauptschulgarantie, Eildienst 2/2011, S. 65f.



Umlageverbände tragen Zusatzlasten der kreisangehörigen Gemeinden auf Kosten ihrer Substanz – Haushaltsentwicklung der Kreise und der Städteregion Aachen sowie der Landschaftsverbände 2009, 2010 und 2011

Zu den Ergebnissen der Haushaltsumfrage 2011

Von Dr. Martin Klein, Hauptgeschäftsführer des Landkreistags NRW, und Dr. Christian von Kraack, Referent, Landkreistag NRW

Die Umlageverbände tragen die zusätzlichen Belastungen der Gemeindefinanzierung des Jahres 2011 (Grunddatenanpassung im Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) 2011 und steigende Soziallasten) im kreis-/städteregionsangehörigen Raum auf Kosten ihrer Substanz und in zum Teil unumkehrbarer Weise. Das belegen die Ergebnisse der diesjährigen Haushaltsumfrage des Landkreistags Nordrhein-Westfalen. Trotz um 271 Mio. Euro beziehungsweise 1,73 Prozent gestiegener Gesamtaufwendungen (Kreis/Städteregion: + 172,7 Mio. Euro beziehungsweise +1,68 Prozent; Landschaftsverbände: 98,4 Mio. Euro beziehungsweise +1,84 Prozent) steuern die Kreise/Städteregion und die Landschaftsverbände den wegbrechenden Umlagegrundlagen (Kreis/Städteregion: -727,3 Mio. Euro beziehungsweise -6,1 Prozent; Landschaftsverbände: -890,1 Mio. Euro beziehungsweise -4 Prozent) nur mit zurückhaltenden Umlagesatzerhöhungen gegen und erheben im Haushaltsjahr 2011 insgesamt 113,2 Mio. Euro (Kreis/Städteregion: -107,8 Mio. Euro, Landschaftsverbände: -5,4 Mio. Euro) weniger an allgemeiner Kreis-/Städteregions- und Landschaftsumlage als im Haushaltsjahr 2010. Sie ergänzen dies durch einen kumulativen Eigenkapitaleinsatz zugunsten der kreis-/städteregionsangehörigen Gemeinden in Höhe von 333,4 Mio. Euro (Kreis/Städteregion: 229,3 Mio. Euro; Landschaftsverbände: 104,1 Mio. Euro) und gleichen die Verluste an Schlüsselzuweisungen, die die kreis-/städteregionsangehörigen Gemeinden im Zuge der Grunddatenanpassung des GFG 2011 kumuliert hinnehmen müssen (circa 130 Mio. Euro), damit zu 256 Prozent aus. Mit Blick darauf, dass die Haushalte der Umlageverbände fast vollständig durch Pflichtaufgaben bestimmt werden und die Kreise/Städteregion 81,4 Prozent der Soziallasten des kreis-/städteregionsangehörigen Raums tragen, widerlegt dies die vereinzelt zu vernehmende Ansicht gemeindlicher Vertreter, das Finanzgebaren der Umlageverbände müsse gezügelt werden, und deckt überdies eine bedenkliche Situation auf: Die Umlageverbände haben ihre Ausgleichsrücklagen in großem Maße abgeschmolzen und beginnen mit dem Verzehr der allgemeinen Rücklage. Dieser ist bei ihnen – im Gegensatz zu Gemeinden – jedoch irreversibel.

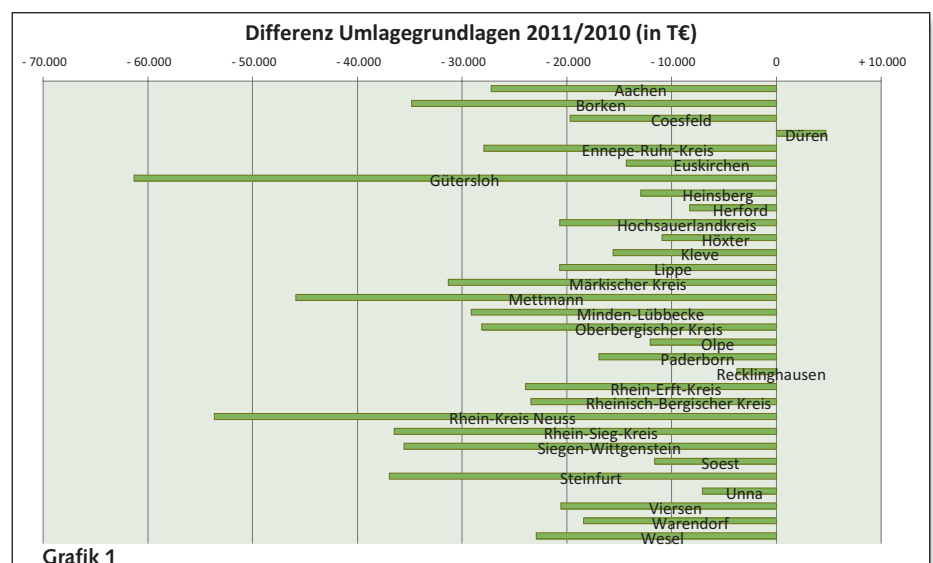
Im Rahmen der Erhebung zur Entwicklung der Haushalte der Kreise/Städteregion und Landschaftsverbände in den Haushaltsjahren 2009, 2010 und 2011 des Landkreistages Nordrhein-Westfalen wurden die Daten der 31 kreislichen Gebietskörperschaften (30 Kreise und Städteregion Aachen) sowie der beiden Landschaftsverbände (Landschaftsverband Rheinland (LVR) und Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL)) erhoben. Die Ergebnisse, die hochaufschlussreich sind, werden nachfolgend dargestellt¹. Im Mittelpunkt steht dabei die allgemeine Haushaltssituation (1.). Es folgt eine Schilderung der Entwicklungen bei der Jugendamtsumlage (2.) und der ÖPNV-Umlage (3.). Die Darstellung schließt mit einer kurzen Bewertung (4.).

1. Umlageverbände tragen zusätzliche Belastungen des kreislichen Raums im Jahr 2011 allein – Zur Gesamtlage der Haushalte

Die Auswertung der Daten zur allgemeinen Umlage, zu den Gesamtaufwendungen und

zum Eigenkapitaleinsatz der Kreise/Städteregion und der Landschaftsverbände zeigt klar, dass die zusätzlichen Belastungen des kreis-/städteregionsangehörigen Raums im Jahr 2011 (unter anderem Grunddatenan-

werden: Obwohl die allgemeinen Umlagegrundlagen der Kreise/Städteregion im Vergleich zum Vorjahr im Landesdurchschnitt drastisch, nämlich um 6,1 Prozent, gesunken sind (vergleiche Grafik 1),



passung des GFG 2011 und weiterer Anstieg der Sozialaufwendungen) effektiv allein durch die Umlageverbände getragen

erhöhen die Kreise/Städteregion den Satz der allgemeinen Umlage nur um landesdurchschnittlich 1,75 Punkte (2010/2009: + 2,2

¹ Stand der Auswertung ist der 14.07.2011.

Prozent; 2009/2008: + 0,12 Prozent). Da sich die Höhe der durch die Gemeinden zu zahlenden Umlage aus dem Produkt von Umlagesatz und Umlagegrundlagen ergibt, bedeutet dies, dass die Kreise/Städteregion im Haushaltsjahr 2011 insgesamt 107,8 Mio. Euro weniger an allgemeiner Umlage erheben als im Haushaltsjahr 2010. Das Aufkommen der allgemeinen Umlage geht in insgesamt 23 der 31 kreislichen Gebietskörperschaften zurück und bricht im Einzelfall um bis zu 10,1 Prozent ein (vergleiche Grafik 2).

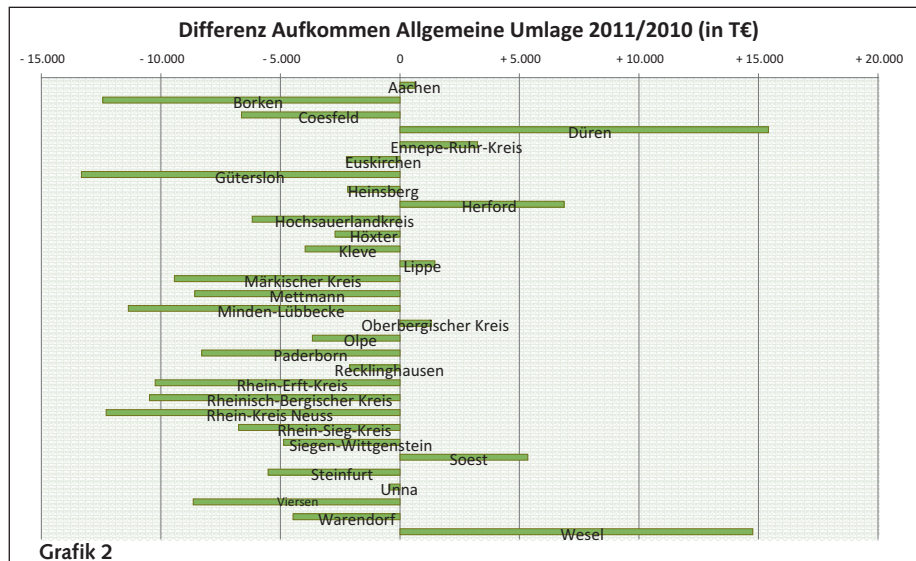
Bei den Landschaftsverbänden gestaltet sich die Lage im Grundsatz ähnlich: Sie erheben insgesamt 5,4 Mio. Euro weniger an Landschaftsumlage als im Vorjahr (LVR: +13 Mio. Euro; LWL: -18,4 Mio. Euro), da sie die Umlagesätze bei um 890,1 Mio. Euro (landesweit: -4,1 Prozent) zurückgehenden Umlagegrundlagen nicht vollkompensierend anheben (LVR: +1,0 Prozent; LWL: +0,5 Prozent), obwohl ihre Gesamtaufwendungen um 98,4 Mio. Euro zugenommen haben (+1,84 Prozent). Da die Höhe der kreislichen Gesamtauf-

cke wird von den Kreisen/der Städteregion über den fortgesetzten – und bei Umlageverbänden irreversiblen – Verzehr von Eigenkapital in vielen Fällen noch ausgeglichen. So können in der Haushaltsplanung für das Jahr 2011 noch 29 der 31 kreislichen Gebietskörperschaften und beide Landschaftsverbände den Haushaltsausgleich erreichen (Vorjahr: 30 Kreise/Städteregion und beide Landschaftsverbände), während zwei Kreise dieses Ziel nicht erreichen werden (Vorjahr: 1; Vorvorjahr 2). Dieser Haushaltsausgleich ist jedoch in den meisten Fällen nur fiktiv: 25 von 31 kreislichen Gebietskörperschaften (Vorjahr: 26) und die beiden Landschaftsverbände nehmen ihre Ausgleichsrücklage in Anspruch (Vorjahr: 21 kreisliche Gebietskörperschaften und beide Landschaftsverbände; Vorvorjahr: 14 Kreise und ein Landschaftsverband).

Die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage schwankt dabei – soweit noch eine einen Euro übersteigende Ausgleichsrücklage vorhanden ist – in den kreislichen Gebietskörperschaften zwischen 34 Mio. Euro und 16.000 Euro (Vorjahr: zwischen 22,5 Mio. Euro und 161.000 Euro). Bei den Landschaftsverbänden sind Reduzierungen der Ausgleichsrücklage um 36,2 Mio. Euro (LVR) bzw. 132,8 Mio. Euro (LWL) vorgesehen (Vorjahr: 46 Mio. Euro [LVR] bzw. 90,7 Mio. Euro [LWL]). Der zunehmende Verzehr der Ausgleichsrücklagen wird dabei zum Ende des Haushaltsjahres 2011 bereits in 9 kreislichen Gebietskörperschaften dazu führen, dass keine oder nur mehr eine einen Euro (Kreis Mettmann) betragende Ausgleichsrücklage bestehen wird. Die Kreise und die Städteregion setzen damit im Haushaltsjahr 2011 insgesamt 229,3 Mio. Euro an Ausgleichsrücklagemitteln ein (2010: 157,8 Mio. Euro; 2009: 62 Mio. Euro), die Landschaftsverbände nochmals 169 Mio. Euro. In den vier kreislichen Gebietskörperschaften, die bereits ihre allgemeine Rücklage in Anspruch nehmen, kommt noch ein Einsatz von insgesamt 23 Mio. Euro von diesem Teil des Eigenkapitals hinzu.

Im Endeffekt setzen die kreislichen Gebietskörperschaften damit 252,3 Mio. Euro an Eigenkapital zur Umlageentlastung der kreis-/städteregionsangehörigen Gemeinden ein. Dieser wird ergänzt durch den zugunsten der kreis-/städteregionsangehörigen Gemeinden wirkenden Eigenkapitaleinsatz der Landschaftsverbände: Die von diesen insgesamt eingesetzten 169 Mio. Euro führen im kreis-/städteregionsangehörigen Raum entsprechend der landesdurchschnittlichen Beteiligung des kreis-/städteregionsangehörigen Raums an den Umlagegrundlagen der Landschaftsverbände zu Entlastungen von 104,1 Mio. Euro².

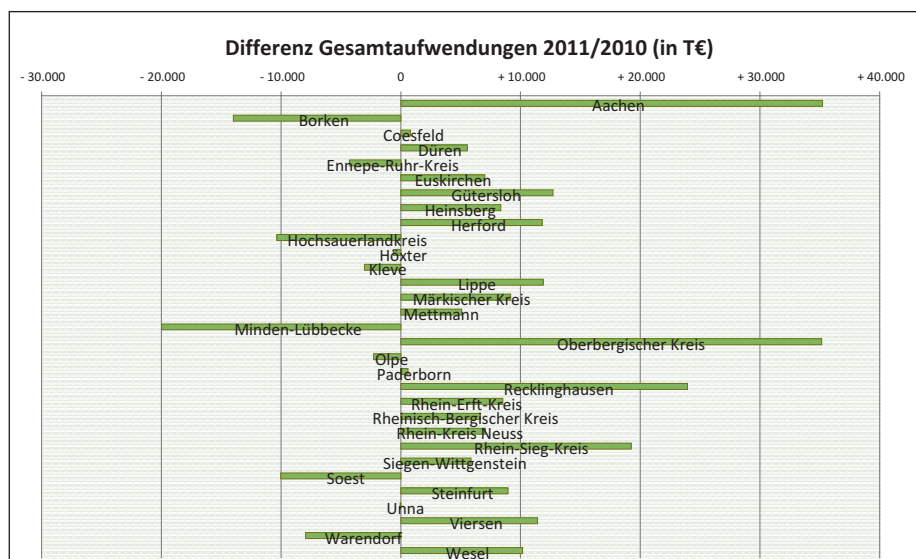
Ergebnis ist folglich ein kumulativer Eigenkapitaleinsatz der Umlageverbände zugun-



Grafik 2

Dies geschieht in einer Situation, in der die Höhe der Gesamtaufwendungen in 21 der 31 kreislichen Gebietskörperschaften zunimmt: Der Anstieg beträgt im Haushaltsjahr 2011 im Vergleich zum Vorjahr insgesamt 172,7 Mio. Euro beziehungsweise landesdurchschnittlich etwa 1,68 Prozent – in einzelnen kreislichen Gebietskörperschaften sogar bis zu 13 Prozent (vergleiche Grafik 3).

wendungen im Jahr 2011 – wie dargestellt – um landesweit 172,7 Mio. Euro zunimmt und das allgemeine Umlageaufkommen um landesweit 107,8 Mio. Euro zurückgeht, liegt nahe, dass in den kreislichen Haushalten, gemessen an den Gesamtaufwendungen des Vorjahres, eine Deckungslücke in Höhe von landesweit 280,5 Mio. Euro – landesdurchschnittlich 2,7 Prozent – vorliegt. Diese Lücke



Grafik 3

sten der kreis-/städtregionsangehörigen Gemeinden von 333,4 Mio. Euro. Die Verluste an Schlüsselzuweisungen, die die kreis-/städtregionsangehörigen Gemeinden im Zuge der Grunddatenanpassung des GFG 2011 kumuliert hinnehmen mussten (circa 130 Mio. Euro), gleichen die Kreise/Städteregion und die Landschaftsverbände damit weit überschießend aus, nämlich zu etwa 256 Prozent.

Damit lässt sich festhalten, dass es nicht die kreis-/städtregionsangehörigen Gemeinden sind, die die Grunddatenanpassung des GFG 2011 effektiv abzufedern haben, sondern allein die Kreise/Städteregion und die beiden Landschaftsverbände, die von den Gemeinden in Defizite getrieben werden, die sie über die Umlage nicht wieder ausgleichen können werden.

2. KiFöG-Belastungsausgleich dringend durchführen – Zur Entwicklung der Jugendamtsumlage

Die Entwicklung des landesweiten Aufkommens aus der Jugendamtsumlage in den nunmehr 27 (bisher: 28) kreislichen Gebietskörperschaften mit Kreis-/Städteregionsjugendamt (alle außer den Kreisen Ennepe-Ruhr, Mettmann und Recklinghausen und nunmehr auch Rhein-Erft) verläuft im Jahr 2011 entgegen der Entwicklung der allgemeinen Umlage. Hier ist ein erneuter Aufkommensanstieg um landesweit durchschnittlich 3,1 Prozent (2009/2010: +8,6 Prozent) festzustellen. Die landesdurchschnittliche Veränderung des Aufkommens ist das Ergebnis einer Spreizung zwischen einer Aufkommenssteigerung in 21 kreislichen Gebietskörperschaften (um bis zu 32,5 Prozent), einem Gleichbleiben in einem Fall und einem Aufkommensrückgang in sechs Fällen (vergleiche Grafik 4).

Der Satz der Jugendamtsumlage wurde dabei in 27 der betroffenen kreislichen Gebietskörperschaften erhöht und in einem Fall gesenkt (Auflösung des Kreisjugendamtes im Rhein-Erft-Kreis). Der Anstieg der Sätze ist nach Einschätzung der Geschäftsstelle insbesondere darauf zurückzuführen, dass bei im Landesdurchschnitt um etwa 9,4 Prozent zurückgehenden Jugendamtsumlagegrundlagen (2009/2010: -6 Prozent) zunehmend die Umsetzung der Tagesbetreuung für unterdreijährige Kinder in den Haushalten abgebildet und Aufkommensrückgängen gegengesteuert werden muss. Die Umsetzung bedeutet für die örtlichen Träger der Jugendhilfe enorme Ausgaben, die zumindest bis zur Anwendung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz zum 01.08.2013 jährlich zunehmen werden. Die Durchführung des Belastungsausgleichs nach der erfolgreichen Kommunalverfassungsbeschwerde der Kreise Düren und Wesel infolge der Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs für das Land Nordrhein-Westfalen (VerfGH NRW) vom 12.10.2010³ ist daher dringend erforderlich. Um jedoch die zu immer weiter wachsenden Ineffizienzen führende Zersplitterung der Jugendamtslandschaft nicht noch zu befeuern, müssen die zusätzlichen Mehrkosten, die dadurch anfallen, dass die Aufgaben im kreisangehörigen Raum durch 161 Jugendämter – 27 pflichtige Kreisjugendämter und 134 freiwillige⁴ Jugendämter kreisangehöriger Gemeinden (Stand: 01.01.2011) – statt der Mindestzahl von 31 Kreisjugendämtern wahrgenommen werden, stärker in den Blick genommen werden.

3. Die Entwicklung der ÖPNV-Umlage

Die ÖPNV-Umlage wird in neun kreislichen Gebietskörperschaften erhoben. Das Auf-

kommen ist dabei in sechs dieser Gebietskörperschaften gestiegen und in drei gesunken. Landesweit liegt ein Anstieg um 10 Prozent auf nunmehr 56,55 Mio. Euro vor (vergleiche Grafik 5, siehe Seite 249).

4. Bewertung

Die nunmehr vorliegenden Zahlen ermöglichen es, folgende Quintessenz zu ziehen: Angesichts der Tatsache, dass die Haushalte der Kreise/Städteregion in deutlich höherem Grade als die der kreis-/städtregionsangehörigen Gemeinden und fast vollständig durch Pflichtaufgaben bestimmt werden⁵, sowie des Umstands, dass die Kreise/Städteregion 81,4 Prozent der Soziallasten im kreis-/städtregionsangehörigen Raum tragen, die kreis-/städtregionsangehörigen Gemeinden dagegen nur 18,6 Prozent⁶, stellt der Eigenkapitaleinsatz der Umlageverbände zugunsten der kreis-/städtregionsangehörigen Gemeinden in Höhe von 345,468 Mio. Euro, der schon die GFG-Schlüsselzuweisungsverluste der kreis-/städtregionsangehörigen Gemeinden zu 256 Prozent kompensiert, ein deutliches und bedenkliches Signal dar: Der Eigenkapitalabbau und eine Verschuldung von Umlageverbänden ist nämlich irreversibel, da die Umlage – im Gegenteil zu den Realsteuerhebesätzen der Gemeinden – nicht so kalkuliert werden darf, dass über die Aufwendungen im Ergebnisplan hinaus Überschüsse erzielt werden, die erforderlich sind, um Finanzmittel für die ordentliche Tilgung in der Vergangenheit aufgenommenen Kredite zu erzielen. Trotzdem beginnen – nachdem ein Kreis bereits das Stadium der Überschuldung erreicht hat – im Haushaltsjahr 2011 bereits vier Kreise mit dem Verzehr der allgemeinen Rücklage, also des Teils ihres Eigenkapitals, der nicht für eine Pufferung von Umlagehöhen vorgesehen ist.

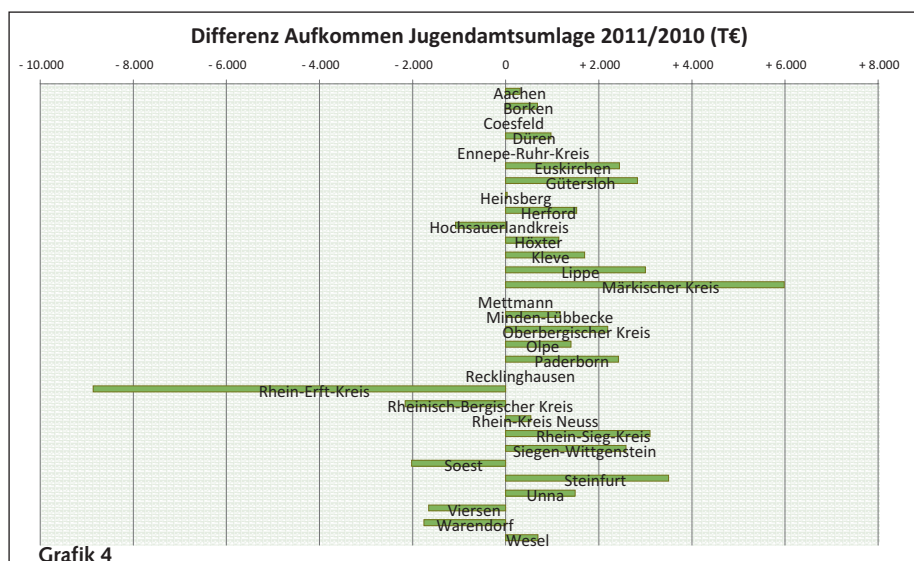
² Landesweit durchschnittliche Auswirkung auf kreisangehörigen Raum basierend auf Umlagegrundlagenanteil der Kreise an Umlagegrundlagen der Landschaftsverbände (2011: 45,2 %-Anteil an LVR- Umlagegrundlagen und 66,05 %-Anteil an LWL- Umlagegrundlagen; für 2011 führt dies zu einem Anteil, der landesweit 61,6 % der gesamten Landschaftsverbandsumlagegrundlagen ausmacht.).

³ VerfGH NRW NWVBl. 2011, 54, 54 ff.

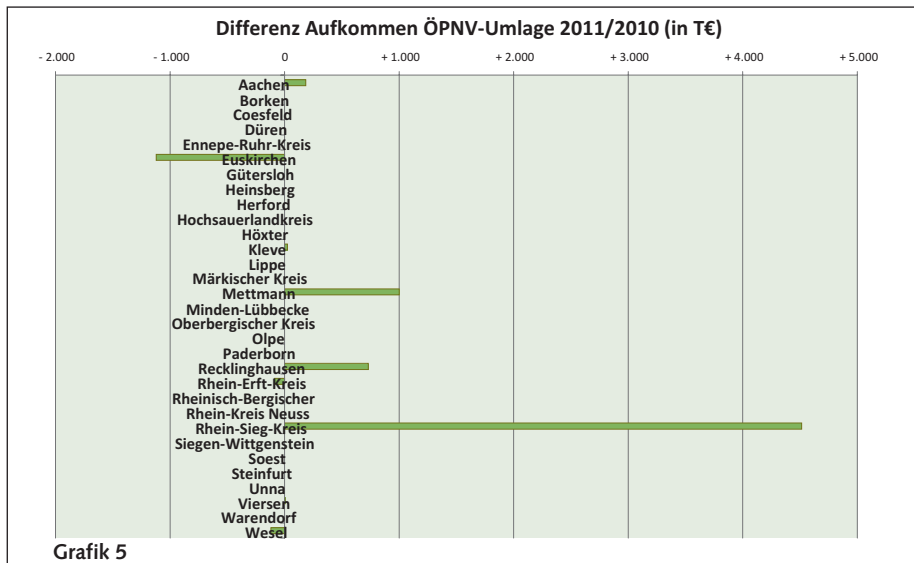
⁴ Die Gretchenfrage „Konnexität“ – Zwei grundlegende Punkte geklärt, Anmerkung zum Urteil des VerfGH NRW vom 12.10.2010, - VerfGH 12/09 -, NWVBl. 2011, 41, 42 f.

⁵ Vgl. Junkernheinrich/Micosatt, Kreise im Finanzausgleich der Länder – Eine finanzwissenschaftliche Untersuchung am Beispiel Nordrhein-Westfalens, Wiesbaden 2011, S. 77 f. und Abbildung 21.

⁶ Vgl. Junkernheinrich/Micosatt, aaO, S. 99.



Grafik 4



Es ist daher dringend erforderlich, die Finanzausstattung der Kreise/Städteregion zu verbessern, die seit über 30 Jahren politisch unberücksichtigt geblieben ist. Daher ist im Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) 2012

1. vor dem Hintergrund des überproportionalen Wachstums der pflichtigen So-

ziallasten eine höhere Gewichtung der Kreisschlüsselmasse vorzunehmen, um eine Absenkung der Kreisumlagen zu ermöglichen und den Umlagedruck von den kreisangehörigen Gemeinden zu nehmen. Bereits der Abschlussbericht der ifo-Kommission war hierbei zu dem Ergebnis gelangt, dass die Kreise – an-

stelle der bisherigen 11,7 Prozent – 17,26 Prozent der zur Verteilung zur Verfügung stehenden Gesamtschlüsselmasse erhalten müssten⁷.

2. die Neubildung einer Schlüsselmasse für Kreisaufgaben (für übergemeindliche Aufgaben der Kreise und kreisfreien Städte) sowie einer Schlüsselmasse für Gemeindeaufgaben (für gemeindliche Aufgaben kreisfreier Städte und kreisangehöriger Gemeinden) anstelle der bisherigen Schlüsselmassen für Kreise und für Gemeinden vorzunehmen, um einerseits die mit der bislang nicht aufgabengerechten Zuordnung der Soziallastenbedarfe einhergehende Überbelastung finanzstarker Gemeinden und andererseits die Rückverteilung bereits zuerkannter Sonderbedarfe finanzschwacher Gemeinden zu beenden.

⁷ ifo-Kommission, Abschlussbericht vom 25.06.2011, S. 21 ff., 24 und 78 [Empfehlung 16] sowie S. 394 ff.

EILDienst LKT NRW
Nr. 7-8/Juli-August 2011 20.32.01.1

Multiresistente Erreger entschlossen bekämpfen

Gemeinsames Positionspapier von Städtetag
NRW und Landkreistag NRW, Stand: 14. Juni 2011

1. Situation

Multiresistente Erreger (MRE), insbesondere MRSA¹, bedrohen in zunehmendem Maße die Gesundheit der Bevölkerung. Während in den Niederlanden die MRSA-Raten in den vergangenen Jahren durch konsequente Durchführung mikrobiologischer Untersuchungen und Einhaltung von Hygienemaßnahmen bei MRSA-Patienten auf einem niedrigen Niveau gehalten werden konnte, ist dies in Deutschland nicht gelungen. In vielen Ländern Europas stagnieren MRSA-Zahlen auf hohem Niveau oder steigen sogar noch an², so dass bereits von einer MRSA-Endemie gesprochen werden muss³. Durch den Aufbau neuer Hygienemanagementstrukturen konnten in Frankreich deutliche Erfolge bei der MRSA-Bekämpfung erreicht werden.

In Folge von Infektionen mit MRE kommt es in vielen Fällen zu schweren Erkrankungen und Todesfällen⁴. Die medizinische Behandlung und die Pflege davon betroffener Patienten sowie die Durchführung damit verbundener notwendiger Hygienemaßnahmen führen zudem zu zusätzlichen Kosten für das

Gesundheitssystem, insbesondere im Krankenhausbereich und in der Pflege. Aufgrund des Unterlassens mikrobiologischer Untersuchungen (so genannten Screenings) und einer konsequenten Bekämpfung (so genannter Sanierung), insbesondere bei der ambulanten Versorgung und im Heimbereich – beides ist bislang auf das Fehlen einer entsprechenden Kostenübernahme durch die gesetzliche Krankenversicherung zurückzuführen – wird die Durchführung von Prophylaxe und Behandlung der durch MRE ausgelösten Erkrankungen erschwert. Langfristig ist eine Verschärfung der Lage durch inadäquate Antibiotikatherapien und fehlende Hygienemaßnahmen unausweichlich. Die Folgen wären ein Ansteigen von durch Infektionen verursachten Erkrankungen und Todesfällen und damit verbundene Kostensteigerungen (beispielsweise verlängerte Liegezeiten, Einsatz teurer Reserveantibiotika). Es ist wissenschaftlich nachgewiesen, dass eine konsequente Bekämpfung (Screening- und Hygienemaßnahmen auf der einen Seite sowie Sanierungsmaßnahmen auf der anderen Seite) so kosteneffektiv sind, dass geringe Investitionen erhebliche Kosten ein-

¹ MRSA = Methicillin-resistente *Staphylococcus aureus*

² Vgl.: European Centre of Disease Prevention and Control (ECDC) European Antimicrobial Resistance Surveillance System (EARSS) Annual report 2008; http://ecdc.europa.eu/en/activities/surveillance/EARS-Net/Documents/2008_EARSS_AnnualReport.pdf

³ Vgl. bspw. die für den Kreis Höxter durchgeführte Studie von R. Woltering et al., MRSA-Prävalenz in medizinischen und pflegerischen Einrichtungen eines Landkreises, in: DMW 2008, 999-1003.

⁴ Nach aktuellen Hochrechnung wird angenommen werden, dass von den jährlich 400000–600000 nosokomialen Infektionen ca. 80000 bis 180000 potentiell vermeidbar seien. Damit verbunden seien zwischen 1500 bis 4500 vermutlich vermeidbare Todesfälle pro Jahr in deutschen Krankenhäusern (vgl. Gastmeier P, et al.: Wie viele nosokomiale Infektionen sind vermeidbar?, Dtsch Med Wschr 2010; 135: 91–93; vgl. ferner diesselbe: Zur Entwicklung nosokomialer Infektionen im Krankenhausinfektions-Surveillance-System (KISS) Epidemiologisches Bulletin 7. Februar 2011 / Nr. 5).

sparen können. Umgekehrt ist davon auszugehen, dass etwa 25 Prozent der im Krankenhaus erworbenen Kolonisationen zu einer manifesten Infektion führen, deren Therapie Kosten in Höhe von ungefähr 15.000 Euro verursacht⁵.

2. Aktualisierung des Positionspapiers

Vor diesem Hintergrund haben Städtetag NRW und Landkreistag NRW bereits 2009 ein gemeinsames Positionspapier vorgelegt, in dem die von den unteren Gesundheitsbehörden bereits durchgeführten Maßnahmen dargestellt und weitere Forderungen für eine erfolgreiche MRE-Bekämpfung erhoben wurden. Diese Ausführungen werden jetzt aktualisiert.

3. Maßnahmen der Gesundheitsämter in Nordrhein-Westfalen zur Bekämpfung von MRE⁶

- a) Bildung von MRE-/MRSA-Netzwerken
In den Euregios⁷ konnten durch die Einrichtung von MRE-/MRSA-Netzwerken beachtliche Erfolge bei der Bekämpfung der gefährlichen Erreger erreicht werden. Ähnliche Netzwerke sind nahezu flächendeckend von den unteren Gesundheitsbehörden in NRW gegründet worden. Im Rahmen der Netzwerke wurden partnerschaftlich und tragfähig unter Beteiligung der Krankenhäuser, der niedergelassenen Ärzteschaft, der Altenheime, der Wissenschaft, der Versicherungsträger, von Dialyseeinrichtungen, ambulanten Pflegediensten sowie des Rettungs- und Krankentransportwesens folgende Prozesse eingeleitet:

⁵ Das Universitätsklinikum Münster konnte im Rahmen des EUREGIO MRSA-net zeigen, dass die Investition zum Einsatz präventiver Untersuchungen zur Erfassung von MRSA-Trägern vor stationärer Aufnahme für eine chirurgische Klinik zu 20.000 € Nettoeinsparung geführt hat (Diller et al. 2007). Nach A. W. Friedrich (Vortrag: „Euregio-MRSA-net Chancen für den ÖGD“ kann bereits eine Reduktion der MRSA-Rate in den Krankenhäusern um 3% (9 Patienten pro Tausend) zu einer Ersparnis von € 39.393,00 pro Tausend Patienten führen.

⁶ Vgl. auch: Katja Peters, Wie groß ist das Risiko einer Infektion?, in: Blickpunkt öffentliche Gesundheit 3/2008, 4-5.

⁷ Vgl. MRSA-Net in den EUREGIOs „Twente/Münsterland“, „Rhein-Waal“, „Rhein-Maas“ und „Rhein-Maas-Nord“: <http://www.mrsa-net.org/indexDE.html>. Die Projekte werden nun fortgeführt im Euregionalen Netzwerk für Patientensicherheit und Infektionsschutz (EURSAFETY HEALTH-NET, vgl. <http://www.eursafety.eu/DE/Projektinformation/projektstrat.html>) sowie im MRE-Netzwerk Nord-west (vgl. <http://www.mre-net.org/>).

- J Vernetzung der einzelnen Akteure des Gesundheitswesens (Einführung eines MRSA-Übergabebogens)
- J Einführung von Prävalenzscreenings nach Risikofaktoren
- J Vereinheitlichung des Sanierungs- und Behandlungsmanagements (beispielsweise Erarbeitung von Strategien zur Umsetzung rationaler, an die regionale Situation angepasster Antibiotikastrategien durch eine Projektgruppe der Kassenärztlichen Vereinigung Westfalen-Lippe und der AOK Westfalen-Lippe)
- J Verbesserung der speziellen Kommunikation und gegenseitigen offenen Information
- J Durchführung von Fortbildungen
- J Erstellung und Verteilung von Informationsmaterialien

Ziele sind:

- J Verbesserung der Diagnostik und Erkennung von MRE
- J Adäquate Therapie von Infektionen mit Antibiotika
- J Schutz medizinischer und pflegerischer Einrichtungen vor der Einschleppung von MRE

- b) Gesundheitsaufsicht
Ein Schwerpunkt ist in medizinischen und pflegerischen Einrichtungen die regelmäßige Begehung, die Überwachung der hygienerelevanten Prozesse und der Dokumentation von Daten über Krankenhausinfektionen sowie MRE entsprechend dem Infektionsschutzgesetz (IfSG).

4. Forderungen an die Gesundheitspolitik zur Vermeidung von Krankenhausinfektionen und Bekämpfung von MRE

- a) Die umfassende und ungekürzte – außerhalb des kassenärztlichen Budgets erfolgende – Abrechenbarkeit des Screenings auf MRE und der so genannten Sanierung Betroffener sowohl in der stationären als auch in der ambulanten medizinischen Versorgung gegenüber der gesetzlichen Krankenkasse ist der Schlüssel zum Erfolg. Die Erfahrungen in der Euregio haben gezeigt, dass die guten Sanierungserfolge im MRSA-Bereich dort vor allen Dingen darauf zurückzuführen sind, dass Krankenhäuser und Hausärzte die Möglichkeit hatten, die Betreuungs-, Screening- und Sanierungsmaßnahmen (Labordiagnostik und Verschreibung der notwendigen Medikamente) über besondere Abrechnungsziffern mit den Krankenkassen abzurechnen. Die unteren Gesundheitsbehörden fordern da-

her weiterhin die Gesundheitspolitik in Nordrhein-Westfalen und im Bund auf, entsprechende Abrechnungsmöglichkeiten für alle niedergelassenen Hausärzte einzuführen. Sie begrüßen daher die im Entwurf für ein Infektionsschutzänderungsgesetz (Bundestags-Drucksache 17/5178; Bundesrats-Drucksache 150/11) vorgeschlagene Änderung von Paragraph 87 Sozialgesetzbuch (SGB) V ausdrücklich. Darüber hinausgehend ist auch für den stationären Bereich eine Kostenerstattungsregelung zwingend notwendig. Ohne diese Maßnahme werden die Netzwerke keinen Rückgang der MRE-Raten erreichen können.

- b) Seit dem 1. Juli 2009 existiert eine Meldepflicht gemäß Paragraph 7 IfSG bei positiven MRSA-Befunden in Blut und Liquor. Zudem wird die Einführung einer erweiterten Meldepflicht nach den Paragraphen 6 und 7 IfSG und die Erfassung von MRE sowie von Krankenhausinfektionen im IfSG benötigt.
- c) Einrichtung einer zentralen Koordinierungs- und Beratungsstelle des Landes, beispielsweise am Landesinstitut für den Öffentlichen Gesundheitsdienst (LIGA), zur Vereinheitlichung des landesweiten Vorgehens, und finanzielle und materielle Ausstattung der Einrichtung und Arbeit regionaler MRE-Netzwerke durch das Land, vergleichbar denen in den Euregios. Darüber hinaus länderübergreifende und europaweite Maßnahmenabstimmung unter Einbindung zentraler Koordinierungs- und Beratungsstellen.
- d) Maßnahmen zur Verbesserung der Hygiene, insbesondere im Krankenhausbereich, sollten in ihrer rechtlichen Verbindlichkeit gestärkt werden. Dies betrifft die zum Thema MRSA und MRE veröffentlichten Empfehlungen der Kommission für Krankenhaushygiene und Infektionsprävention (KRINKO). Die Krankenhaushygieneverordnung NRW sowie die dazugehörige Richtlinie des Robert-Koch-Instituts (RKI) „Personelle und organisatorische Voraussetzungen zur Prävention nosokomialer Infektionen“ müssen konsequent umgesetzt werden. Die Überwachung gemäß Paragraph 23 IfSG muss konkreter gefasst werden, damit für Krankenhäuser ein verbindliches, allgemein anerkanntes Infektionsüberwachungssystem, zum Beispiel das Krankenhaus-Infektions-Surveillance-System (KISS), greift. Die Umsetzung der gesetzlichen Grundanforderung bezüglich des Personalschlüssels für Hygienefachpersonal muss genauso gesetzlich verordnet werden wie eine dementsprechende vollständige Finanzierung. Gleichzeitig bedarf es der Aus- und Weiterbildung einer hinreichenden Zahl von Hygiene-

fachkräften, Krankenhaushygienikern und hygienebeauftragten Ärzten. Nicht zuletzt muss eine Umsetzung der genannten Anforderungen auch tatsächlich mit geeigneten Mitteln sichergestellt werden.

e) Um die geschilderte erfolgreiche Arbeit der nordrhein-westfälischen MRE-Netzwerke fortzusetzen sowie qualitativ und quantitativ auszubauen, bedarf es einer dauerhaften finanziellen Unterstützung durch das Land.

EILDIENT LKT NRW
Nr. 7-8/Juli-August 2011 53.40.01.1



Landräte-Konferenz am 9./10. Juni 2011 in Berlin zu Kommunal финанzen

Von Christina Stausberg,
Hauptreferentin, Landkreistag NRW

Im Mittelpunkt der diesjährigen Landräte-Konferenz des Landkreistages NRW in Berlin standen finanzwirtschaftliche Themen. Während europaweit die Krise des Euro große Sorgen verursacht, sieht auch die Situation in Deutschland keineswegs rosig aus. Die staatlichen Schulden belaufen sich auf zwei Billionen Euro – eine monströse Zahl. Grund genug, der Situation der öffentlichen Haushalte gründlich auf den Zahn zu fühlen.

Öffentliche Ausgaben unter Kontrolle?

Mit den Bundestagsabgeordneten Ingrid Arndt-Brauer, stellvertretende finanzpoliti-

durch den Bund verursacht werden. Die Landräte forderten deshalb nachdrücklich, die Arbeit der Gemeindefinanzkommission fortzusetzen (vgl. in diesem EILDIENT-Heft S. 252).

mittel- und langfristige Handlungsspielräume zu sichern. Obwohl sich die Steuereinnahmen durch die prosperierende wirtschaftliche Entwicklung in der letzten Zeit sehr positiv entwickelt haben, müsse dennoch an der Ausgabenseite weiter gearbeitet werden, zum Beispiel im Hinblick auf die Überprüfung von kostenpflichtigen Standards im Sozialbereich (vgl. in diesem EILDIENT-Heft S. 253).

Kommunen und ihre Sparkassen – Treffen beim Deutschen Sparkassen- und Giroverband

Nicht zufällig tagte die Landrätekonferenz beim Deutschen Sparkassen- und Giroverband. Die Situation und Perspektiven der



Ernste Debatte: Der Parlamentarische Staatssekretär des Bundesministers für Finanzen, Steffen Kampeter, war zu Gast (Bildmitte). Links LKT-Präsident Landrat Thomas Kubendorff, rechts LKT-Hauptgeschäftsführer Dr. Martin Klein.

sche Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, und Dr. Mathias Middelberg, kommunalpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, diskutierten die Landräte über Konzepte für eine generationengerechte Finanzpolitik der öffentlichen Hände. Die Hälfte der bundesweiten kommunalen Kassenkredite, 20 Milliarden von 40 Milliarden Euro, so LKT-Präsident Landrat Thomas Kubendorff, entfällt auf Nordrhein-Westfalen. Die Gründe dafür liegen nach Auffassung des Verbandes in den konstant ansteigenden Sozialausgaben, die

Solide Staatsfinanzen erforderlich

Die Freiheit zur kommunalen Selbstverwaltung kann nur dann verwirklicht werden, wenn die zur Freiheitsausübung erforderlichen finanziellen Mitteln zur Verfügung stehen, so der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, Steffen Kampeter, in seinem Beitrag zu „Solide Staatsfinanzen als Basis für nachhaltiges Wachstum“. Alle staatlichen Ebenen müssten ihre Finanzen konsolidieren. Nur so seien



Das Präsidium des LKT NRW mit den Sparkassenpräsidenten Dr. Rolf Gerlach (li.) und Michael Breuer (2.v.l.).

Sparkassen und Landesbanken standen – auch angesichts der schwierigen Restrukturierung der WestLB – auf der Tagesordnung. Die Präsidenten des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Heinrich Haasis, des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes, Michael Breuer, und des Sparkassenverbandes Westfalen-Lippe, Dr. Rolf Gerlach, sehen die Sparkassen gut gerüstet, um die Herausforderungen der Zukunft anzupacken. Die Sparkassenlandschaft sei gesund und wegen ihrer kommunalen Verankerung und regionalen Ausrichtung viel besser durch die Finanzmarktkrise gekommen als die privaten Banken (vgl. in diesem EILDienst-Heft S. 255).

Sitzung des Vorstands des Landkreistages NRW

Mit der Sitzung des Vorstands des Landkreistages NRW am 10. Juni 2011 endete die diesjährige Landrätekonzferenz. Gemeinsam mit dem Hauptgeschäftsführer des

Deutschen Landkreistages, Prof. Dr. Hans-Günter Henneke, wurden aktuelle kommunalpolitische Handlungsfelder auf Bundesebene diskutiert. Daneben standen die Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepa-

Klimaschutzgesetzes NRW, die Einführung eines Kontrollbarometers in der Lebensmittelüberwachung und die mögliche Begründung eines Verbandsklagerechts im Tierschutz in NRW auf der Tagesordnung.



Die Landräte tagten beim Deutschen Sparkassen- und Giroverband in Berlin.

kets für Kinder und Jugendliche, die Revision des Kinderbildungsgesetzes, Fragen der inklusiven Beschulung, der Entwurf eines

EILDienst LKT NRW
Nr. 7-8/Juli-August 2011 13.60.10



„Öffentliche Ausgaben unter Kontrolle?“ – Gespräch mit den Bundestagsabgeordneten Ingrid Arndt-Brauer (SPD) und Dr. Mathias Middelberg (CDU)

Von Reiner Limbach, Beigeordneter, Landkreistag NRW

Zum Thema „Öffentliche Ausgaben unter Kontrolle? – Konzepte für eine generationengerechte Finanzpolitik der öffentlichen Hände“ diskutierte der Vorstand des Landkreistages mit den Bundestagsabgeordneten Ingrid Arndt-Brauer (SPD-Fraktion) und Dr. Mathias Middelberg (CDU/CSU-Fraktion). Erstgenannte ist die stellvertretende finanzpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion. Beide MdB sind Mitglied der Enquete-Kommission „Nachhaltiges Wachstum“.

Die Hälfte der bundesweiten kommunalen Kassenkredite im Volumen von 40 Milliarden Euro entfallen auf Nordrhein-Westfalen – diese Zahl ist einer der Eckpunkte der angespannten kommunalen Finanzsituation. LKT-Präsident Thomas Kubendorff wies darauf hin, dass die Gründe für die schwierige kommunale Finanzlage vor allem in den konstant ansteigenden Sozialausgaben liegen.

Ingrid Arndt-Brauer führte in ihrem Statement aus, dass sich die SPD bereits frühzeitig mit den kommunalen Finanzen befasst habe. Aus ihrer Sicht bestehe das strukturelle Problem, dass der Unterausschuss Kommunales im Bundestag an den Innenausschuss und nicht an den Finanzausschuss angekoppelt sei.

Der Erhalt der Gewerbesteuer – ein Ergebnis der Gemeindefinanzkommission Bund – sei positiv, da diese insgesamt weniger schwankend als die Körperschaftsteuer sei. Aus ihrer Sicht seien – auch vor dem Hintergrund ihrer Erfahrungen aus den



Stand Rede und Antwort: Ingrid Arndt-Brauer, stv. finanzpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion (Bildmitte).

beiden Föderalismusreformen – die stark unterschiedlichen föderalen Strukturen problematisch. Arndt-Brauer sprach sich für eine stärkere Zentralisierung und mehr institutionelle Finanzierung aus – ein Beispiel dafür könnten nach ihrer Auffassung Schulmensen sein.

Mathias Middelberg hingegen positionierte sich gegen verstärkte institutionelle Leistungen und für die Ausgestaltung als individuelle Rechtsansprüche. Er hielt die Förderungen von Leistungsstrukturen für wenig zukunftsfähig und nachhaltig. Aus seiner Sicht berühre die kommunale Finanzkrise bereits die Substanz der kommunalen Selbstverwaltung, da viele Kommunen in ihrer Handlungsfähigkeit massiv eingeschränkt seien.

In der weiteren Diskussion wiesen mehrere Landräte darauf hin, dass laufend neue bundesgesetzliche Standards gesetzt und erhöht werden, die dann von den Kommunen ausgeführt und finanziert werden müssen. Die Änderungen des Vormundschaftsrechts und die geplante Einführung des Bundeskinderschutzgesetzes seien hierzu die jüngsten Beispiele. Nach wie vor werde offenbar die Ernsthaftigkeit der finanziellen Lage der Kommunen auf Bundesebene nicht richtig wahrgenommen. Es sei allerdings absehbar, dass sich dies auch zum Bundesproblem entwickeln werde.

70 Prozent der Kreishaushalte seien für Sozialleistungen auf der Grundlage von Bundesgesetzen gebunden, die auch nur bedingt kommunal gesteuert werden können, wie beispielsweise die ergänzenden, aufstockenden Leistungen gemäß SGB II für Geringverdiener zeigen. Ebenfalls problematisch seien die Kostensteigerungen in der Eingliederungshilfe gemäß SGB XII, die – obgleich es sich um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe handele – vollständig kommunal finanziert werden.

Mathias Middelberg sah die Finanzlage der Kommunen in NRW auch bezüglich der Kas-

senkredite als unterschiedlich an. Aus seiner Sicht sei die staatliche Neuverschuldung in NRW problematisch, zu der auch die politischen Weichenstellungen – wie der Verzicht auf Studiengebühren und die Eltern-

auch angesichts der verfassungsrechtlichen Schuldenbremse eine konzertierte bundesweite Aktion angezeigt. Insofern forderten sie die Einrichtung einer Gemeindefinanzkommission II.



Dr. Mathias Middelberg, MdB (li.) vertrat die CDU-/CSU-Fraktion in der Diskussion.

beitragsfreiheit im letzten Kindergartenjahr – beitragen. „Die Situation in den Kommunen ist auf Bundesebene bekannt“, führte Ingrid Arndt-Brauer aus. Sie hob hierzu auch den Antrag ihrer Fraktion hervor, der einen finanziellen Rettungsschirm für die Kommunen vorsehe.

Mehrere Konferenzteilnehmer stellten fest, dass sich die Hoffnungen auf Entlastung der Kommunen, die mit der Gemeindefinanzkommission verbunden worden seien, offenbar nicht erfüllen werden. Die Verlagerung der Finanzierungsverpflichtung für die Grundsicherung gemäß SGB XII auf den Bund stelle sich absehbar als der einzige – wenn auch durchaus beachtliche – Erfolg dar. Um gleiche Finanzierungsbedingungen für alle Kommunen zu schaffen, sei

Abschließend erklärte Ingrid Arndt-Brauer, dass die Gemeindefinanzkommission für diese Legislaturperiode in der kommenden Woche wohl abgeschlossen werde. Zur Frage möglicher Steuersenkungen stellte sie fest, dass auf Bundesebene trotz wirtschaftlicher Erholung der Abbau der Schulden vorrangig sei. Mathias Middelberg unterstrich, dass Steuerentlastungen auch für die Regierungskoalition kein aktuelles Thema seien. Im Übrigen betonte er, dass die Fragen der kommunalen Standards mit Beendigung der Arbeit der Gemeindefinanzkommission nicht erledigt seien.

EILDienst LKT NRW
Nr. 7-8/Juli-August 2011 00.10.10



Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen Steffen Kampeter: Finanzpolitische Herausforderungen auf allen Ebenen

Von Dr. Kai Zentara, Referent, Landkreistag NRW

Im Rahmen der Landrätekonzferenz am 09./10.06.2011 konnten die NRW-Landräte unmittelbar mit der Hausleitung des Bundesfinanzministeriums die derzeit dringenden finanzpolitischen Herausforderungen diskutieren.

Die Anliegen der Kommunen in NRW sind dem Bundesfinanzministerium durchaus wichtig. Das machte Staatssekretär Stef-

fen Kampeter in der Einleitung seines Statements ausdrücklich deutlich, indem er auf die Grundlagen der kommunalen Selbstver-

waltungsfreiheit in prinzipieller Weise einging. Die Freiheit als Schutz vor Fremdbestimmung realisiert sich für Kampeter in zwei

Dimensionen: Rechtlich und materiell, indem die zur Freiheitsausübung erforderlichen finanziellen Mittel zur Verfügung stehen müssen.

Konsolidierung soll Handlungsspielräume sichern

Indem er auf aktuelle Entwicklungen, wie die Infragestellung der Legitimität politischer Entscheidungen, etwa durch die Proteste gegen Stuttgart 21 oder die Notwendigkeit, bestimmte politische Fragestellungen in enormem zeitlichen Druck zu bewältigen, einging, schlug Kampeter den Bogen zur Bundespolitik. Allen Gebietskörperschaftsebenen sei gemeinsam, dass sie ihre Finanzen konsolidieren müssten. Konsolidierung dürfte allerdings nicht mit der Einschränkung von politischen Handlungsspielräumen verwechselt werden. Vielmehr sichere die Konsolidierung mittel- und langfristige Handlungsspielräume. Die neue Schuldenregelung im Grundgesetz gebe insoweit den Kurs vor, der auch mit der mittelfristigen Finanzplanung gehalten werde. Finanzpolitik sei – einem Zitat des langjährigen Stuttgarter Oberbürgermeisters Manfred Rommel folgend – „die Auseinandersetzung zwischen jenen, die einen Euro haben und zwei ausgeben wollen, und denen, die wissen, dass das nicht geht“. Leider seien in den letzten Jahren diejenigen, die mehr ausgeben wollten, als sie einnehmen, zu häufig siegreich gewesen. Die öffentlichen Haushalte in der Bundesrepublik seien Ende 2010 mit rund zwei Billionen Euro verschuldet gewesen, das entspreche rechnerisch einer Schuldenlast von etwa 25.000 Euro pro Einwohner. Allein der Bund habe in den vergangenen 40 Jahren einen Schuldenberg von 1,28 Billionen Euro angehäuft. Die Bundesländer säßen auf einem Schuldenberg von fast 600 Milliarden Euro, wobei allein 123 Milliarden Euro auf das Konto Nordrhein-Westfalen gingen. Und die Kommunen in der Bundesrepublik seien mit 120 Milliarden Euro verschuldet. Die enorme Zinslast führe auf allen Ebenen zu beträchtlicher Unflexibilität. Die Situation werde sich noch verschärfen, wenn die derzeitige Niedrigzinsphase vorbei sei. Zusätzlich wirke sich die sogenannte Demographielast auf die Einnahmen und Ausgabenseiten aus. Auf Bundesebene versuche man mit den am 16. März von der Bundesregierung beschlossenen Eckwerten für den Haushalt 2012 durch eine leichte Steuererhöhung und eine moderate Nettokreditaufnahme, die den Erhalt der Wachstumspotentiale zum Ziel habe, zu reagieren. Die Nettokreditaufnahme solle dann von 48 Milliarden Euro in 2011 auf 13,3 Milliarden Euro in 2015 gesenkt werden.

Renaissance des Maßhaltens

Man müsse aber auch betrachten, dass Deutschland innerhalb kürzester Zeit beachtliche Erfolge erzielt habe. Habe man noch vor kurzem das Land am Abgrund gesehen, sei nun europaweit die Rede vom deutschen Jobwunder. Insoweit erlebe das Modell der sozialen Marktwirtschaft eine beachtliche Renaissance, die Vorstellung

Hinblick auf die Bedingungen, in der sich eine Exportnation bewege, sondern auch mit Blick auf die Erhaltung des europäischen Einigungsprozesses als Wert an sich. Die Verteidigung der gemeinsamen europäischen Währung müsse daher energisch betrieben werden, selbst wenn sich insoweit vermeintlich ein „schlechtes Geschäft“ für Deutschland vollziehe. Eine Insolvenz des griechischen Staates hätte weitreichende Konsequenzen auch für Deutschland, nicht nur als Export-



Ernste Mienen zum Thema Kommunal финанzen: Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, Steffen Kampeter (r.) und LKT-Präsident Landrat Thomas Kubendorff.

von Erhard und Adenauer von einer Politik des Maßhaltens fruchte weiterhin. Ein positives Beispiel sei insbesondere die Kurzarbeiterregelung. Auch bekannte amerikanische Ökonomen, die bislang einer reinen Form des Kapitalismus das Wort geredet hätten, lobten nun die wirtschaftspolitischen Ansätze in Deutschland. Diese Politik der Konsolidierung und der Rückbesinnung auf die Werte der frühen Bundesrepublik finde überdies auch in der Bevölkerung Zustimmung, wie etwa der Volksentscheid in Hessen über die Einführung einer Schuldenbremse in die dortige Verfassung gezeigt habe. In diesem Zusammenhang sei deutlich zu kritisieren, dass Nordrhein-Westfalen mit seiner aktuellen Haushaltspolitik diese Ansätze konterkariere. Dies gelte auch für Aussagen anderer Politiker, wonach die Schuldenbremse ein Fehler sei. Für Kampeter war insoweit auch der Bogen zur internationalen Situation, insbesondere im Hinblick auf die Bemühungen, Griechenland zu stabilisieren, leicht zu schlagen. In diesem Zusammenhang verwies er zunächst darauf, dass die Bundesrepublik der europäischen Einigung in vielfacher Hinsicht viel zu verdanken habe. Dies gelte nicht nur im

nation, sondern auch für Banken wie die Hypo Real Estate oder die WestLB, die in großem Umfang griechische Staatsanleihen besäßen. Über die Gewährträgerhaftung drohten im Falle der WestLB auch den Kommunen letztlich einschneidende Konsequenzen aus einer Insolvenz Griechenlands. Im Hinblick auf die WestLB selbst verstehe die Bundesregierung sich vor allen Dingen als Interessenwahrer gegenüber der Europäischen Kommission. Es müsse für alle Beteiligten eine verträgliche Lösung gefunden werden.

Kommunen stärker und früher in Entscheidungen einbinden

Im Hinblick auf die Beratungen der Gemeindefinanzkommission kam Kampeter zu seinen einleitenden Thesen hinsichtlich der kommunalen Handlungsfreiheit zurück. Hier sei deutlich, dass es einer grundlegenden Reform der Gemeindefinzen bedürfe. Das Thema müsse weiterhin vorangetrieben werden. Daher solle die Arbeit der Gemeindefinanzkommission in zwei Arbeitsbereichen einen Fortgang finden: Zum einen sei bei

der Rechtsetzung auch auf Bundesebene zukünftig eine frühzeitige Einbindung der Kommunen vorzunehmen. Dies bedeute eine Änderung der gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien: Dahingehend, dass noch vor einer Einbindung der Interessenverbände die kommunale Ebene zu hören sei. Dies gelte auch für das von den Fraktionen des Deutschen Bundestages initiierte Gesetzgebungsverfahren. Darüber hinaus solle in einer weiteren Arbeitsgruppe über Standards beraten werden, die insbesondere im Sozialbereich die öffentlichen Haushalte stark und zum Teil unnötig belasteten.

Die Gewerbesteuer habe nach seiner Einschätzung auf Dauer keinen Bestand. Eine sinnvollere Alternative sei, den Kommunen einen entsprechenden Anteil an der Einkommensteuer zu überlassen und ihnen die Option zu eröffnen, über ein Hebesatzrecht die Einnahmen gegebenenfalls zu erhöhen. Eine entsprechende Änderung müsse noch

in dieser Legislaturperiode angegangen werden, da nur so den Problemen der starken Einnahmerückgänge bei zukünftigen Wirtschaftskrisen begegnet werden könne.

Landräte sehen viele finanzpolitische „Baustellen“

Im Rahmen der Diskussion thematisierten die Landräte insbesondere die finanzpolitischen Probleme der kommunalen Ebene, etwa im Hinblick auf den Standardabbau und die nach wie vor nicht in Angriff genommenen strukturellen Veränderungen der Finanzarchitektur. Sie wiesen darauf hin, dass die zugesagte Verbesserung im Bereich der Kosten der Unterkunft und der Entlastung bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nur eine Atempause für etwa drei Jahre bringe. Dann gebe es erneut massive Probleme. Insgesamt bestünden weiterhin beträchtliche Unwuchten. Staatssekretär Kampeter räumte ein, dass

weiterer Handlungsbedarf bestehe. Namentlich sei auch nicht davon auszugehen, dass die Einnahmen weiterhin im derzeitigen Maße fließen würden. Es sei daher auch im Bereich der Ausgabenseite zu arbeiten, etwa im Hinblick auf die der Gemeindefinanzkommission vorliegende Liste von Standards. Der Bund stehe den Kommunen bei ihren Konsolidierungsbemühungen zur Seite. Einige Landräte stellten auch die Bemühungen zur Rettung der griechischen Staatsfinanzen in Frage und gaben zu bedenken, dass die Einstellung der finanziellen Unterstützung möglicherweise nun angebracht sei. Kampeter verwies darauf, dass es auf jeden Fall erforderlich sei, die politische Kontrolle über das Geschehen zu behalten und eine ungeordnete Staatsinsolvenz vermieden werden müsse.

EILDienst LKT NRW

Nr. 7-8/Juli-August 2011 13.60.10



Heinrich Haasis, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes: Sparkassen sind die Finanziere des Mittelstands

Von Dr. Markus Faber, Referent, Landkreistag NRW

Heinrich Haasis, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV), betonte die Bedeutung der Landschaft der Sparkassen in Deutschland als wichtiger Akteur für den regionalen Mittelstand vor Ort. Bundesweit hätten die Sparkassen, so Haasis, zusammengerechnet rund 140 Milliarden Euro an Liquidität. Grundsätzlich sei die Sparkassenlandschaft gesund und viel besser durch die vorangegangene Wirtschafts- und Finanzkrise gekommen als viele private Banken. Hier sehe er insbesondere den Vorteil der dezentralen Aufstellung. Das Regionalprinzip im Sparkassensektor habe letztlich verhindert, dass Sparkassen risikobehaftete Geschäfte, insbesondere Geschäfte mit sogenannten toxischen Wertpapieren, im großen Stil eingegangen seien. Das Gegenbeispiel könne man derzeit in Spanien beobachten, wo vor etwa 15 Jahren das Regionalprinzip im Sparkassensektor aufgegeben worden ist – und dementsprechend ein Konzentrationsprozess auf weniger als 40 Großinstitute stattgefunden hat.

Zahlreiche dieser Großsparkassen in Spanien seien in den letzten Jahren in Großimmobilienengeschäften involviert gewesen. Infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise seien daraus finanzielle Risiken für die spanischen Sparkassen erwachsen, die heute eine weitere Fusionierungstendenz und einen mittelbaren Privatisierungszwang nach sich zögen.

Stark in der Region – Kreditklemme abgewendet

Die Sparkassen seien zudem heute häufig der einzig relevante Finanzier des Mittelstandes vor Ort. Wenn es im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise für den Mittelstand in Deutschland keine Kreditklemme – wie in vielen anderen europäischen Ländern – gegeben habe, so sei dies insbesondere auf die starke regionale Stellung der Sparkassen zurückzuführen. Ein weiterer Vorteil der Regionalität der Sparkassen sei, so betonte Haasis, die Deckungsgleichheit zwischen den Interessen der Sparkassen und den kommunalen Interessen. Heute seien die Sparkassen vielfach in Sport- oder Kulturförderungen vor Ort enga-

giert. Gerade hier zeige sich die besondere regionale Bedeutung der Sparkassen.

Für zukünftige Entwicklungen sieht Haasis den Sparkassensektor grundsätzlich gut aufgestellt. Zwar gebe es in manchen Bereichen nicht zu verkennende Schwierigkeiten durch die Lage verschiedener Landesbanken, dennoch hätten die Sparkassen in den letzten Jahren Prozesse hinter sich, die unter anderem die Genossenschaftsbanken noch vor sich hätten. Als Beispiel nannte der Präsident insbesondere die Bündelung von Aufgaben und die damit verbundene Steigerung von Synergieeffekten. Beleg hierfür sei die vorgenommene Zentralisierung der Sparkassen-IT. Durch die Zusammenfassung von IT-Lösungen hätten die Sparkassen unter dem Strich einen dreistelligen Millionenbetrag einsparen



Der Präsident des Deutschen Sparkassenverbandes, Heinrich Haasis. Im Hintergrund (v.l.) Präsident Dr. Rolf Gerlach, Sparkassenverband Westfalen-Lippe, zugleich auch DSGV-Vizepräsident, und LKT-Präsident Landrat Thomas Kubendorff.

können. Diese Entwicklung stehe jedoch nur exemplarisch für zahlreiche Bündelungsprozesse – auch unter Federführung des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes. Ausblickend ging der DSGVO-Präsident auf zukünftige Herausforderungen und Perspektiven in der weiteren Entwicklung der Spar-

kassenlandschaft in Deutschland ein. Ein wichtiger Sektor sei der stärkere Einstieg in den Bereich der Konsumentenkredite. Hier müssten die Sparkassen sich zeit- und ortsnahe den Anforderungen der Kundschaft vor Ort stellen. Ein weiteres Problem sah er auch im möglichen Rating von Kommunen. Hier bestehe

die Gefahr, dass sich insbesondere private Kreditgeber selektiv nur noch die für sie lukrativen und günstigen finanzwirtschaftlichen Rosinen herauspicken könnten.

EILDienst LKT NRW
Nr. 7-8/Juli-August 2011 80.14.00



Sparkassen überstehen Finanzmarktkrise unbeschadet: Dr. Rolf Gerlach und Michael Breuer, Präsidenten der Sparkassen- und Giroverbände in NRW

Von Dr. Christian von Kraack,
Referent, Landkreistag NRW

Die Einheit von Kreisen und ihren Sparkassen stand gerade an einem Tag, an dem im Bundestag intensive Verhandlungen über neue Hilfen für Griechenland geführt wurden, im Mittelpunkt der diesjährigen Landrätekonzferenz. Die hervorragende Statur, die die kommunalen Sparkassen in der Finanzmarktkrise gezeigt hatten, stimmte alle Beteiligten zuversichtlich, dass diese über 200-jährige Erfolgsgeschichte auch in Zukunft fester Anker der örtlichen Wirtschaftsentwicklung sein wird.

Dezentrale Struktur als Schlüssel zum Erfolg

Die Präsidenten der Sparkassen- und Giroverbände, Dr. Rolf Gerlach, Sparkassen- und Giroverband Westfalen-Lippe (SVWL), und Michael Breuer, Rheinischer Sparkassen- und Giroverband (RSGV), verwiesen als Grund für die Festigkeit der Sparkassen in der Finanzmarktkrise auf die dezentrale Struktur, die sich in 105 Vorständen der jeweiligen Sparkassen in Nordrhein-Westfalen niederschlägt. Diese dezentrale Organisation werde nicht umsonst auch durch andere Organisationen bevorzugt, die sich deswegen genau ansähen, wie 430 Sparkassen in Deutschland täglich eigenverantwortlich und trotzdem koordiniert arbeiteten. Dies zeige, dass Selbständigkeit der Einzelorganisationen im Rahmen einer großen Gemeinschaft diese stabiler mache. Dementsprechend hätten die Sparkassen auch ein hervorragendes erstes Quartal 2011 „hingelegt“, vor allem im Kreditgeschäft. Die Unternehmen sowohl in Westfalen-Lippe als auch im Rheinland investierten, Private erfüllten ihre Wohnträume und die Ertragslage sei entsprechend gut.

EU-Kommission greift in die Marktstruktur ein

Dennoch gebe es Punkte, die aufmerksam zu beobachten seien: Dies gelte insbesondere für die noch ausstehende Konsolidierung des Landesbankensektors. Insofern müsse nochmals auf den Sommer 2007 und das Gewitter zurückgekommen werden, in dem zunächst die IKB und dann zwei Wochen später die SachsenLB in Schwierigkeiten ge-

raten seien. Die Märkte seien unmittelbar nervös geworden, was strukturierte Papiere angegangen sei. Diese Nervosität sei bekanntermaßen ein Gift für jegliches Kreditgeschäft. Schon deswegen hätten die Sparkassen- und Giroverbände sich bereits zu diesem Zeitpunkt für eine Fusion der WestLB mit anderen Landesbanken eingesetzt. Dies habe jedoch die seinerzeitige Lan-

hätten dementsprechend in der damaligen Situation zwei Möglichkeiten besessen: Entweder entsprechende Abwertungen vorzunehmen oder „frisches Geld“ hinzuzubekommen. In Bayern und Baden-Württemberg hätten die Landesbanken daraufhin Gelder dazubekommen. In Nordrhein-Westfalen sei jedoch ein anderer Weg eingeschlagen worden: Man habe sich entschlossen, struktu-



Das Präsidium des Landkreistages Nordrhein-Westfalen mit den Präsidenten der NRW-Sparkassenverbände: Dr. Rolf Gerlach, Präsident des Sparkassenverbands Westfalen-Lippe, LKT-Präsident Landrat Thomas Kubendorff, Michael Breuer, Präsident des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes, Dr. Martin Klein, LKT-Hauptgeschäftsführer, Vizepräsident Landrat Thomas Hendeke und Vizepräsident Landrat Dr. Arnim Brux (v.l.).

desregierung nicht gewollt, die die WestLB als für Nordrhein-Westfalen unverzichtbar dargestellt habe. Die Realität sei jedoch über diese Argumentation hinweggegangen, da bereits sechs Monate später vier Landesbanken „ihre Bücher nicht mehr zugekriegt“ hätten. Der Grund dafür habe darin gelegen, dass die Landesbanken nach IFRS bilanzierten, also auch strukturierte Papiere stichtagsbezogen bewerten müssten. Sie

rierte Papiere in einem Volumen von etwa 23 Milliarden Euro auszugliedern und mit einer Garantie von etwa fünf Milliarden Euro abzusichern. Diese Entscheidung habe sich bewährt, da die Papiere – wie sich inzwischen gezeigt habe – tatsächlich keine „Schrott“-Papiere gewesen seien und die Ausfälle sich dementsprechend in engen Grenzen hielten. Bis zum jetzigen Zeitpunkt seien daher nicht umsonst nur 600 Millionen Euro die-

ser Garantien gezogen worden. Nicht alle Papiere seien also toxisch gewesen. Jedoch werte die EU-Kommission dieses umsichtige nordrhein-westfälische Vorgehen nunmehr als verbotene Beihilfe. Dabei sei die Entscheidung damals vor dem Hintergrund getroffen worden, Wettbewerb in Nord-



Dr. Rolf Gerlach erläutert die aktuelle Situation der Sparkassen.

rhein-Westfalen zu erhalten. Die EU-Kommission nutze nunmehr – sachfremd – das Beihilferecht um in den Bankenwettbewerb – also die Marktstruktur – eingreifen zu können. Dies stelle einen Missbrauch des Wettbewerbsrechts dar. Dementsprechend habe man in Luxemburg gegen die entsprechenden Verfügungen der EU-Kommission geklagt. Nichtsdestotrotz müsse man nun mit den Auflagen der EU-Kommission umgehen: Es gelte, die WestLB zu verkleinern.

Etablierung einer Verbundbank schwierig

Die ersten Schritte dazu sei man gegangen, indem man in NRW einen erheblichen Teil der strukturierten Papiere aus der Bank herausgenommen und in die Erste Abwicklungsanstalt (EAA) überführt habe. Dies habe die EU-Kommission wiederum als verbotene Beihilfe gewertet. Das Argument der EU-Kommission sei, dass eine verbotene Beihilfe schon deswegen vorliege, weil die Anteilseigner – marktorientiert – nicht mehr in die Bank hätten investieren wollen. Also hätten die Anteilseigner die Bank verkaufen wollen. Trotz äußerst interessanter Angebote habe jedoch die EU-Kommission den Verkauf nicht befördert. Der Vorstand der WestLB hingegen habe sich dafür aus-

gesprochen, die Bank zu teilen. Dementsprechend stehe man nun vor zwei Möglichkeiten. Die eine Möglichkeit sei, die Bank abzuwickeln. Ein solcher Vorgang sei in der deutschen Geschichte bei einer Bank dieser Größenordnung jedoch noch nie versucht worden. Die zweite Option sei, die Bank so zu nehmen wie sie sei, die Verbundbank aus der Bank herauszulösen, diese in den Bereich der Sparkassen zu geben und den Rest zu verkaufen. Die Lage sei derzeit komplex, da es gelte, komplizierte Entscheidungen zu treffen, so die über die Verteilung der Lasten zwischen Bund, Land und kommunaler Seite. Auch sei zu entscheiden, was in der WestLB bleiben solle und was in die EAA überführt werden müsse. Dabei müsse man sich bewusst sein, dass die Etablierung der Verbundbank schwierig sein werde. Die Etablierung einer Verbundbank der Sparkassen bedeute, eine Bank mit einem Geschäftsfeld zu schaffen, das sich mit dem der örtlichen Sparkassen teilweise überschneiden könne. Dies sei daher eher ein Thema für Festvorträge zu Sparkassen-Jubiläen. Ganz so einfach sei die Sache in der Realität nicht. Zudem sei über die Entscheidung hinaus, was in die EAA ausgegliedert werden solle, die darüber zu treffen, zu welchem Preis diese Verlagerungen geschähen.

Den Weg bewusst zu Ende gehen

Nach den Verhandlungen des Vortages zeige sich jedoch, dass es die Verbundbank geben werde. Deren Lebensdauer jedoch werde nur kurz sein. Nach Auffassung des SVWL werde die Lebensdauer vielleicht eine logische Sekunde währen und in einer Eingliederung dieses – mit 25 bis 30 Milliarden Euro Bilanzsumme – „Bänkleins“ in eine andere Bank enden. Auch sei über die Kapitalausstattung der Verbundbank zu verhandeln. Derzeit werde verlangt, etwa eine Milliarde Euro seitens der Sparkassen zusätzlich in die Verbundbank einzubringen. Die Sparkassen- und Giroverbände jedoch seien der Auffassung, dass es lediglich gelte, die entsprechende Differenz in der EAA-Haftungskaskade zu berücksichtigen. Auch sei zu thematisieren, dass etwa 4.000 Beschäftigte der WestLB über alte öffentlich-rechtliche Pensionsansprüche verfügten. Das Land verweise darauf, dass damit etwas geschehen müsse. Daher hätten die Sparkassen- und Giroverbände sich bereit

erklärt, ihren Anteil am Eigenkapital der WestLB stehen zu lassen. Das Land jedoch argumentiere nun, dass die Sparkassen- und Giroverbände – was tatsächlich zum Ende 2010 der Fall sei – die entsprechenden Beteiligungen vollständig abgeschrieben hätten. Die Sparkassen- und Giroverbände hingegen könnten zu Recht sagen, dass eine Abschreibung lediglich etwas über die Bewertung nach den Bilanzierungsvorschriften aussage, jedoch nichts darüber, ob – wie sich beispielsweise auch am Verlauf des Wertes der sogenannten toxischen Papiere seit Herbst 2007 gezeigt habe – diese Werte tatsächlich „weg“ seien. Die entsprechenden Entscheidungen seien kurzfristig – bis zum 30. Juni 2011 – zu treffen. Zu diesem Datum müsse der EU-Kommission ein detailliertes Konzept zugeleitet werden, aus dem diese erkennen können müsse, dass die WestLB als eigene Einheit aus den Akten „verschwinde“. Daher müsse man wissen, was diese Entscheidungen



Michael Breuer im Gespräch mit den Landräten.

kosteten. In der Planung vorgesehen seien für Ende Juni die Verbandsversammlungen des SVWL und des RSGV. Für den 27. Juni seien entsprechende Termine auf DSGVO-Ebene geplant. Am 28. Juni wiederum sei eine Hauptversammlung der Anteilseigner der WestLB durchzuführen. Fazit sei, dass man in Nordrhein-Westfalen bereits im Herbst 2007 bewusst einen anderen Weg eingeschlagen habe, als andere Länder: Diesen Weg müsse man nun auch konsequent zu Ende gehen.

EILDienst LKT NRW
Nr. 7-8/Juli-August 2011 80.14.00



Tourismus in NRW – Eine Entwicklung, die Mut macht

Von Heike Ahlen, Redakteurin,
Pressestelle Landkreistag NRW

Wie war das mit dem Tourismus in NRW vor 30 Jahren? Irgendwie passten die beiden Begriffe nicht recht zusammen. Wer damals an Tourismus dachte, der träumte wahlweise vom Flug nach Formentera oder von der Fahrt im voll gepackten VW Käfer über die Alpen ins sonnige Italien. Das verstanden wir unter Urlaub und Erholung. Aber auch damals schon gab es den Naherholungswert, der heute zum Tourismusfaktor erfolgreich ausgebaut wird.

Familienausflüge auf dem Fahrrad – auch schon vor 30 Jahren

Der Sonntagmorgen gehörte der Familie. Kurz entschlossen legte man – vielfach auch mit zwei „n“, denn wichtige Entscheidungen



Jede Region in NRW hat ihre Schönheiten und Reize. Die Kreise haben erkannt, was sie einzigartig und unverwechselbar macht – und wie sie diese Erkenntnis vermarkten können.

Foto: Heike Ahlen

gen traf meist der Vater – ein Ziel fest, setzte sich auf die Fahrräder, wenn es in der Nähe lag, oder stieg ins Familienauto. Mit dabei war immer der Korb mit den Butterbroten und dem Highlight dieser Jahre, dem abgepackten Waldmeisterwackelpudding, den es erst seit kurzem so fertig gab. Denn wenn die Familie irgendwo einkehrte, durfte es nicht viel kosten, bestenfalls ein Glas Limo gab der Etat her.

Die Fahrradtouren waren nicht immer nur erfreulich, denn entweder nutzte man Wirtschaftswege, die nach einem Regenschauer auch schon einmal zur Schlamm Schlacht einluden, oder man musste an viel befahrenen Straßen aufpassen, dass man nicht durch den Sog eines vorbeibrausenden

Lasters zu Fall gebracht wurde. Die Auswahl an Fahrradtouren durch die Heimat – bei mir war es der Rhein-Kreis-Neuss – war nicht groß, auch wir Kinder kannten bald alle Strecken auswendig.

Wie aber kam man in Zeiten vor dem Internet an Ziele für Auto-Tagestouren? Es war die Erinnerung meiner Eltern, die aus Hagen und Volmarstein stammen, an ihre Kindheit mit den dazugehörigen Fahrradtouren. Und die Erzählungen der befreundeten Familien, die über andere Kindheits-erinnerungen verfügten. Schloss Burg an der Wupper, die Kluterthöhle, der Drachenfels, der De-Witt-See, die Müngstener Brücke, die Lauenburg – so habe ich NRW kennen gelernt.

Und heute? Wir haben keine Ziele mehr, wir sprechen von Destinationen. Wir kennen „Best Ager“ – und wissen auch, dass sie das meiste Geld zur Verfügung haben und es auch ausgeben werden.

Wir machen uns Gedanken darüber, welche Touren für wen geeignet sind. Wir fassen Zielgruppen zusammen, stellen Familienfreundlichkeit in den Mittelpunkt. Dieses Angebot kommt an bei den Menschen in NRW. Denn heute liegt der Blick längst nicht

mehr nur auf dem Sommerurlaub im Süden, auf den man sich ein ganzes Jahr freut. Die Menschen wollen die kleine Erholung zwischendurch. Wollen häufiger mal raus aus dem stressigen Alltag – für einen Tag, für zwei oder für ein verlängertes Wochenende. Gut ausgebaute und ausgeschilderte Fahrradrouten führen durch alle Kreise des Landes, mal mit mehr, mal mit weniger Anbindung an die kulturellen Höhepunkte der jeweiligen Region. Fahrrad geht immer – das ist heute noch so wie vor 30 Jahren. Wer den Menschen auf zwei Rädern nichts anbieten könnte, wäre schon außen vor. Aber hier, wie in allen Bereichen, gilt ein Zauberwort: Qualität.

Blieb man früher an einem Sonntag mit dem Rad im Schlamm stecken, führte die Not einen vier Wochen später wieder dort vorbei, auch wenn die Erinnerungen schlecht waren. Die Auswahl war eben begrenzt. Das ist heute anders. NRW bietet eine riesige Auswahl. Und wer möchte, dass die Gäste nicht nur einmal, sondern immer wieder kommen, der muss sich anstrengen. Er muss seine Fehler erkennen und schnellstmöglich abstellen. Auch dafür haben die Kreise Modelle entwickelt.



NRW stößt nirgends an seine Grenzen. Wo früher einmal eine Grenze war, arbeiten die Menschen in den Regionen heute Hand in Hand.

Foto: Heike Ahlen

Und sie schauen über den Tellerrand hinaus. War ein Sonntagsausflug in die Niederlande vor 30 Jahren noch mit Grenzkontrollen

verbunden und oftmals auch damit, als Deutsche in einem Restaurant nicht gerade zuvorkommend behandelt zu werden, und

dienten die Niederländer hierzulande umgekehrt bestenfalls als Vorlagen für Witze über Wohnwagen und eine sehr nasale Sprache, hat man heute viele Potenziale entdeckt. Wer aus dem Nachbarland kommt, hat es nicht weit bis nach NRW. Die Grenzen verschwimmen, die Regionen arbeiten zusammen, Schönheiten werden gemeinsam vermarktet. Keine Frage: Wir leben in einem schönen Land, in einem Land, das es wert ist, entdeckt zu werden. Ob zu Fuß oder mit dem Fahrrad, ob auf dem Rücken eines Pferdes oder auf Inline-Skates. Vielleicht auch mit ganz ausgefallenen Verkehrsmitteln wie einem Heißluftballon oder einem Ein-Personen-Elektrotransportmittel namens Segway – der Fantasie der Touristiker sind keine Grenzen gesetzt. Auf den folgenden Seiten stellen einige der Kreise in NRW ihre Mittel und Wege vor, Touristen anzulocken und zu begeistern. Und – auch das ist schön – sie geben ihren Nachbarn Tipps zur Nachahmung. Viel Spaß beim Lesen.



Es gibt Routen, die nur für Wanderer, nur für Radler oder nur für Reiter geeignet sind. Aber immer wieder gibt es Verknüpfungspunkte, an der Menschen mit unterschiedlichen Tourismus-Interessen zusammenkommen – wie hier am Weißen Stein in der Grenzregion zwischen den Kreisen Viersen und Kleve und den Niederlanden.

Foto: Heike Ahlen

EILDienst LKT NRW
Nr. 7-8/Juli-August 2011 80.40.01



Tourismusoffensive mit drei Säulen: Radfahren, Reiten, Wandern

Von Kirsten Weßling, Pressesprecherin,
Kreis Steinfurt

Der Kreis Steinfurt hat in den vergangenen Jahren in enger Kooperation mit dem Marketingverein Münsterland e.V. und weiteren Partnern intensiv an der Stärkung der touristischen Infrastruktur in der Region gearbeitet. Mit Erfolg: Seit 2004 verzeichnet das Münsterland einen Anstieg bei den Ankünften um 16 Prozent, bei den Übernachtungen um 19 Prozent.

Die REGIONALE 2004 verhalf den Kreisen Steinfurt und Warendorf sowie der Stadt Münster zu herausragenden kulturellen und kulturtouristischen Projekten. Um diese nachhaltig zu sichern und zu nutzen, rief der Steinfurter Landrat Thomas Kubendorff im Jahr 2005 eine „Tourismusoffensive“ aus. Basis hierfür war das Tourismuskonzept Kreis Steinfurt, das das Beratungsbüro FOTOUR aus München, im Mai 2006 vorlegte. Die Gutachter rieten, die Stärken des Münsterlandes – Radfahren, Reiten und Wandern – weiter zu stärken, Qualität und Service auszubauen und das Trendthema Gärten und Parks zu entwickeln. Die Arbeit begann.

Radfahren

Zunächst hat Münsterland e.V. die „100 Schlösser-Route“ verschlankt und überarbei-



Neu entwickelt hat der Kreis Steinfurt im Rahmen seiner Tourismusoffensive das Thema „Gärten und Parks“,

Foto: Dorothea Böing

tet – und wurde dafür mit der 4-Sterne-Auszeichnung des ADFC belohnt.

Im Jahr 2008 hat der Verein beim Ziel-2-Wettbewerb „Erlebnis.NRW“ mit dem Projekt „Radregion Münsterland – Qualitätsoffensive Kundeninformation – Service – Infrastruktur“ gewonnen. Das Projekt verfolgt das Ziel, die Vorreiterstellung der Radregion Münsterland durch eine konsequente Qualitätsoffensive deutschlandweit auszubauen. Es besteht aus drei Bausteinen: Individuelle Kundeninformation durch das Internet, ein Servicekonzept für Gepäcktransport und Fahrradverleih und ein entsprechendes Infrastrukturkonzept. Das Projekt kostet rund 780.000 Euro. Die Höhe der Förderung beträgt 80 Prozent. Damit können 624.000 Euro Drittmittel für das Münsterland gewonnen werden.

zu können. Das Projektvolumen liegt bei fast zwei Millionen Euro, von denen ebenfalls 80 Prozent durch Ziel-2 gefördert werden. Bereits 2008 erhielt der insgesamt rund 375 Kilometer lange Emsradweg die 4-Sterne-Auszeichnung des ADFC. Ein fünfter Stern wird in naher Zukunft hinzukommen: Die Biologische Station Kreis Steinfurt hat beim aktuellen Ziel-2-Wettbewerb mit ihrer Projektskizze „Ein grüner Stern für den Emsradweg“ überzeugt. Das Projekt umfasst biotopgestaltende Maßnahmen und ein multimediales Informationskonzept. Es wird mit 670.000 Euro gefördert.

Pferderegion Münsterland

Der Kreis Steinfurt ist Teil der Pferderegion Münsterland. Gemeinsam mit den Städten

Förderprogramm für das Land NRW, werden für die Realisierung aufgewendet. Zum anderen erfolgt in diesem Jahr der Lückenschluss am Integrativen Reitweg „Wegbereiter“, Deutschlands erstem und bisher einzigem Reitweg mit besonderer Ausrichtung auf Reiter mit Behinderung. Kostenrahmen: 120.000 Euro, bereitgestellt aus der Reitabgabe. Ein weiterer Schwerpunkt wird in den kommenden Jahren in der Vernetzung der reittouristischen Akteure liegen. Mehr über die attraktive Reitroute gibt es im gleich folgenden Bericht über die Pferderegion Münsterland.

Wandern

Nach intensiven Vorbereitungen erhielt der Hermannsweg im Tecklenburger Land als Teil der Hermannshöhen 2008 die Zertifizierung zum Top-Trail-Wanderweg.

„Das Münsterland – Die Gärten und Parks“

Um das touristische Potenzial der Gartenlandschaft Münsterland effektiver und gezielter entwickeln zu können, gründeten alle Kreise des Münsterlandes, die Stadt Münster und der Münsterland e.V. im Juni 2008 den Verein „Das Münsterland – Die Gärten und Parks“. Seine Schirmherrschaft hat der Fürst zu Salm (Isselburg-Anholt) übernommen. Die Geschäftsführung liegt beim Kreis Steinfurt. Der Verein bemüht sich darum, Fördermittel zu bekommen. Außerdem gibt er einmal im Jahr eine Gartenbroschüre heraus, die einen Überblick über Veranstaltungen, Pauschalen und Seminare im Bereich Garten gibt. Wegen der enormen Nachfrage wurde die Auflage der Broschüre 2011 auf 35.000 erhöht. Soeben erschienen ist – als EUREGIO-Projekt – eine touristische Gartenkarte (Auflage: 75.000), die die Gärten, Parks und Schlösser im Münsterland, in der Grafschaft Bentheim sowie im niederländischen Grenzgebiet abbildet.

EILDienst LKT NRW
Nr. 7-8/Juli-August 2011 80.40.01



Immer besser geworden in den letzten Jahren: Der Ems-Radweg, der auch durch den Kreis Steinfurt führt.

Foto: Dorothea Böing

Knapp 100 Kilometer des Ems-Radweges führen durch den Kreis Steinfurt. Um diesen Flussfernradweg professionell vermarkten zu können, hat der Kreis im Jahr 2007 mit den fünf weiteren beteiligten Kreisen sowie den Städten Münster und Emden das Projektbüro „EmsRadweg“ ins Leben gerufen. Es ist bei der Gemeinde Hövelhof angesiedelt. Auch dieses Projektbüro hat einen erfolgreichen Ziel-2-Antrag gestellt, um den Weg zu einem Premiumradweg ausbauen

und Gemeinden im Kreis und weiteren Partnern wird das Reitrouthenetz stetig ausgebaut. Aktuell liegt der Fokus auf zwei Projekten: Zum einen wird bis Mitte 2013 die Münsterland-Reitroute eingerichtet. Mehr als 200 Kilometer dieser insgesamt etwa 1.000 Kilometer langen Route verlaufen im Kreis Steinfurt und haben unter anderem Anschluss an das 2.000 Kilometer lange Reitwegenetz im Landkreis Emsland. Rund 500.000 Euro, gefördert aus dem Ziel-2-



1.000 Kilometer auf dem Rücken eines treuen Freundes – Münsterland-Reitroute entsteht bis 2013

Von Michael Kösters, Geschäftsführer, Münsterland e.V.

SchRitt für SchRitt – Parklandschaft erleben: Netzwerke ausbauen – Wertschöpfung heben“, so lautet der Titel eines Projektes im Rahmen des Ziel-2-Wettbewerbs „Erlebnis.NRW“, an dem der Münsterland e.V. seit Oktober 2010 fleißig arbeitet. Tausend Kilometer soll sie lang sein, die Münsterland-Reitroute durch die Kreise Borken, Coesfeld, Recklinghausen, Steinfurt, Warendorf und die Stadt Münster. Ab Sommer 2011 sollen erste Teilstücke der Route eröffnet werden, die Fertigstellung ist für April 2013 geplant.

Vier Module für eine gute Planung

Die mit knapp zwei Millionen Euro bezuschusste Planung beinhaltet vier Module: Im ersten Modul geht es um die Infrastruktur, also die Reitroute selbst. Bisherige (zu) kurze, in sich geschlossene Streckenabschnitte sollen miteinander verbunden werden zu einem rund tausend Kilometer langen Rundkurs, der auch mehrtägige Ausritte ermöglicht. Geplant sind außerdem weitere Anbindungen an bestehende Routen im Ruhrgebiet, Niedersachsen und den Niederlanden. Daneben sollen neue Rastmöglichkeiten, Beschilderungen, Anbinde-Stationen sowie Parkplätze für Pferdeanhänger bereitgestellt werden.

Vernetzung als wesentlicher Punkt

Wesentlich für die Verbesserung der touristischen Wertschöpfungskette ist das zweite Modul, die Vernetzung: Bereits in der Region ansässige Fachbetriebe, beispielsweise Reiterhöfe, Hotels, Pensionen und Gastronomie-Betriebe, sollen mit weiteren touristischen Angeboten wie Natur-, Kultur-, Freizeit- und Sportangeboten zusammengeführt werden. Damit werden auch diejenigen Besucher angesprochen, die das Münsterland nicht auf dem Pferderücken entdecken wollen. Durch diese vernetzte Ausrichtung wird die Reitregion Münsterland nicht nur für Pferdefreunde noch attraktiver: Da mehr Betriebe eingebunden werden, steigert sich die Wertschöpfungskette, ein regionaler Mehrwert wird deutlich spürbar.

Qualitativ hochwertiges Angebot

Im dritten Modul, Qualitätsmanagement, steht die Sicherung eines qualitativ hochwertigen Angebotes im Fokus: In speziellen Schulungen sollen interessante Betriebe auf das Thema Reit- und Pferdetourismus aufmerksam gemacht werden. So erhält beispielsweise ein landwirtschaftlicher Betrieb, der sich in der Nähe der Reitroute oder von



Das Glück der Erde kann im Münsterland auf dem Rücken der Pferde liegen. Auch mehrtägige Reitwanderungen sollen in Zukunft möglich sein – Dank „Bed and Box“ für Reiter und Ross.

Foto: Münsterland e.V.

touristischen Sehenswürdigkeiten befindet, die Möglichkeit, ein Bed&Box-Angebot für Ross und Reiter einzurichten. Die Schulungsmaßnahmen richten sich an die Akteure entlang der (reit-)touristischen Servicekette und verfolgen das Ziel, dem Gast ein sehr hohes Qualitätsniveau zu bieten.

Viele Vorab-Infos für die Gäste

Im vierten Modul, Marketing und Vertrieb, sollen zielgruppenorientierte Konzepte entwickelt und umgesetzt werden: Durch interessantes und attraktives Informationsmaterial wie Kataloge, Karten und GPS-Daten soll der Gast sich bereits vor seinem Besuch bestens über das Münsterland informieren können. Zudem soll eine Verbindung zum vorhandenen Onlinebuchungs- und Informationssystem (OBIS) geschaffen werden, damit der Rundum-Planung für einen perfekten Reiturlaub nichts mehr im Wege steht.

Michael Kösters, Geschäftsführer des Münsterland e.V., erklärt die Bedeutung der Förderung für die Region: „Mit den Fördermitteln können wir die Attraktivität der Pferdereion Münsterland weiter erhöhen und sie noch stärker profilieren. Außerdem erwarten wir durch das Projekt weitere steigende Umsätze in der Tourismusbranche.“ Und die Nachfrage nach touristischen Angeboten steigt stetig: Um das Münsterland auch zukünftig als eine der beliebtesten Pferdereionen in Deutschland zu etablieren, möchten die beteiligten Städte und Kreise ihre Möglichkeiten weiter ausbauen. Projektträger ist der Münsterland e.V., in dem die Kreise Borken, Coesfeld, Steinfurt, Warendorf sowie die Stadt Münster neben einzelnen Kommunen in angrenzenden Kreisen Mitglieder sind. Gemeinsam mit dem Kreis Recklinghausen bilden sie den Lenkungsausschuss Pferdereion Münsterland, der ergänzt wird durch die Deutsche Reiterliche Vereinigung e.V. (FN) und den Pferdeportverband Westfalen. Bei der Pla-

nung wie auch Umsetzung des Projekts wird ein breites Netz von regionalen Akteuren wie die Kreisreiterverbände, Reitvereine, Pferdebetriebe und touristische Leis-

tungsträger mit einbezogen. Aktuelle Informationen sind auf der Internetseite www.pferdereion-muensterland.de zu finden.

EILDienst LKT NRW
Nr. 7-8/Juli-August 2011 80.40.01



Expeditionen ins „neanderland“ – die Marke für den Tourismus im Kreis Mettmann

Von Ulrike Haase, Dezernentin für Gesundheit, Schule, Kultur, Tourismus und Liegenschaften, Kreis Mettmann

Der Kreis Mettmann hat gemeinsam mit kreativen Köpfen aus der Museums- und Marketingszene die Marke „neanderland“ für seine touristischen und kulturellen Aktionen entwickelt. Darunter kreiert und vermarktet er seine touristischen Aktivitäten, wie den Masterplan „NaturKulTour Neandertal“, Neanderlandsteig und den Panoramaradweg auf der Niederbergbahn sowie die „neanderland Biennale“. Dieses Engagement korrespondiert mit dem Masterplan Tourismus NRW.



Der Mann, der dem „neanderland“ seinen Namen gab: Der Neandertaler vor seinem Museum, dem kulturellen Flaggschiff im Kreis Mettmann. Foto: Neanderthal Museum

Die Marke „neanderland“

Der Kreis Mettmann ist die einzige Region in NRW, möglicherweise sogar in Deutschland, die ihrem weniger bekannten geografischen Namen ein emotionales und assoziatives Markendach, das Neanderland, zur Seite gestellt hat. Dieser innovative Weg der Markenentwicklung wird selbst international nur selten beschritten. Eine Marke soll sich im Wortsinn einbrennen, einprägen und haften bleiben. Sie hat die

Funktion der Verdeutlichung von Herkunft, Identifikation, Image und Qualität. Als Summe aller Erfahrungen haftet sie in den Köpfen. Genutzt wird hier die Lokomotivfunktion des kulturellen Flaggschiffs Neandertal und des Neandertalers, der weltweit bekannt ist und dem Kreis Mettmann ein ungeheuer wertvolles Alleinstellungsmerkmal beschert. Die Marke Neanderland soll ständig weiter entwickelt werden und die gesamte touristische und kulturelle Kommunikation und Exposition des Kreises konsequent als Corporate Identity begleiten und unterstützen.

Touristische Positionierung

Niemand denkt daran, den Kreis Mettmann zu einer Ferienregion – vergleichbar mit Eifel oder Sauerland – zu entwickeln. Die Chancen ergeben sich vielmehr aus der Lage, umgeben von den Zentren der Rheinschiene, des Ruhrgebiets und des

Bergischen Landes mit boomendem Städte- und Veranstaltungstourismus. Im Jahr 2009 hat der Kreis Mettmann ein Rahmen- und Tourismuskonzept mit Potenzialanalyse in Auftrag gegeben. Schon zwei der Kerndaten sprechen für sich: 900.000 Übernachtungen im Jahr, annähernd 400 Millionen Euro touristischer Bruttoumsatz – und dies alles mit klaren Steigerungsperspektiven, wenn folgende Strategie umgesetzt wird: Verbesserung der touristischen Infrastruktur (im Bestand) durch Erstellung eines Marketingkonzepts und Schaffung eines Bewusstseins für den Nutzen des Tourismus im Kreis und die Entwicklung einer geeigneten Organisationsform für das touristische Engagement.

Expeditionen ins „neanderland“

Zu unserer Freude ist es gelungen, gleich mit mehreren Projekten in die Förderphase des 2. Wettbewerbs Erlebnis.NRW zu kom-



Wisente im Herbstnebel im eiszeitlichen Wildgehege im Neandertal.

Foto: Neanderthal Museum

men und sich zudem erfolgreich am Projekt „Kompetenznetzwerk Aktiv“ des Tourismus NRW e.V. zu beteiligen. Vorgestellt seien hier das Destinationskonzept „Expeditionen ins neanderland“ und der Masterplan „NaturKulTour Neandertal“. Durch seine Nähe zu den bevölkerungsreichen Gebieten an Rhein und Ruhr und zu den Benelux-Ländern (etwa 12 Millionen Einwohner insgesamt) und seine durchweg gute Erreichbarkeit zielt das Konzept auf den aktiven Best-Ager und auf erwachsene Paare, die ein Wochenende beim Wandern, Radeln, Golfen oder in den kulturellen Highlights wie dem Neanderthal-Museum oder dem Nevigeser Wallfahrtsdom verbringen möchten. Geplant sind Vernetzungen und Kooperationen mit den angrenzenden Tourismusregionen durch buchbare Individual- und Pauschalangebote. Unterstützt durch Themenrouten kann der „Genius loci“ des Neandertals erforscht und erlebt werden. Die Expeditionen sollen auf dem neuesten Stand der Technik (GPS, mobile Applikationen, Geocaching, interaktive Websites, Social Media) ebenso möglich sein wie ein stilles Erleben der Natur. Nach Aufbau der Marketingstrategie wird über eine geeignete Organisationsform innerhalb oder außerhalb der Kreisverwaltung nachzudenken sein.

Masterplan NaturKulTour Neandertal

Unsere Vorfahren griffen zum Zweck des Kalkabbau rabi in die Topografie des Tals ein. Das unter anderem durch Kirchenlieder von Joachim Neander und die Düsseldorfer Malerschule berühmte und einstmals so romantische Tal lässt sich nur noch anhand von Bildern und Beschreibungen erahnen. Im Mittelpunkt des Tals steht heute das mit internationalen Preisen ausgezeichnete und in ganz Europa bekannte Neanderthal Museum mit seiner auffälligen Architektur, die spiralförmig die Evolution abbildet. Rund um dieses Haus soll wieder erlebbar sein, was das Tal einst ausmachte. Highlight aller Aktionen wird der 500 Meter lange und bis zu 30 Meter hohe Hochpfad sein, der vorbei am Museum bis zur Fundstelle der weltberühmten Skeletteile in unterschiedlichen Höhenlagen führt. Hier werden ungeahnte Einblicke in die Natur des Tals und auf seine bewaldeten Hänge möglich sein. Ein gläserner Aufzug wird nicht nur die Haltestelle der Regiobahn auf dem Talkamm mit der Talsohle barrierefrei zugänglich machen, sondern auch ein Erlebnis für sich darstellen. Abgerundet wird ein Tag im Tal mit einem Spaziergang um das Wildgehege mit eiszeit-

lichen Tieren wie Wisenten, Nachzuchten von Auerochsen und Wildpferden. Ein Informationszentrum rund um die geschützte Natur komplettiert den Plan.

Wanderland Neanderland: der Neanderlandsteig

Um der Zielgruppe der wandernden Best-Ager ein qualitätsreiches Terrain zu bieten, baut und ertüchtigt der Kreis Mettmann



Spektakulärer Ausblick in den Bochumer Bruch am Zeittunnel Wülfrath.

Foto: Stadt Wülfrath

aktuell Stück für Stück einen insgesamt 220 Kilometer langen qualifizierten Wanderweg rund um das Kreisgebiet: den Neanderlandsteig. Durch die Hanglage des Gesamtkreises mit etwas mehr als 330 Höhenmetern Niveau-Unterschied können Etappen für fast jeden sportlichen Anspruch und mit fast jedem Schwierigkeitsgrad ausgewählt werden. Die Etappen werden begleitet von Neanderwegen und Neanderpfaden, die zu den Ortskernen, Gastronomien und kulturellen Besonderheiten der kreisangehörigen Städte führen. Geplant ist die komplette Fertigstellung für 2014.

Panoramaradweg auf der Trasse der alten Niederbergbahn

Ebenfalls auf unsere Zielgruppe abgestellt ist der in diesen Tagen eingeweihte Panoramaradweg. Hier arbeiten die Städte Essen, Heiligenhaus, Velbert, Wülfrath, Haan und der Kreis Mettmann zusammen. Der Radweg verknüpft die im Bergischen Land, im südlichen Ruhrgebiet und im Sauerland entstehenden Flussradwege und die Kai-

serroute. Durch die Nutzung der alten Bahntrassen sind trotz der bergigen Umgebung die Strecken nahezu eben und mit nur sehr wenigen und sehr flachen Steigungen versehen.

Kultur im Neanderland

Mit der „5. neanderland Biennale“ (vom 27. Mai bis 26. Juni 2011) hat sich eine kulturelle Besonderheit entwickelt. Mit Unterstützung des Landes führte der Kreis Mettmann zusammen mit seinen zehn Städten ein kreisweites Theaterfestival durch, das in diesem Jahr unter dem Motto „Theaterseh-n-sucht“ stand. Insgesamt 33 Veranstaltungen bot das Festival mit nationalen und internationalen Ensembles sowie außergewöhnlichen Amateurtheaterprojekten. Die Festivalbesucher kamen nicht nur aus allen Städten des Kreises Mettmann, sondern darüber hinaus aus den umliegenden Großstädten wie Düsseldorf, Solingen und Wuppertal sowie aus dem Ruhrgebiet.

Ebenfalls etabliert hat sich die Museumsnacht im Neanderland, an der sich alle Museen und darüber hinaus naturkundliche Einrichtungen, Kunstvereine und private Sammlungen im Kreis Mettmann beteiligen. Und die im Mai dieses Jahres zum zweiten Mal durchgeführte Aktion „Tatorte



Mitreißendes Straßentheater während der „Neanderland Biennale“. Foto: Linn Marx

– offene Ateliers im neanderland“ erfreute sich sowohl bei den teilnehmenden Künstlern als auch beim Publikum großer Beliebtheit, so dass darüber nachzudenken ist, ob diese bislang im zweijährlichen Rhythmus geplante Veranstaltung künftig nicht doch jedes Jahr stattfinden sollte.

EILDienst LKT NRW
Nr. 7-8/Juli-August 2011 80.40.01



Umweltfreundlicher Tourismus zwischen Ruhr und Lippe

Von Sabine Leibe, Leiterin Koordinierungsstelle für Planungsaufgaben, Kreis Unna

Der Kreis Unna setzt seinen Fokus bei der Tourismusentwicklung zunehmend auf die Verbindung von öffentlichem Personennahverkehr und Tourismus und arbeitet dabei eng mit den örtlichen Verkehrsunternehmen zusammen. So ist in den vergangenen Jahren eine Vielzahl von erfolgreichen touristischen Projekten und Produkten entstanden.



Mit dem Bus zur Radtour – der Fahrradbus ist ein attraktiver Zubringerservice (nicht nur) für Radler.

Foto: Kreis Unna

Tourismus am Rande des Ruhrgebietes

Am östlichen Rand der Metropole Ruhr gelegen ist der Kreis Unna einerseits moderne Wirtschaftsregion in den Kompetenzfeldern Logistik, Maschinenbau und Fabrikautomation, nachhaltige Kreislaufwirtschaft, Gesundheit und Life-Sciences, andererseits geprägt durch seine landschaftlichen Reize. Im Norden ist der Übergang in die Parklandschaft des Münsterlandes fließend und im Süden ist man schon halb in den bewaldeten Hügeln des nördlichen Sauerlandes. Zudem gibt es eine Reihe kultureller Highlights wie das Schloss Capenberg, eines der bedeutendsten Beispiele westfälischer Klosterbaukunst des Barock und Ort hochrangiger, bundesweit beachteter Wechselausstellungen, oder der hoch über dem Ruhrtal gelegene ehemalige Adelssitz Haus Opheddicke. Das Kulturprojekt „Hellweg ein Lichtweg“ präsentiert die von Lichtkünstlern und Lichtdesignern entworfenen Lichtskulpturen, Gebäude- und Landschaftsilluminationen in der Region. Das Herzstück des Projektes bildet das Zentrum für Internationale Lichtkunst in Unna.

Es verwundert daher nicht, dass der Kreis Unna als attraktiver Naherholungsraum nicht nur bei der eigenen Bevölkerung ausgesprochen beliebt ist, sondern zunehmend auch Besucherinnen und Besucher anzieht.

Seit einigen Jahren wird der Entwicklung touristischer Angebote ein wachsender Stellenwert eingeräumt und Tourismus auch als ein wirtschaftlicher Faktor wahrgenommen. Ein Arbeitskreis hat die Aufgabe übernommen, das touristische Profil des Kreises Unna zu entwickeln und zu vermitteln. Die Federführung für den Arbeitskreis Tourismus liegt beim Kreis Unna.

Schwerpunkte bilden dabei die Themen Aktivurlaub (Radfahren und Wandern), (Industrie-)Kultur, Landschaftserleben und als bedeutende Nischen die Lichtkunst und im Nordkreis der Sportboottourismus.

Zur touristischen Profilierung des Kreises hat auch ein Dialogprozess über die zukünftige Orientierung des Kreises beigetragen, der als ein Leitbild die „feine grüne Mitte“ formuliert hat und damit die zentrale Lage des Kreises im geografischen Herzen Nordrhein-Westfalens, in unmittelbarer Nachbarschaft zu den Großstädten des Reviers, aber mit-ten in einer attraktiven Landschaft würdigt.

Diese Ausgangssituation in Kombination mit einem engmaschigen Netz von Schienen- und Busverbindungen war der Grundstein für eine Vermarktungsstrategie, die auf die Verbindung von touristischen Angeboten und Öffentlichem Personen-Nahverkehr (ÖPNV) setzt und so eine umweltfreundliche Alternative für Tourismus- und Freizeitverkehre anbietet.



Das dichte Bahnnetz ist ein wichtiger Ausgangspunkt für die touristische Entwicklung des Kreises.

Bahn & Bike

Der Kreis Unna ist mit seinem gut ausgeschilderten Radwegenetz ein Paradies für Fahrradfahrer. Seit Anfang 2010 ist der Kreis zudem Mitglied der Arbeitsgemeinschaft „Fahrradfreundliche Städte, Gemeinden und Kreise in NRW“ und baut sein Radnetz kontinuierlich weiter aus.

Gemeinsam mit dem Zweckverband Ruhr Lippe, dem Verkehrsverbund Rhein Ruhr und dem Regionalverband Ruhr legte der Kreis Unna im Jahr 2007 erstmals eine Broschüre auf, die das touristische Potenzial mit den Angeboten des gut ausgebauten Schienennetzes verknüpft. Unter dem Titel „Unterwegs zwischen Ruhr und Lippe – Bahn & Bike im Kreis Unna“ bietet die Broschüre sieben attraktive Touren an, deren Ausgangspunkte immer direkt an Bahnhöfen liegen. So kommt man mit den Nahverkehrszügen bequem, umweltschonend und günstig zum Startpunkt einer Tour und wieder zurück. Neben Tipps rund ums Radfahren, Ticket-

und Tariftipps sowie einer Übersicht der Gastronomiebetriebe findet man Informationen zu attraktiven Freizeitangeboten und Sehenswürdigkeiten entlang der Strecke. Da die Broschüre punktgenau die Bedürfnisse der größten Zielgruppe für den Tagestourismus – Radtouristen aus dem Kreisgebiet und den Nachbarstädten – trifft, war sie von Anfang an ein Erfolgsmodell und wurde in der Folge noch ergänzt durch eine neue Route „RadKreisUnna“, die die Sehenswürdigkeiten im Kreis miteinander verbindet.



Unter dem Motto „Unterwegs zwischen Ruhr und Lippe“ gibt der Kreis neben einer allgemeinen Tourismusbroschüre und einer touristischen Karte im Maßstab 1 : 50.000 spezielle Materialien heraus, die sich an die Hauptzielgruppen Radfahrer und Wanderer richten und dabei die Verknüpfung mit dem ÖPNV im Blick haben.

Radstationen

Ein weiterer Baustein zur Verknüpfung von ÖPNV und Tourismus stellen die Radstationen im Kreis dar. Mit 13 Radstationen steht der Kreis Unna bundesweit an der Spitze. Der weitaus größte Teil dieser Radstationen liegt an Bahnhöfen und bietet damit beste Voraussetzungen für die kombinierte Nutzung von Bahn und Rad. Radstationen und Bahnhöfe stellen eine ideale Verbindung für eine umweltfreundliche Mobilität dar.

Aktuelle Informationen zu den Radstationen: www.die-radstationen.de.



Eine Broschüre informiert über die Radstationen im Kreisgebiet und wirbt für das bundesweit einmalige Netz von Umsteige- und Serviceangeboten. Die Broschüre ist kostenlos im Kreishaus, in allen Radstationen des Kreises und in den Infobereichen der Kommunen erhältlich.

„FahrradBus-Service“

Das neueste Angebot für Radtouristen ist eine Fahrradbuslinie, die seit 2010 die Schienenverbindungen im Kreisgebiet durch eine Nord-Süd-Verbindung ergänzt. Der Fahrradbus verbindet damit vom 1. Mai bis zum 25. September an allen Sonn- und Feiertagen viele der Sehenswürdigkeiten und Ausflugsziele im Kreis und darüber hinaus bis zum Schloss Nordkirchen im Münsterland. Die Linie ist nicht nur bei Fahrradfahrern beliebt, sie stellt auch ein willkommenes, schnellbusartiges Ergänzungsangebot für Wanderer und andere Ausflügler dar. Im Fahrradbus gelten die üblichen Verkehrsverbundtarife, nur Kurzstrecken-Tickets gibt es nicht. Die Fahrradmitnahme ist kostenlos. Das Angebot wird begleitet durch eine breit angelegte Öffentlichkeitskampagne. Der

Fahrradbus hat unter dem Dach des Kreis-Internetportal die Webadresse www.fahrradbus.kreis-unna.de.

Wandertouren

Seit 2010 stehen Wanderern 17 Wandertouren und drei Fernwanderwege wie der „WestfalenWanderWeg“ in einer kostenlosen Broschüre sowie unter www.geoservice.kreis-unna.de zur Auswahl. Allen gemein ist, dass sie bequem mit Bus und Bahn zu erreichen sind, auch am Wochenende. Daher enthält der [geoservice.kreis-unna.de](http://www.geoservice.kreis-unna.de) auch Angaben zu Haltestellen und Abfahrtszeiten.

Kulturbuslinie R 81

Zum Kulturhauptstadtjahr 2010 hat der Kreis eine „Kulturbuslinie“ ins Leben gerufen. In der Regionalbuslinie R 81 werden Informationen über besondere Kulturveranstaltungen sowie Sehenswürdigkeiten entlang der rund 25 Kilometer langen Route gezeigt. Die R 81 verkehrt in einem dichten Takt und erschließt in Nord-Südrichtung einen Großteil des Kreisgebietes. Angebunden an die zentralen Bahnhöfe und angesichts der hohen Fahrgastzahlen erreicht sie auch viele touristisch und kulturell interessierte Fahrgäste. Nach erfolgreicher Einführung wird das Konzept künftig auf andere Linien auch über die Kreisgrenzen hinaus ausgeweitet. Der Kreis Unna setzt seinen Fokus bei der Tourismusentwicklung zunehmend auf die Verbindung von öffentlichem Personennahverkehr und Tourismus. Die Zusammenarbeit mit dem örtlichen Verkehrsunternehmen ist dabei nicht nur bei der Produktentwicklung ein Schlüssel zum Erfolg. Auch in den Medien der Verkehrsgesellschaft sowohl im Internet als auch in den Magazinen und in Bussen und Bahnen werden die gemeinsamen Projekte aktiv beworben und erfahren so ein breites Publikum.

EILDienst LKT NRW
Nr. 7-8/Juli-August 2011 80.40.01



Der Rhein-Sieg-Kreis – Eine Region mit Zukunft Natur- und Kulturlandschaft bietet attraktive Tourismus-Angebote

Von Brigitte Kohlhaas, Wirtschaftsförderung,
Rhein-Sieg-Kreis



Zeit zum Verschnaufen, Einblicke an der Kreuzkapelle bei Much.

Foto: Rhein-Sieg-Kreis

Freizeit, Kultur, Tourismus

Im Trend der touristischen Nachfrage liegen vor allem Naturerlebnisse und Wanderangebote, Gesundheit und Wellness, Städtereisen und kulturelle Highlights. Aufgrund seiner Lage und Verkehrsgunst, seiner landschaftlichen Vielfalt und Schönheit bestehen für den Rhein-Sieg-Kreis gute Möglichkeiten, daran teilzuhaben. Besonders für Freizeit, Kurz- und Naherholungsurlaub sowie als Tagungs- und Kongressstandort bietet der Kreis hervorragende Möglichkeiten. Mit seiner Struktur- und Standortqualität verfügt der Rhein-Sieg-Kreis über beste Voraussetzungen, um auch in Zukunft zu den Regionen mit Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum zu gehören. In diesem Artikel werden vier „Leuchtturm“-Projekte, die Naturerleben bieten, vorgestellt.

Verkehrsanbindung

Die traditionell gute überregionale Verkehrsanbindung ist mit dem ICE-Haltepunkt in Siegburg verbessert worden. Der ICE ist für den Rhein-Sieg-Kreis ein Standortfaktor erster Güte: 75 Prozent der Fahrgäste nutzen den ICE beruflich; 40 Minuten dauert die Verbindung Siegburg – Frankfurt/Flugha-

fen, auch garantiert der ICE die unmittelbare Anbindung an das transeuropäische Schienenschnellverkehrsnetz. Mit der S-Bahn Linie 66 ist der Flughafen Köln/Bonn zu erreichen; per Flugzeug sind die meisten Wirtschaftsmetropolen Europas innerhalb von 90 Minuten erreichbar.

Wirtschaftsfaktor Tourismus

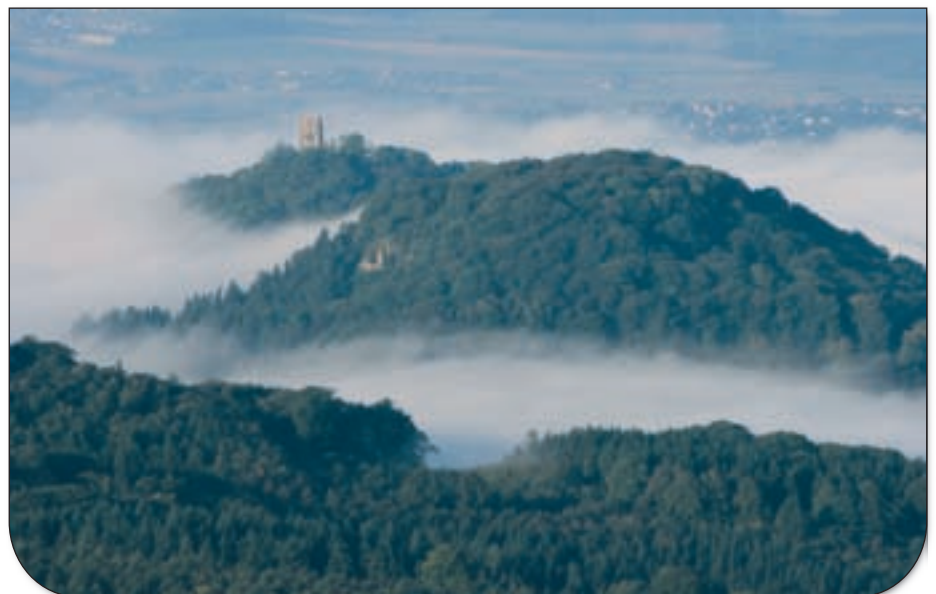
Die Nähe zu den Großstädten Köln und Bonn, die gute Verkehrsanbindung, reizvolle Städte und Gemeinden, geschichtsträchtige Orte, Natur- und Kulturerleben sowie eine hochwertige Hotellerie und Gastronomie – der Rhein-Sieg-Kreis empfiehlt sich als Region für Urlaub und Naturerholung. Tourismus ist zu einem wichtigen Wirtschaftszweig im Rhein-Sieg-Kreis geworden. Doch der Gast von heute und morgen will mit glaubwürdigen Angeboten immer wieder neu gewonnen werden.

Naturverträgliche und nachhaltige Tourismusedwicklung

Nachfolgende Beispiele stehen für eine naturverträgliche und nachhaltige Tourismusedwicklung im Rhein-Sieg-Kreis:

Naturerlebnis „GeoPark“ Siebengebirge

Das Siebengebirge gehört zu den attraktivsten Urlaubs- und Freizeitregionen in NRW und genießt einen internationalen touristischen Ruf – Teil des Welterbes Kulturlandschaft Oberes Mittelrheintal



Frühnebel über dem Siebengebirge bei Königswinter.

Foto: Rhein-Sieg-Kreis

Das Siebengebirge ist – nicht zuletzt durch den Rheinsteig – abwechslungsreiche Wander- und Aktivregion. Zahlreiche touristische Highlights und Einkehrmöglichkeiten rund um den Drachenfels und Petersberg sind guter Anlass für einen Besuch. Dabei hat das Siebengebirge – wie auch das interaktive Siebengebirgsmuseum in Königswinter Kindern und Erwachsenen anschaulich vermittelt – mehr als Rheinromantik zu bieten: Lage und Erdbeschaffenheit haben eine Flora und Fauna hervorgebracht, die es zu schützen und zu pflegen gilt. Im Naturpark Siebengebirge steht die Pflege und Entwicklung des gesamten Areals als wertvolles Rückzugsgebiet für viele seltene Tier- und Pflanzenarten im Vordergrund, aber auch die Information und Lenkung der zahlreichen Besucher.



Wer seinen Blick nur richtig schweifen lässt, erkennt, warum das Siebengebirge Siebengebirge heißt.

Foto: Rhein-Sieg-Kreis

Die Region „Siebengebirge“ muss innovative Konzepte entwickeln, um langfristig für Touristen interessant zu bleiben – unter der zwingend notwendigen Grundvoraussetzung des Schutzes, Erhalts und der Pflege sensibler Ökosysteme. Nur so lassen sich regionale Identität, wirtschaftliches Wachstum, Pflege und Entwicklung der Naturlandschaft und zukunftsfähiger, nachhaltiger Tourismus miteinander verbinden.

Masterplan „Tourismus & Naturerlebnis Siebengebirge“

Der 2010 erarbeitete Masterplan „Tourismus & Naturerlebnis Siebengebirge“ stellt hierfür ein Handlungskonzept dar. Zukünftig soll sich das Siebengebirge als einzigartige und außergewöhnliche Natur- und Geobühne darstellen und als Geopark die Chance bieten, die faszinierende Welt der Geologie und die ursprüngliche Wildnis den Gästen nahe zu bringen.

Die Bezeichnung „Nationaler Geopark“ wird verwendet für geowissenschaftlich bedeutende Gebiete. Sie umfassen Landschaften mit geologischem Naturerbe, archäologischen, ökologischen, historischem und kulturellem Erbe und sind eine Verschmelzung von Lernstätte, Naturdenkmal und Erlebnispark. Ein „Geopark“ stellt keine Schutzkategorie dar, sondern ein Gütesiegel. Es existieren zurzeit elf anerkannte nationale

Geoparks, zum Beispiel der Geopark Vulkanland Eifel und das Nördlinger Ries. Mehr Information gibt es unter www.siebengebirge.com

Naturregion Sieg

35 Millionen Deutsche wandern, und der Wanderboom ist weiterhin ungebrochen. Nach und nach bildet sich eine neue junge Wandergeneration von erlebnisorientierten Wanderern.

Dabei werden gerade die Angebote in den vertrauten Mittelgebirgen wahrgenommen. Fernwanderwege gewinnen zunehmend an Attraktivität. Insbesondere Mehrtagestouren, bei denen An- und Abreise problemlos mit dem ÖPNV gestaltet werden können, liegen hoch im Kurs.

Natursteig Sieg

Rückgrat und zugleich Mittelpunkt ist der Natursteig Sieg. Er ist ein 99 Kilometer langer Qualitätswanderweg, der mit einem verzweigten Netz an thematischen Erlebnisrundwegen eine spannende Verbindung zwischen Kultur und Natur schafft.

Der Natursteig Sieg hebt sich so bewusst von anderen Wandergebieten ab, die allein auf einen solitären Leitweg setzen.

Dialog von Natur und Kultur

Der Natursteig Sieg will das hochwertige kulturelle Erbe der Naturregion Sieg erlebbar machen und gleichzeitig das Verständnis und Bewusstsein für die Belange von Natur und Umwelt stärken.

ÖPNV-Anbindung für Etappenwanderungen attraktiv

Der Natursteig Sieg erfährt mit seiner einzigartigen ÖPNV-Anbindung ein nationales Alleinstellungsmerkmal. Mit dem ICE-Haltepunkt in Siegburg und weiteren zehn Haltestellen der Deutschen Bahn und S-Bahn bestehen optimale Voraussetzungen, dass die Gäste das Siegtal bequem und umweltfreundlich etappenweise erkunden können. Das Wanderwegnetz stellt weiterhin eine harmonische Verbindung zum Rhein-, Westwald- und Rothaarsteig sowie zum benachbarten Wanderprojekt „Wege durch die Zeiten“ her.

Die Erlebniswege sind als Rundwanderwege mit einer Länge zwischen fünf und 20 Kilometern für Halb- und Ganztagestouren konzipiert. Sie greifen spannende historische und



Der Natursteig Sieg bei Hennef-Blankenberg.

Foto: Rhein-Sieg-Kreis



Das Projektteam Natursteig Sieg, (von links nach rechts): Brigitte Kohlhaas, Carmen Döhnert, Felix Knopp.

Foto: Apropos Siegtal

naturkundliche Zusammenhänge der Kulturlandschaft auf und machen diese unmittelbar erlebbar. Link: www.naturregion-sieg.de

Dem Fernwander-Rundweg „Bergischer Panoramasteig“, dem Fernwanderweg „Bergischer Weg“ sowie den „Streifzügen durch den Naturpark Bergisches Land“.



Ein Eindruck des Bergischen Landes bei Ruppichterorth.

Foto: Rhein-Sieg-Kreis

„Wege durch die Zeiten“ im Bergischen Land

Die offene, äußerst abwechslungsreiche Mittelgebirgslandschaft des Bergischen Landes mit ihrer mehr als 2000-jährigen Kulturgeschichte besticht mit großen Mischwaldflächen im Wechsel mit Wiesen und Weiden, durchsetzt von vielen kleinen, bäuerlich geprägten Siedlungen und Weilern. Zahlreiche Flüsse mit ihren Auen und in die Natur eingebundenen Talsperren verleihen der Landschaft einen ganz besonderen Reiz. „Wege durch die Zeiten“ ist ein geplantes Wanderwegenetz, das mit einer Gesamtlänge von rund 700 Kilometern im Wesentlichen aus drei Grundmodulen besteht:

Der Bergische Panoramasteig mit zirka 280 Kilometern Länge bildet die landschaftlich reizvolle Basistour mit spektakulären Ein- und Ausblicken: Hier können Wanderer das Bergische Land mit seinen zahlreichen Sehenswürdigkeiten von seinen schönsten Seiten erleben. Der Bergische Weg wird ein Fernwanderweg, der über rund 190 Kilometer von Essen bis zum Siebengebirge führt. Hierbei wird er auf den Rheinsteig und den neuen Natursteig Sieg treffen.

Die Bergischen Streifzüge sind etwa 25 unterschiedliche Erlebniswege für Tageswanderungen von je fünf bis 20 Kilometern Länge. Sie liegen alle entweder am Bergischen Panoramasteig, dem Bergischen Weg oder den beiden Verbindungswegen, gri-

fen spannende historische oder naturkundliche Zusammenhänge auf und machen diese, auch durch moderne Vermittlungstechniken, unmittelbar erlebbar.

Gleichzeitig verbindet das Wanderwegenetz das Ruhrgebiet, das Bergische Land, das Sauerland und das Rheinland und schafft so einzigartige wanderbare Achsen durch höchst unterschiedliche Landschaften.

Touristische Dachorganisation

Entwickelt wurde das Wanderprojekt von der touristischen Dachorganisation „Naturarena Bergisches Land GmbH“, dem Naturpark Bergisches Land sowie dem Rhein-Sieg-Kreis mit den Kommunen Lohmar, Much, Neunkirchen-Seelscheid und Ruppichterorth.

Gemeinsam mit dem angrenzenden Wanderprojekt „Naturregion Sieg“ stehen dem Wanderer nun zusammenhängende Qualitätsfernwanderwege von über 1.000 Kilometern Länge zur Verfügung. Durch den regionalen Schulterschluss beider Projekte bieten sich hervorragende Ansätze für eine Marketingstrategie, die der Gesamtregion innerhalb kurzer Zeit zu überregionaler Bekanntheit verhelfen werden.

Mehr hierzu findet sich unter: www.bergisches-wanderland.de

„RadRegionRheinland“

Ziel der Rad-Region-Rheinland ist es, den Fahrradverkehr und den Fahrradtourismus in der Region Köln/Bonn verstärkt zu fördern und auch über die Grenzen des Rheinlandes als Attraktion bekannt zu machen. Die fahrradfreundliche Region Köln/Bonn soll dabei sowohl für die Menschen, die in der Region leben, als auch für die Besucher und Touristen auf andere und neue Art erfahrbar gemacht werden.



Entlang der Sieg führt ein besonders familienfreundlicher Radweg, der auch schon für die kürzesten Beine geeignet ist.

Foto: Rhein-Sieg-Kreis

Bislang bestehen in der Region Köln/Bonn nur wenige städteübergreifende größere Ko-

operationen zum Radtourismus. Die Kultur- und Stadtlandschaften sowie die Naturlandschaften der Region sind oft nur den Bewohnern selbst als Rad-Destinationen bekannt.

Städteübergreifende, regional übergreifende Entwicklung des Fahrradtourismus

Mit dem Projekt „Rad-Region-Rheinland“ können ein entscheidender Impuls zur re-

gional übergreifenden Entwicklung des Fahrradtourismus gegeben und die damit verbundenen weiteren Entwicklungsschritte forciert werden. Um die Potenziale zu nutzen, wird ein neues Radroutennetz sowie eine neue begleitende touristische Dachmarke für die Region entwickelt. Durch die neue touristische Dachmarke werden die regionalen Besonderheiten und die Vielfalt der Region für den Radverkehr und insbesondere den Radtourismus attraktiver vermittelt, sowie über das neue Radroutennetz nachhaltig erschlossen. Die Natur- und Kul-

turlandschaften der einzelnen Kommunen werden in das Netzwerk des landesweiten Radverkehrsnetzes integriert. Die passenden Links hierzu sind: www.rad-regionrheinland.de und www.rhein-sieg-kreis.de

EILDienst LKT NRW
Nr. 7-8/Juli-August 2011 80.40.01



„2000 Jahre Varusschlacht im Teutoburger Wald“

Die Bedeutung eines kulturhistorischen Ereignisses für die Einführung der touristischen Dachmarke „Land des Hermann/Teutoburger Wald“

Von Wolfgang Thevis, Koordinator der Abteilung Tourismus und Evaluation beim Kreis Lippe

„Ganz oben in Nordrhein-Westfalen“, so wirbt Lippe für den eigenen Standort, um sich geografisch und qualitativ im Wettbewerb der Regionen zu behaupten. Als ehemals eigenständiges Fürstentum und Land bringt sich der Kreis mit seinen Städten, Gemeinden und Organisationen in diesen Wettbewerb ein. Eine Attraktion ist seine geografische Lage im Teutoburger Wald.

Das Jubiläum – Jahrelange Vorbereitung

Die 2.000. Wiederkehr der Schlacht im Teutoburger Wald bietet eine willkommene Gelegenheit, um sich neu zu positionieren. Lange im Vorfeld ist klar, dass dieses Ereignis bundesweit eine enorme Aufmerksamkeit mit sich bringt und von allen Medien dankbar aufgegriffen werden wird. Was liegt demnach näher, als frühzeitig eine einprägsame und aussagekräftige regionale Dachmarke zu kreieren, die den bestehenden Bekanntheitsgrad des Hermannsdenkmals und die geografische Zuordnung mit dem Teutoburger Wald aufnimmt: „Land des Hermann/Teutoburger Wald“. Vertreter des Kreises Lippe, des Landesverbandes Lippe, der Stadt Detmold sowie der Lippe Tourismus & Marketing AG beginnen bereits 2003 mit der strategischen Entwicklung von Konzepten und Projekten. Man verständigt sich auf eine beispielhafte Zusammenarbeit: 2007 etabliert sich eine gemeinschaftliche Strategieguppe und bündelt Aufgaben, Maßnahmen und Projekte in einer gemeinsamen Koordinationsstelle, dem „Hermannbüro“. Ziel ist es, ein einheitliches Erscheinungsbild des Tourismus-, Lebens- und Wirtschaftsstandortes Lippe zu schaffen und auszubauen, sowie die Attraktivität der Innen- und Außenwahrnehmung zu erhöhen.



Der Wiedererkennungswert ist enorm: Das Hermannsdenkmal ist weit über die Grenzen des Kreises Lippe hinaus jedem ein Begriff.

Foto: Lippe Tourismus- und Marketing AG

Überall sichtbar dank Marketing

Das strategische Marketingkonzept erreicht, dass das Themenjahr in der gesamten Region und darüber hinaus immer wieder sichtbar wird. Anzeigen, Großplakatflächen, ein spezieller Varusjahr-Newsletter, Print- und TV-Berichterstattung, aufwendige Besucherleitsysteme, Fahnen an Straßenlaternen und anderes machen das Ereignis ständig gegenwärtig. Zum reibungslosen Ablauf des Varusjahres tragen Kooperationen mit dem öffentlichen Nahverkehr, der Polizei und kommunalen Akteuren bei. Ein Beschwerdemanagement informiert unmittelbar alle wesentlichen Einrichtungen und Organisationen über Wünsche, Kritik oder Verbesserungsvorschläge der Besucher und Gäste. Sehr schnell ist auch die Philosophie für das große Themenjahr „Varus 2009“ erarbeitet und auf breiter Ebene kommuniziert. Alle Beteiligten des weit angelegten „Internationalen Kulturprogramms Hermann 2009“ (IKP Hermann 2009) verdeutlichen damit ihre gemeinsame Sicht auf die Geschichte und bilden den Grundstein für die überregionale Aufmerksamkeit. Von Anfang an steht dabei fest, dass das „IKP Hermann 2009“ in den kommenden Jahren als Kulturprogramm Hermann 2010, Hermann 2011 fortgeführt werden soll.

Aus der Philosophie heraus entsteht eine außergewöhnliche Architektur und Choreografie des „IKP Hermann 2009“, die durch ein Key Visual verstärkt wird und auf der eigens eingerichteten Homepage www.hermann2009.de präsentiert wird: Auftritte internationaler Künstler, Projekte, Events, Tagungen und Bildungsangebote, städtetouristische Aktivitäten, Jugendworkshops, Ausstellungen und Darbietungen hiesiger Künstler und vieles mehr positionieren das Land des HermannlTeutoburger Wald insbesondere mit Blick auf ein zusammenwachsen des Europa. Sie zeigen immer wieder, dass das Hermannsdenkmal für die Region ein moderner Treffpunkt, Lern- und Kommunikationsort werden soll. Ebenfalls soll es ein Symbol für Frieden und Völkerverständigung darstellen, das jedes Jahr auch international immer mehr Besucher anzieht.

Service ist Trumpf: Zufriedene Gäste kommen wieder

Für die Nachhaltigkeit eines solchen Ereignisses wie dem Varusjahr 2009 ist der Aspekt der Servicequalität von entscheidender Bedeutung. Nur zufriedene Gäste kommen wieder oder werben in ihrem Familien-, Freundes- und Bekanntenkreis. Gezielt wird deshalb im Vorfeld des Varusjahres an der Verbesserung der Servicequalität gearbeitet. Taxifahrer, auswärtige Busfahrer, Busfahrer des regionalen ÖPNV, Mitarbeiter in den Touristinformationen sowie im Gast- und Beherbergungsgewerbe werden im Vorfeld des Themenjahres geschult. Eigene Servicebriefe werden erarbeitet und an die entsprechenden Organisationen weitergereicht. Für die Betreuung der Besucher des Varusjahres werden zudem so genannte „Hermannizer“ ausgebildet, die als Stadt- und Reiseführer Gruppen und Individualgästen zur Verfügung stehen.

Als Ergebnis dieser Anstrengungen kann man festhalten, dass die Attraktivität der Region Land des HermannlTeutoburger Wald bei der Befragung im Rahmen der Ausstellung „Mythos“ mit einem Wert von 1,8 (Bewertung nach Schulnoten von 1 bis 6) ein sehr gutes Ergebnis erzielt. Ein gleich gutes Ergebnis ergibt sich bei der Bewertung der Ausflugsziele und Sehenswürdigkeiten. Alle Ausflugsziele der Region, die im Rahmen des Varusjahres untersucht wurden, empfehlen die Besucher zu 97,5 Prozent bis 100 Prozent weiter. Ein Zeichen für das große Vertrauen, das die Region Land des HermannlTeutoburger Wald genießt.

Eine Faktoren- und Zielgruppenanalyse, die im Einklang mit dem 10-Punkte-Masterplan der Landesregierung steht und in deren Mittelpunkt die nachhaltige Neupositionierung der Region Land des HermannlTeutoburger Wald steht, stellt auf breiter Ebene die Frage, welche Marktsegmente künftig angesprochen und welche Produkte für welche Zielgruppen angeboten werden sollen. Darüber hinaus fokussiert man ein weiteres Ziel: eine zeitgemäße Rezeption des Wahrzeichens der Region, des „Hermannsdenkmals“. Die hierzulande vorhandene Identifikation mit dem heimischen „Hermann“ soll auch inhaltlich eine nachhaltige Verbundenheit mit dem Land des HermannlTeutoburger Wald schaffen.

Besucherbefragung liefert Erkenntnisse für neue Angebote

Um hierzu nähere Erkenntnisse zu erhalten, werden rund 6.000 Besucher befragt. Neben Besucherbefragungen gibt es auch Experteninterviews, bei denen die Kooperationspartner, Förderer und Sponsoren des Varusjahres sowie die Beherbergungsbetriebe der Region nach ihren Erwartungen und Eindrücken befragt werden. Von Anfang an

steht dabei fest, dass dieses erstmalig in dieser Breite erhobene Datenmaterial Basis für Befragungen in den Folgejahren sein soll. Aus der Befragung an den Ausflugszielen und Kultureinrichtungen können zum ersten Mal die Besucherströme bestimmt werden, die Grundlage für die Entwicklung neuer Angebotsbausteine und Pauschalen sind. Die ausführlichen Ergebnisse der Evaluation stehen als kostenloser Download auf der Seite www.land-des-hermann.de zur Verfügung.

Bei der Entwicklung der Destination Land des HermannlTeutoburger Wald zeigt sich, dass, wenn die touristischen Einrichtungen für auswärtige Gäste zusammenarbeiten und sich dadurch deren Quantität und Qualität erhöht, alle regionalen und überregionalen Leistungsanbieter nachweislich davon profitieren (zum Beispiel durch den Verkauf spezifischer Produkte wie Hermann-Salami, das Messer „Der scharfe Hermann“, Wein, Postkarten, HermannButterKekse oder Thusnelda-Bier).

Im Rahmen der Ausstellung Mythos begleitenden IKP Hermann 2009 werden knapp 300 Veranstaltungen durchgeführt, die 200.000 Besucher erreichen. Zusammen mit den 100.000 Gästen der Ausstellung Mythos nutzen 300.000 Menschen die Gelegenheit, um das Land des HermannlTeutoburger Wald zu erkunden.

Der touristische Umsatz unter Berücksichtigung der Tages- und Übernachtungsgäste liegt im Varusjahr 2009 bei rund 400 Millionen Euro, wobei 13 Millionen direkte Auswirkungen des Varusjahres sind.

Dachmarke setzt sich durch

Die konsequent und einheitlich kommunizierte touristische Dachmarke Land des HermannlTeutoburger Wald hat den Standort Lippe mit den Kernattributen der Region: Natur/Erleben, Kultur/Geschichte, Gesundheit/Wellness und Technologie/Innovation verknüpft und eine enorme Mund-zu-Mund-Propaganda und persönliche Empfehlung generiert, die maßgebliche Indikatoren für die Planung von Reiseaktivitäten sind. Die Destination Land des HermannlTeutoburger Wald mit ihrer facettenreichen Geschichte hat gezeigt, dass ein aktives und öffentlichkeitswirksames Positionieren der einzigartigen geschichtlichen und kulturtouristischen Besonderheiten einen großen Imageeffekt bei allen Beteiligten geschaffen hat. Vor diesem Hintergrund findet im Jahr 2012 der NRW-Tag in Detmold statt. Ein Ereignis, welches von seiner Bedeutung her vergleichbar mit dem Varusjahr ist.



Die Gäste sind zufrieden, sie empfehlen weiter, was sie gesehen und erlebt haben.

EILDienst LKT NRW
Nr. 7-8/Juli-August 2011 80.40.01



Weil es gemeinsam besser geht: Zusammenarbeit von Kommunen, Kreisen und privaten Anbietern bringt den Rad-Tourismus nach vorn

Von Andrea Drossard und
Thomas König, Stabsstelle
Wirtschaftsförderung, Städteregion Aachen

Die landschaftliche und kulturelle Vielfalt der Städteregion Aachen „erfahrbar“ machen – eine nicht nur im wörtlichen Sinne besondere Herausforderung für die Akteure aus Politik und Verwaltung. Wie dies gelingen soll, zeigen die beiden durch INTERREG geförderten Radrouten „Vennbahn/RAVeL“ sowie „Grünroute/TIGER“, die als regionale und zugleich grenzübergreifende Flaggschiffe das touristische und wirtschaftliche Potenzial des Radfahrens in der Region aufgreifen und nachhaltig in Wert setzen wollen. RAVeL kommt aus dem Französischen von Réseau Autonome de Voies Lentes. Das Radwegenetz wurde 1995 in der belgischen Wallonie ins Leben gerufen. Unter der Nummer 48 wird der auf der Vennbahntrasse entstehende Radweg in das Netz eingearbeitet. TIGER steht für die Touristische Inwertsetzung der grenzüberschreitenden europäischen Region und hat sich zum Ziel gesetzt, das touristische Profil der Dreiländer-Region Aachen zu schärfen.

Gemeinsam mit den zehn städteregionsangehörigen Kommunen werden im Sinne einer sinnvollen Verknüpfung der touristischen Möglichkeiten attraktive Radrouten entwickelt und durch Angebote für verschiedene Zielgruppen gestärkt. Kooperationen mit fahrradfreundlichen Übernachtungsbetrieben sowie vielfältige gastronomische Genüsse spielen dabei in beiden Projekten eine ebenso wichtige Rolle wie die Einbindung von Servicepartnern (beispielsweise Radwerkstätten, Verleihnetzwerk für E-Bikes).

Qualitätsstandards im Tourismus

Um gemeinsame Qualitätsstandards im Fahrradtourismus auch für die Zukunft sicherzustellen und Mehrwerte im Bereich der touristischen Produktentwicklung und im Marketing zu erarbeiten, sollen in der „Städteregion



In der Region rund um Aachen lässt sich herrlich Fahrradfahren. Foto: Städteregion Aachen

Aachen“ bestehende Radrouten enger miteinander verknüpft und Kooperationsmöglichkeiten aufgezeigt werden. Der Auftakt wurde im Rahmen eines gemeinschaftlichen Workshops mit Vertretern aus den Kommunen und vom Hotel- und Gaststättenver-

band (HOGA), Radsportvereinen, Radreiseveranstaltern sowie Touristikern gestaltet. Als zentrale Erfolgsfaktoren für eine nachhaltige Positionierung als Radfahrregion soll zukünftig in den beiden INTERREG-Projekten Vennbahn/RAVeL und Grünroute/TIGER ein besonderes Augenmerk auf die Aspekte Qualität und Management gelegt werden.

Kooperation mit privaten Leistungsträgern

Daneben gilt es, die Kooperation mit privaten Leistungsträgern zu verstärken und das wirtschaftliche Potenzial des Fahrradtourismus zu erschließen. Gelingen ist dies bereits im Südraum der Städteregion Aachen, wo sich mit der Movelo-Region „Eifel“ eine erfolgreiche Kooperation zwischen den Touristikern und mehreren privaten Akteuren (Hotels, Gastronomie, Radverleihe) herausgebildet hat, die ein flächendeckendes Netz aus Verleih- und Akku-Wechselstationen für Elektrofahrräder anbieten. Mit Verleihnetzwerken in über 50 Tourismusregionen in Deutschland, Österreich, Italien und Spanien



Insgesamt 370 Kilometer Radwege ermöglichen eine Fahrt von Sehenswürdigkeit zu Sehenswürdigkeit. Foto: Städteregion Aachen

gilt „Movelo“ als größter europäischer Anbieter für Elektro-Mobilität im Tourismus. Eine Erweiterung der bestehenden Move-lo-Region um den Norden der Städteregion Aachen wäre ein sinnvoller und gewinnbringender Ansatz für die touristische Vermarktung auch dieses Teilraums.

Die Grünroute

Beispielhaft für die touristische Zusammenarbeit innerhalb der Städteregion ist auch der Verein Grünmetropole, der es sich zum Ziel gesetzt hat, die Attraktivität des Nordraumes der Städteregion Aachen zu steigern. Dies soll insbesondere durch die im Rahmen des „EuRegionale-2008-Projekts Grünmetropole“ speziell für Radfahrer entwickelte „Grünroute“ erreicht werden. Die Grünroute verbindet auf etwa 370 Kilometern den attraktiven Kultur- und Naturraum der Euregio Maas-Rhein (Deutschland, Belgien, Niederlande), wovon gut 120 km durch das Gebiet der Städteregion Aachen verlaufen. Auf den Spuren des ehemaligen Bergbaus können über 70 Sehenswürdigkeiten und Freizeitangebote per Rad entdeckt werden. Gemeinsam mit den Projektpartnern aus Belgien und den Niederlanden werden im Folge-INTERREG-Projekt TIGER nun grenzüberschreitende touristische Produkte für den Bereich der Freizeit- und Naherholung entwickelt und vermarktet, um das touristische Profil des Nordraums der Städteregion Aachen weiter zu schärfen.

Die Vennbahnroute

Radeln entlang alter stillgelegter Eisenbahntassen können Touristen im Süden der Städteregion. Durch die Mittelgebirgslandschaft der Eifel führt die ebenfalls grenzüberschrei-



Die Vennbahn ist eine ehemalige Eisenbahnstrecke zwischen Aachen und Luxemburg, die 1889 in Betrieb ging. Seit Sommer 2005 gibt es entlang der ungenutzten Schienen stückweise Radwege, seit 2007 werden auch die Schienen demontiert.

Foto: StädteRegion Aachen

tende Vennbahn-Route, die nach Fertigstellung im Jahr 2012 auf einer Gesamtlänge von 130 Kilometer und mit einer maximalen Steigung von zwei Prozent ein barriere-

freies Radwandern durch drei Länder (Belgien, Deutschland, Luxemburg) ermöglicht. Ein zusätzliches weit verzweigtes System anknüpfender Rad- und Wanderwege lädt dazu ein, auch die Attraktionen der umliegenden Landschaften und Regionen zu erkunden. Aufgrund dieses touristischen Potenzials kann die Eifelregion zu einer der Top Rad- und Wanderregionen Europas werden.

Potenziale nutzen

Laut einer Studie des Deutschen Tourismusverbandes (DTV) aus dem Jahr 2010 ist der Fahrradtourismus gefragt wie kaum eine andere touristische Aktivität in Deutschland. Ziel von Tourismuspolitik muss es daher sein, Maßnahmen und Projekte zu entwickeln, um dieses Potenzial bestmöglich und unter Einbindung öffentlicher und privater Akteure auszuschöpfen. Sowohl die objektiven Angebotsvoraussetzungen als auch die Prognosen für die Nachfrage lassen für die Städteregion erwarten, dass dieser touristische Teilbereich eine hervorragende Marktposition bekommen wird. Mit den beiden durch INTERREG geförderten Radrouten Vennbahn/RAVeL sowie Grünroute/TIGER ist die Städteregion Aachen somit auf einem guten Wege, sich hier erfolgreich zu positionieren.

EILDienst LKT NRW

Nr. 7-8/Juli-August 2011 80.40.01



Klöster, Natur und GPS – Kulturland Kreis Höxter auf dem Weg

Von Katja Krajewski M.A., Tourismusreferentin Kulturland Kreis Höxter bei der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung im Kreis Höxter mbH.

Mehr als 20 klösterliche Einrichtungen haben sich im äußersten Osten Nordrhein-Westfalens zusammengeschlossen, um ihre christlichen Werte und Traditionen an Besucher und Gäste weiter zu reichen. Die Klosterregion will Netzwerk sein und als solches präsentiert sie sich: Themen und Wege verknüpfen die einzelnen klösterlichen Einrichtungen, und all dies inmitten „Erlesener Natur“. Im Marketing werden „Klosterregion“ und „Erlesene Natur“ unterstützt durch ein regionsweites interaktives Online-Instrument zur Freizeitplanung, den „TEUTO_Navigator“.

Klosterregion Kulturland Kreis Höxter

Das Kulturland Kreis Höxter verfügt über ein reiches klösterliches Erbe. Seit dem frühen Mittelalter haben unzählige Klöster und Stifte Kulturgeschichte sowie Land und Leute geprägt. Unter Federführung der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung (GfW) im Kreis Höxter wird dieses Jahrtausende alte Erbe jetzt wieder entdeckt und für den Tourismus aufbereitet.



Die Konzerte des Klosterfestivals führen klangvoll durch die Geschichte der Kirchenmusik.

Foto: Irina Jansen

Zu dem Projekt gehören 25 ganz unterschiedliche Klöster und klösterliche Einrichtungen, die mit einem breit gefächerten Veranstaltungsprogramm auf sich aufmerksam machen. Während des Klosterfestivals verwandeln Musik, Ausstellungen und Theater die klösterlichen Kulissen in Bühnen. Vom Sommer bis in den Winter hinein gastieren renommierte Künstler, Musiker, Gruppen und Chöre in den klösterlichen Einrichtungen im Kreis Höxter, um die geschichtsträchtige Region am Teutoburger Wald in den

Mittelpunkt zu rücken. Fern vom Alltag, von allen Ablenkungen, bietet das umfangreiche Workshop-Programm der Klosterwerkstatt die Möglichkeit, kreativ zu sein, Körper und Geist zu stärken.

Ziel ist es, zu beweisen, wie spannend, erholsam, kreativ und lehrreich ein Aufenthalt hinter historischen Mauern auch in modernen Zeiten sein kann.

Die Klosterregion lebt von der Vielfalt ihrer klösterlichen Einrichtungen: unterschiedliche christliche Glaubensgemeinschaften, alte Klöster in neuer Nutzung – ob als Schule, Museum oder Hotel, verschiedene Baustile und nicht zuletzt die Lage in der Landschaft: die einen oben auf dem Berg – die anderen im Tal der Weser, die einen einsam im Wald – die anderen mitten in der historischen Altstadt. Verknüpft werden sie durch Themen – die Musik ist eines davon – oder Wege.

Wer möchte, kann von Corvey durchgängig auf dem mit der Jakobsmuschel gekennzeichneten Pilgerweg bis nach Santiago de Compostela wandern. Aber nicht nur Pilger, sondern auch Motorrad- und Radfahrer machen sich auf den Weg. Die einen auf der „Klostertour“, die anderen zum Beispiel auf der neu entwickelten „Kloster-Garten-Tour“. Bei der Planung seiner Wege wird der Gast durch den Teuto-Navigator unterstützt.

Erlesene Natur – Europäisches Naturerbe im Kulturland Kreis Höxter



Der Höhenwanderweg auf dem Ziegenberg bietet herrliche Ausblicke auf den geschwungenen Weserlauf. Foto: Frank Grawe

Orchideenreiche Buchenwälder, bizarre Felsen und naturnahe Bachläufe, bunt blühender Magerrasen, sonnendurchflutete Wacholderheiden und geheimnisvolle Moore: Das ist „Erlesene Natur“ im Kulturland Kreis Höxter. Hier ist das europaweite Netz schützenswerter Lebensräume unter dem Stichwort NATURA 2000 besonders engmaschig geknüpft.

Nach und nach werden im Projekt gezielt Naturschutzgebiete und europäische Fauna-Flora-Habitat (FFH)-Gebiete ausgewählt



Wandern liegt im Trend. Im Hintergrund die Abtei Marienmünster im Kulturland Kreis Höxter mit dem klangvollen Konzertsaal im ehemaligen Ackerhaus. Foto: Frank Grawe

und mit Augenmaß und Sachverstand für Naturliebhaber erschlossen. Neue Wanderwege und GPS-Erlebnisrouten führen durch die Gebiete und entlasten gleichzeitig sensible Bereiche. Gewässerzugänge und Beobachtungstürme schaffen neue Einblicke. Naturerlebnisstationen und Infotafeln vermitteln Zusammenhänge, und eigens ausgebildete Natur- und Kulturlandführer gehen mit Interessierten auf Exkursion. Darüber hinaus werden alle Wege der „Erlesenen Natur“ im Teuto-Navigator dargestellt.

TEUTO_Navigator

Der Teuto-Navigator ist eine Internet-Plattform, die touristische Angebote in ganz Ostwestfalen-Lippe zusammenfasst und interaktiv darstellt. Der Nutzer kann vorgefertigte Angebote zu speziellen Themen und Wünschen nutzen oder seine individuelle Tour planen. Ins Leben gerufen hat das innovative Projekt die „OstWestfalen-Lippe Marketing GmbH“ gemeinsam mit den sechs ostwestfälisch-lippischen Kreisen und der Stadt Bielefeld. Der „Europäische Fonds für Regionale Entwicklung“ (EFRE) hat den Aufbau des Navigators finanziell gefördert, nachdem eine Jury das Projekt 2008 unter zahlreichen Bewerbungen ausgewählt hatte.

Besonderer Service des interaktiven Online-Instruments zur Freizeitplanung sind der 3-D Flug mit GoogleEarth für jede Tour und der GPS-Service für die sichere Navigation unterwegs mit Satellitenhilfe. Daneben finden sich Sehenswürdigkeiten sowie Hotels und Restaurants entlang der gewählten Route. Alle Tourentipps können online abgerufen und inklusive Karte und Ein-

kehrtipps als pdf kostenlos ausgedruckt werden. Jede der Touren kann auch kommentiert und bewertet werden.

Der Navigator bietet aber auch die Möglichkeit, eigene Touren auf dem umfassenden Wegenetz zu erstellen – zum Beispiel von Kloster zu Kloster.



KulturLandFührer

Für alle, die Kultur, erlesene Natur und Landschaft nicht auf eigene Faust entdecken möchten, bieten die sogenannten »KulturLandFührer« einen gemeinsamen Veranstaltungskalender mit 90 spannenden wie lehrreichen Angeboten an. Im Jahr 2010 konnten zahlreiche engagierte Kultur- und Landschaftsführer für den Kreis Höxter ausgebildet und zertifiziert werden.



Buchenwälder sind einzigartig und kommen weltweit nur in Europa vor. Mit einem Anteil von 42 Prozent vom Waldbestand weist der Kreis Höxter den höchsten Buchwaldanteil in Nordrhein-Westfalen auf.

Foto: Frank Grawe

Hinter Titeln wie „Bach-Wanderungen“, „Wilde Kräuterferien“ und so weiter verbergen sich thematisch ausgerichtete Wanderungen und Spaziergänge, Radtouren zu Klöstern oder Gebieten der Erlesenen Natur, Besichtigungen und Exkursionen mit Praxisbezug sowie Gemeinschaftsveranstaltungen von mehreren Kulturlandführern. Das Programm ist eine Einladung, die kulturelle und landschaftliche Vielfalt des Kulturlandes Kreis Höxter kennen und schätzen zu lernen.

EILDienst LKT NRW
Nr. 7-8/Juli-August 2011 80.40.01



Erfolgreiche Marketingkampagne der Niederrhein Tourismus GmbH

Von Rolf Adolphs, Geschäftsführer,
Niederrhein Tourismus GmbH

Printwerbung und Broschüren, ein mehrsprachiger Internetauftritt, Promotion, Roadshows und Unterstützung in der PR und Öffentlichkeitsarbeit: Die Marketingkampagne der Niederrhein Tourismus GmbH ist auf allen Ebenen aktiv. Und das Konzept unter dem Motto „typisch Niederrhein“ geht auf. Die Besucherzahlen der Homepage lagen bei etwa drei Millionen im Jahr 2010. Die Übernachtungen überschritten Ende 2010 die zwei Millionen-Grenze. Am Anfang der vielseitigen Marketingaktionen stand 2007 ein touristisches Leitkonzept für den Niederrhein. Jeder der Gesellschafter der Niederrhein Tourismus GmbH stellte für die Umsetzung der Kampagne von 2008 bis 2010 einen Beitrag in Höhe von 100.000 Euro pro Jahr zur Verfügung.

Printwerbung und Broschüren

Neben Anzeigen in deutschen und niederländischen Printmedien, wie zum Beispiel Fahrradfachzeitschriften, Magazinen und Tageszeitungen, produzierte die Niederrhein Tourismus GmbH ein Gästemagazin in deutscher und niederländischer Sprache. Auflage: jeweils 200.000 Stück. Jeweils 140.000 Exemplare wurden als Beilage über die Zeitungen „Welt am Sonntag“ und „Niederlandsen Weekbladen“ verteilt. Hinzu kamen vier Ausgaben der „NT-News“ pro Jahr. Das Magazin für die Tourismusbranche am Niederrhein informiert quartalsmäßig über die Marketingaktivitäten und Projekte der Niederrhein Tourismus GmbH und wird an touristische Leistungsträger, Freizeitanbieter, Kommunen und Politiker im Verbandsgebiet verschickt.

PR und Öffentlichkeitsarbeit

Neben der eigenen Pressearbeit werden im Rahmen einer Jahreskampagne mit dem Verband „Deutsche Journalistendienste“ (djd) aktuelle Meldungen an jeweils rund 2.500

Reisejournalisten verschickt und in Printmedien und im Internet platziert. Das Interesse der Medien ist groß. Ein Beispiel ist der Radiosender WDR 2, der zum Thema „Urlaubsort-Check Niederrhein“ berichtete. Außerdem gab es bereits ein Fernseh-Interview mit Rolf Adolphs, Geschäftsführer der Niederrhein Tourismus GmbH, in der WDR Lokalzeit Düsseldorf zum Thema „Urlaub vor der Haustür“. Auch in der der Sendereihe „Wunderschön!“ des WDR wurde ein 90-minütiger Fernsehbericht über die Region „Ganz im Westen – Vom Selfkant bis nach Nettetal“ ausgestrahlt.

Internet

Die interaktive Homepage ist dreisprachig: deutsch, englisch und niederländisch. Der ebenfalls dreisprachige Imagefilm über den Niederrhein ist neben der eigenen Homepage auf verschiedenen weiteren Internetplattformen zu finden, darunter „clipfish.de“, „youtube.com“, „travelistic.com“, „tagyourplace.com“, „austriaweb.tv“ und auf der Internetplattform der „Deutschen Welle TV Europa“ unter der Rubrik „hin & weg“.

Promotion / Roadshows

Das im August 2009 angeschaffte Info-Mobil wird auf diversen Promotion-Touren und Roadshows eingesetzt. Beliebt sind auch die verschiedenen Image-Postkarten mit Sprüchen über den Niederrhein und die Werbe-Tragetaschen mit dem Aufdruck „typisch-Niederrhein.de“.

Projekte Ziel-2-Wettbewerb „Erlebnis.NRW“

Im Januar 2008 wurden von der Niederrhein Tourismus GmbH drei Projektideen in den Wettbewerb „Erlebnis.NRW“ eingereicht. Ein Jahr später gab es eine Bewilligung zu allen drei Vorschlägen. Die Laufzeit der Projekte beträgt drei Jahre, Beginn war 2009.

„NiederrheinRad“ (Budget: 2,255 Millionen Euro)

Das Netzwerk mit einheitlichen Markenfahrrädern und dazugehörigem Service (Logistik, Wartung, Marketing) besteht aus 53 Ve-



Duisburg Landschaftspark

Foto: Agentur Berns

leihstationen, die gleichmäßig über das Verbandsgebiet verteilt sind, und ist auch in Duisburg und im Rhein-Kreis-Neuss präsent. Zu den Betreibern der Stationen gehören Hotels, Kommunen, Freizeitattraktionen und gemeinnützige Träger. Über 600 Fahrräder sind auf die Stationen verteilt – der Pool, aus dem bei Bedarf Räder bestellt werden können, umfasst etwa 500 weitere Fahrräder. Die Marketingkampagne (Teaser in Tages-



Rapsfeld

Foto: Agentur Berns

zeitungen, Großplakate, Messeauftritte, Internetauftritt, Anzeigenschaltung et cetera) trug dazu bei, dass sich das Niederrheinrad als Teil des Niederrheins schnell einen Platz erobert hat. Das Buchungssystem wird ständig erweitert und aktualisiert. Die Internetseite wird sowohl zur Buchung der Niederrheinräder als auch für allgemeine Informationen zur Region genutzt. Schon im ersten

Jahr liehen sich die Touristen mehr als 10.000 Niederrheinräder aus.

„RheinRadWeg“ Nordrhein-Westfalen (Budget: 1,2 Millionen Euro)

In diesem Projekt geht es um die einheitliche Vermarktung und Beschilderung des Rheinradweges von Bad Honnef bis nach Emmerich. Interessierte Leistungsanbieter, zum Beispiel Hotels und Ausflugsziele, können sich auf der Internetseite präsentieren.



RheinRadWeg Emmerich Foto: RheinRadWeg

Radreisepauschalen wurden entwickelt und sind über die Internetseite www.rheinradweg.net buchbar. Gleichzeitig findet auch eine enge Zusammenarbeit mit Reiseveranstaltern, wie zum Beispiel „Dertour“, statt. Im Bereich des Marketings wurde ein Mediaplan entwickelt und umgesetzt. Unter anderem gibt es einen Pocketplaner mit Tipps für Touristen.



RheinRadWeg Zons

Foto: RheinRadWeg

Integriertes kennzahlenbasiertes Netzwerkmarketing (Budget: 800.000 Euro)

Das Projekt liefert den touristischen Akteuren Informationen und Unterstützung zu deren eigenen Marketingaktivitäten. Die Zielgruppen wurden unterteilt auf ihre Bedürfnisse und Lebensgewohnheiten, die diese auch im Urlaub nicht missen möchten. Ermittelt wurden somit die Kategorien Niederrhein...lässig, Niederrhein...natürlich, Niederrhein...exklusiv, Niederrhein...klassisch. Für jede Kategorie gibt es einen eigenen Katalog. Damit wird das Angebot noch transparenter. Passend zu diesen vier Säulen hat die Niederrhein Tourismus GmbH auch ihren Messestand neu konzipiert. Die Niederrhein Tourismus GmbH ist als Dachgesellschaft die Koordinierungsstelle für die Region Niederrhein. Sie bündelt alle Aktivitäten auf der regionalen Ebene der Kreise Kleve, Viersen und Wesel sowie der Stadt Krefeld. Es besteht eine enge Zu-



Niederrheinische Landschaft

Foto: Niederrhein Tourismus GmbH

sammenarbeit mit den Städten und Gemeinden, mit Verbänden, Verkehrsvereinen und den Euregios.

EILDienst LKT NRW
Nr. 7-8/Juli-August 2011 80.40.01



Sauerlandpark und Eventaufzug zur Burg Altena – Märkischer Kreis setzt auf Wandern, Radfahren und Kulturtourismus

Von Hendrik Klein, Pressesprecher, Märkischer Kreis

170 Ausflugsziele insgesamt, darunter zehn Talsperren, zwei Naturparke, 127 Naturschutzgebiete, drei Besucherhöhlen, mehr als 20 Museen, der Ruhrtalradweg und die Lenneroute für Fahrradtouristen, der neue Sauerlandpark in Hemer, zwei Top-Wanderwege mit dem Sauerland Höhenflug und der Sauerland Waldroute, die Burg Altena mit der ersten Jugendherberge der Welt und die Luisenhütte in Balve-Wocklum, beides Denkmäler von nationaler Bedeutung, und das Deutsche Drahtmuseum – heile Tourismuswelt im Märkischen Kreis, möchte man meinen.



Die Burg Altena ist der touristische „Leuchtturm“ im Märkischen Kreis.

Foto: Pressestelle Märkischer Kreis

wissenschaftliche Institut für Fremdenverkehr“ (dwif) in seinem vom Märkischen Kreis in Auftrag gegebenen Gutachten zur künftigen Tourismusstrategie heraus. Die Untersuchung ergab ein hohes touristisches Potenzial für die Region, zeigte aber noch Defizite bei der Organisationsstruktur sowie der Qualität der Hotellerie und Gastronomie auf. Weitere personelle und finanzielle Anstrengungen des Kreises sowie seiner 15 kreisangehörigen Städte und Gemeinden hätten gleichwohl sehr gute Erfolgsaussichten.

Zwar konnten sich die Kommunen nicht zu den drei vom Gutachter vorgeschlagenen touristischen Arbeitsgemeinschaften (Lennetal, Volmetal, Hönnetal) durchringen, sind aber zur vernetzten Zusammenarbeit bei einzelnen Projekten bereit. Erste Ergebnisse sind die Verlängerung des Draht Handelsweges sowie die intensivierten touristischen Kontakte zwischen den Städten Altena und Iserlohn unter Beteiligung des Märkischen

In den vergangenen Jahren hat sich im Märkischen Kreis touristisch viel getan. Die Landesgartenschau (LGS) 2010 in Hemer war mit mehr als einer Million Gästen der erwartete Besuchermagnet. Der im April eröffnete Sauerlandpark auf dem ehemaligen LGS-Gelände verzeichnete bereits mehr als 90.000 Besucher. Fast 17.000 Dauerkarten wurden verkauft – die Organisatoren rechnen mit bis zu 200.000 Schaulustigen pro Jahr.

Mit dem 254 Kilometer langen Sauerland-Höhenflug und dessen beiden Einstiegsportalen in Altena und Meinerzhagen bis nach Korbach in Hessen sowie der 240 Kilometer langen Sauerland Waldroute nach Marsberg mit ihrem Startpunkt in Iserlohn wurde die Wanderdestination im Märkischen Kreis deutlich verbessert. Spätestens im September soll der historische Draht Handelsweg von Altena nach Lüdenscheid verlängert werden. Der anlässlich des 101. Deutschen Wandertages im Jahr 2001 in Iserlohn eröffnete Draht Handelsweg endet zurzeit noch in Altena. Für den Märkischen Kreis ist der Ausbau der Wander-Infrastruktur auch für die eigene Bevölkerung und deren Lebensqualität von Bedeutung.

Gleichwohl gibt es noch Handlungsbedarf. Das stellte auch das „Deutsche Wirtschafts-



Der Sauerlandpark in Hemer auf dem Gelände der Landesgartenschau 2010.

Foto: Pressestelle Märkischer Kreis

Kreises. Eingeflossen sind die Ergebnisse der Untersuchungen in eine neue Tourismusstrategie des Märkischen Kreises.

Ein Meilenstein für die weitere Tourismusentwicklung ist die Fertigstellung des Eventaufzugs zur Burg Altena, ein Projekt der Regionale 2013. Unter dem Titel „Wir holen die Burg ans Lenneufer“ soll ein vorhandener, 60 Meter langer ehemaliger Luftschutzzoll ausgebaut und an dessen Ende ein 80 Meter hoher Eventaufzug durch den Fels zur Burg gebaut werden. Der Ausgang des 5,8 Millionen Euro teuren Eventaufzugs ist dann direkt auf dem oberen Burghof. Die Antragsteller hoffen auf eine 90-pro-

keitsstudie des Fraunhofer-Instituts bestätigt. Die Dortmunder Fachleute attestieren dem Eventaufzug eine Kapazität von 180 Personen pro Stunde und Richtung. Die Besucherzahl auf der Burg Altena könnte durch das Beförderungsmittel auf 150.000 pro Jahr deutlich gesteigert werden, so die Gutachter. Die Burg wird dann auch für die Bus-touristik-Unternehmen ein lohnendes Ziel, weil ihre Fahrgäste endlich einen bequemen Zugang zu einer der schönsten Höhenburgen Deutschlands hätten. Die Burg Altena wäre damit auch ein wichtiger Anker- und Ausgangspunkt für umfassendere Tourenpakete der Reiseunternehmen.



Auf Burg Altena ist unter anderem das Weltjugendherbergsmuseum untergebracht, denn hier entstand 1912 die erste ständige Jugendherberge der Welt. So schliefen die Jungen in den ersten Jahren des Bestehens.

Foto: Pressestelle Märkischer Kreis

zentige Förderung durch das Land Nordrhein-Westfalen. Den für die Realisierung erforderlichen dritten Stern der Regionale 2013 hat das Projekt Anfang des Jahres bekommen.

Dass der Bau des Aufzugs durch den Berg zur Burg möglich ist, hat eine Machbar-

Der Stadt Altena ist es trotz der angespannten Finanzsituation in den vergangenen Jahren gelungen, mit Fördergeldern und bürgerschaftlichem Engagement den Stadtbau voran zu treiben und die Lenneufersperrpromenade neu zu gestalten. Dort fand bereits zweimal in Kooperation mit

dem Märkischen Kreis ein Mittelalterfest mit überregionaler Strahlkraft statt, das insgesamt mehr als 50.000 Besucher anlockte. Die Neuauflage in diesem Jahr geht im August über die Bühne.

Die Regionale 2013 gibt weitere Anstöße für den Tourismus. Mit den Projekten „Ein Kreis packt aus“, der die Renaturierung und Freilegung von Bächen und Flüssen zum Ziel hat, sowie dem „Radnetz Südwestfalen“, das großflächig die vorhandenen überregionalen Radwege vernetzt, sind zwei weitere für den Tourismus zentrale Projekte in der Endphase.

Die vorgeschlagene Ausrichtung an und konsequente Einbindung in den Sauerland-Tourismus e.V. ist von allen Städten und Gemeinden anerkannt. Der Märkische Kreis ist Gründungsmitglied des 2003 gegründeten Vereins mit Sitz in Bad Fredeburg. In den zurückliegenden Jahren sind alle 15 kreisangehörigen Städte und Gemeinden Mitglied im Sauerland-Tourismus geworden. Das Sauerland ist die zentrale gemeinsame touristische Marke für die Region.

Hilfreich für die gestiegene Akzeptanz war nicht zuletzt die stärkere Ausrichtung des Sauerland-Tourismus e.V. auf die Tages-touristen. Zwar können die 114 Beherbergungsbetriebe mit ihren 3.958 Betten im Märkischen Kreis auf gut 404.000 Übernachtungen im Jahr 2010 verweisen (Quelle IT-NRW), der größte Anteil davon entfällt aber auf den Geschäftstourismus. Die mittlere Aufenthaltsdauer sank von 2,2 auf 2 Tage. Hotellerie und Gastronomie haben die Wirtschaftskrise 2008/2009 stark zu spüren bekommen.

Hier setzt die neue Tourismusstrategie des Kreises an. Nahe den Quell-Regionen Ruhrgebiet, Rhein-Main und den Benelux-Ländern gelegen, möchte der Kreis mehr Tagestouristen und Kurz-Urlauber gewinnen. Er setzt dabei auf drei Schwerpunktthemen: das Wandern, das Radfahren und den Kulturtourismus.

EILDienst LKT NRW

Nr. 7-8/Juli-August 2011 80.40.01



Auf der Spur der Natur – Tierbeobachtung als Erholungsansatz

Von Birgit Zimmermann,
Landschaftsarchitektin, Kreis Borken

Der Kreis Borken gehört zu den Gewinnern des ersten Wettbewerbs „Erlebnis.NRW“, den das Land Nordrhein-Westfalen im Jahr 2007 ausgeschrieben hatte. 2,6 Millionen Euro, größtenteils aus Mitteln der Europäischen Union, stehen bis Ende 2012 bereit, um das Projekt „Grenzenlose Naturerlebnisse“ in die Tat umzusetzen. Ziel des Kreises ist die ökologische und zugleich touristische Optimierung der NATURA 2000-Gebiete im gesamten Westmünsterland. Unterstützt durch ein Fachbüro wird gemeinsam mit den örtlichen Touristikern ein Radwanderangebot rund um die Schutzgebiete sowie ein Konzept zur Vermarktung dieses Angebotes erarbeitet.



Neue Blänke im NATURA2000 Gebiet Schwarzes Venn.

Foto: Kreis Borken

NATURA 2000-Gebiete schützen und erschließen

Im Kreis Borken ist eine vielfältig strukturierte und historisch gewachsene Parklandschaft erlebbar. Äcker und Wiesen wechseln sich mit Wäldern und Feuchtgebieten ab. Zwischen den Dörfern und Städten liegen verstreut zahlreiche Höfe. Der Kreis Borken gehört zu den am intensivsten landwirtschaftlich genutzten Regionen in Nordrhein-Westfalen. Gleichzeitig zählt er 64 Naturschutzgebiete. 21 von ihnen gehören zu den NATURA-2000-Gebieten, von denen sich wiederum vier bis in die Niederlande hinein erstrecken. Diese Gebiete schützen und gleichzeitig für mehr Menschen erschließen – das will das Projekt „Grenzenlose Naturerlebnisse“.

Im Wesentlichen verfolgt das Projekt vier Kernziele:

1. Stärkung der NATURA 2000-Gebiete, beispielsweise durch Flächensicherung und verbesserte Erschließung (unter anderem Besucherlenkung)

2. Schaffung eines breit gefächerten Verständnisses in der Öffentlichkeit für den Themenkomplex Natur(-schutz)/NATURA 2000
3. Öffnung von naturschutzfachlich geeigneten NATURA 2000-Gebieten im Kreis Borken für einen sanften und attraktiven (Natur-Bildungs-)Tourismus
4. Schaffung eines Mehrwertes für regionale Wirtschaft/Tourismus mit dem vorhandenen Potenzial (Vernetzung, Synergien)

Das Konzept ist in drei Stufen angelegt. Zunächst werden die einzelnen Schutzgebiete ökologisch und touristisch optimiert, dann unter thematischen Aspekten wie zum Beispiel Vogelzug und -beobachtung vernetzt und schließlich touristisch besser erschlossen.

Ökologische Optimierung und touristische Aufwertung

Seit Mai 2009 läuft die Umsetzung des Projekts. Zur ökologischen Optimierung wurden unter anderem neue Brut- oder Nahrungsräume geschaffen und Wanderwege

so verlegt, dass sensible Bereiche außen vor bleiben. Die Attraktivität der Gebiete für Besucher steigern zum Beispiel Beobachtungsplattformen, zweisprachige Informationstafeln, neue Wanderwege und Infomaterialien zu den ökologischen Besonderheiten der jeweiligen Schutzgebiete.

Seit Ende 2010 unterstützt ein Fachbüro die Entwicklung eines Konzepts zur touristischen Vermarktung des Projektes. Nach einer Potenzialanalyse entwickelte das Büro eine Zielkonzeption und Marketinginstrumente. Eng eingebunden waren von Beginn an die touristischen Fachleute aus Kommunen, Kreis und Region sowie aus den Niederlanden.

Beste Möglichkeiten zur Vogel- und Naturbeobachtung



Neue barrierefreie Beobachtungskanzel an neu angelegtem Gewässer im NATURA2000 Gebiet Burlo-Vardingholter Venn.

Foto: Kreis Borken

Die NATURA 2000-Gebiete im Kreis Borken bieten herausragende Möglichkeiten zur Vogel- und Naturbeobachtung: Im Zwillbrocker Venn ist eine Flamingo-Kolonie zu Hause, im Frühjahr und Herbst ziehen Vogelschwärme, zum Beispiel Kraniche, durch. Dazu kommen zahlreiche Vögel, die nur zur Brut im Münsterland sind, sowie eine große Zahl heimischer Singvögel. Auch besondere Amphibien lassen sich im Kreis Borken beobachten. Der Moorfrosch, der sich zur Paarungszeit blau färbt, lockt zahlreiche

Naturfreunde an. Besondere Lebensräume wie Wacholderheiden und die Fortsetzung von vier der NATURA 2000-Gebiete auf niederländischer Seite runden die Möglichkeiten für ein herausragendes „grenzenloses“ Naturerlebnis ab.



Bohlenweg zur Besucherlenkung im NATURA2000-Gebiet Lüntener Fischteich.

Foto: Kreis Borken

Zielgruppe: Tagesausflügler

Das Projekt "Grenzenlose Naturerlebnisse" soll das Gästeaufkommen in der Region erhöhen, die NATURA 2000-Gebiete besser vernetzen, den deutsch-niederländischen Grenzraum stärken und die Wertschöpfung im Tourismus im Kreis Borken – unter anderem durch die Verlängerung der Saison im frühen Frühjahr und im Spätherbst – erhöhen. Das Projekt wird als „Naturerlebnis“ innerhalb des Münsterlandes positioniert und in das Gesamtmarketing Münsterland eingebunden.

Zielgruppen sind in erster Linie Tagesgäste aus dem Ruhrgebiet und den Niederlanden. Dazu kommen Urlauber im Münsterland, die ebenfalls ein Ziel für einen Tagesausflug suchen. Interessant ist das Angebot auch für Genussradfahrer und Naturinteressierte sowie für Familien mit Kindern. Ein überwiegend barrierearmes Angebot – zum Beispiel rollstuhlgerechte Beobachtungsplattformen – bietet ein Naturerlebnis für alle.

Zielkonzept: Tagesetappen für Radfahrer

Tagesausflüglern erschließen sich die NATURA 2000-Gebiete im Kreis Borken am besten mit dem Fahrrad. Das Konzept schlägt

deshalb Tagesetappen vor. Die Routen nutzen das bestehende Wabennetz des Landes Nordrhein-Westfalen. Höhepunkt jeder Etappe ist jeweils mindestens ein NATURA 2000-Gebiet mit einer Vogel- oder Tierbeobachtungsstelle. Gastronomie- und Beherbergungsbetriebe sind in die Tagesrouten eingebunden. Die Etappen werden auf kostenfreien Faltblättern beschrieben und dargestellt. Eine Übersichtskarte zu den NATURA 2000-Gebieten und die dazugehörigen Tagesetappen sind in einer Sammelmappe zusammengefasst. Zusätzlich besteht die Möglichkeit, GPS-Tracks aus dem Internet herunterzuladen.

Fachwissen, Erfahrung und Ortskenntnis zusammenführen



Workshop zur Radwegeplanung.

Foto: Kreis Borken

Örtliche und überregionale Touristiker arbeiten gemeinsam mit dem Fachbüro und den Projektleitern an der Verwirklichung der Zielkonzeption. Eine umfangreiche Zusammenstellung von Best-Practice-Beispielen zum Thema Vogelbeobachtung gab Anregungen zu den Themenfeldern „Angebot und Service“ sowie „Ideen und Maßnahmen“. Viele Partner haben im März 2011 die NA-

TURA 2000-Gebiete gemeinsam bereist, um sich selbst einen Eindruck von den landschaftlichen Reizen und den Potenzialen der Vogelbeobachtung zu verschaffen. In einem weiteren Arbeitstreffen entwickelten die Teilnehmer dann Vorschläge für gut fahrbare, landschaftlich schöne und interessante Tagesetappen, die möglichst mehrere NATURA 2000-Gebiete einbeziehen. Es entstanden Vorschläge für insgesamt 26 Rundkurse. Kleingruppen werden nun die attraktivsten Strecken herausarbeiten.

Geplanter Projektabschluss 2012

2012 soll das Projekt „Grenzenlose Naturerlebnisse“ abgeschlossen werden. Bis dahin laufen weitere Maßnahmen zur ökologischen und touristischen Optimierung

einiger NATURA 2000-Gebiete. 2012 wird dann auch ein überregional einmaliges touristisches Konzept für die Vermarktung dieser herausragenden „Grenzenlosen Naturerlebnisse“ vorliegen.

EILDienst LKT NRW
Nr. 7-8/Juli-August 2011 80.40.01



Kreis Euskirchen – Erlebnisse mit Rangern und auf Rädern

Von Iris Poth, Leiterin Stabsstelle Struktur- und Wirtschaftsförderung sowie Geschäftsführerin Nordeifel Tourismus GmbH, Kreis Euskirchen

Zu Beginn des Jahres 2009 wurde die Touristische Arbeitsgemeinschaft „Nordeifel Tourismus GmbH“ (NET) mit Sitz in Kall gegründet, um den Tourismus im Kreis Euskirchen anzukurbeln. Gesellschafter der NET sind neben dem Kreis Euskirchen die Städte Euskirchen, Mechernich, Schleiden und Zülrich und die Gemeinden Hellenthal, Kall und Weilerswist. Hauptaufgaben der NET sind die Produkt- und Projektentwicklung, Qualitätsmanagement, Marketing und Vertrieb. Die Geschäftsführung erfolgt über eine Personalstellung der Kreisverwaltung Euskirchen.



Mit dem Ranger auf Wildnistour im Nationalpark Eifel.

Foto: S. Wilden

Familien, Paare und Best Ager bedienen

Als Basis für die künftige Arbeit wurde gemeinsam mit den touristischen Partnern ein Marketingkonzept mit Gültigkeit für den Zeitraum 2010 bis 2015 erarbeitet. Das Marketingkonzept bildet die Grundlage und wird mit dem jährlich neu aufgestellten Marketing- und Mediaplan umgesetzt. Im Rahmen des Masterplans Tourismus NRW, an dessen Umsetzung sich die NET als aktiver Partner beteiligt, nimmt die Konzentration auf Zielgruppen eine entscheidende Bedeutung ein. So sind für die Nordeifel die Zielgruppen Familien mit Kindern, erwachsene Paare und aktive Best Ager schwerpunktmäßig zu bedienen. An Themen stehen „Aktiv“ und „Kultur“ im Vordergrund. Gemäß der Zielgruppen und Schwerpunktthemen hat die Nordeifel Tourismus GmbH die drei Produktleitlinien „Aktiv“, „Familienspaß“ und „(Kulturelle) Höhepunkte“ im Marketingkonzept definiert.

Zur Umsetzung der drei Produktleitlinien wurden neben der Homepage www.nordeifeltourismus.de verschiedene Printpro-

Als grundsätzliche Ziele hat sich die NET vorgenommen, eine stärkere Gewichtung des Tourismus in der Politik zu erreichen, eine klare Positionierung als nachhaltige Tourismusdestination nach innen und außen durch Unterstützung der Regionalagentur „Eifel Tourismus GmbH“ in Prüm zu erzielen und ein tragfähiges, regionales Netzwerk aufzubauen. Aus touristischer Sicht soll der Bekanntheitsgrad gesteigert werden, zielgruppenorientierte und thematische Angebote weiter entwickelt und damit das Tages- und Kurzreisesegment weiter ausgebaut werden.

Ergänzend dazu stellen die Förderung regionsübergreifender Projekte, die Stärkung und Steigerung der Qualität im Angebot und die Förderung von umweltbewussten Angeboten weitere Ziele dar. Wesentlicher Erfolgsgarant für die Arbeit der NET ist die gute Kooperation mit der Eifel Tourismus GmbH in Prüm, den lokalen Verkehrsämtern, dem Nationalparkforstamt, den Naturparks Nordeifel und Rheinland sowie den benachbarten touristischen Arbeitsge-

meinschaften „Rureifel Tourismus e.V.“ und „Monschauer Land Touristik e.V.“.



Spaß für die ganze Familie: Die Erlebnisradtour auf der Eifel-Höhenroute.

Foto: Eifel Tourismus GmbH

dukte wie unter anderem das „Gästejournal Nordeifel“, der Wander-Pocketguide „Nordeifel-Touren“, der Radführer „Nordeifel Aktiv – 12 Fahrradtouren in der Nordeifel“ sowie die Broschüre „Nordeifel Höhepunkte“ produziert. Zudem wurden buchbare Produkte wie die Kulinarischen Premium-Wanderungen „Eifel-Blicke genießen“, die „Nationalpark-Entdeckertage“ sowie „Radfahren ohne Gepäck auf der Eifel-Höhenroute“ entwickelt.

zur Neueröffnung des 111 Kilometer langen Römer-Kanal-Wanderwegs von Nettersheim nach Köln sowie das Projekt „Natur exklusiv erleben ganz anders“ konzipiert. Im Rahmen der interkommunalen Projektentwicklung hat die Nordeifel Tourismus GmbH den Kreis Euskirchen auch bei der Teilnahme am Ziel-2-Wettbewerb „Erlebnis.NRW 2010-2013“ unterstützt. Die beiden vom Kreis Euskirchen und dem Kreis Düren eingereichten Wettbewerbsbei-

hoffen auf die Bewilligung beider Projekte im Herbst 2011.

Das Projekt „Eifel.Bahn.Steig“ soll auf die Qualitätsstandards bei der Anreise mit dem ÖPNV in der Eifel sowie den Ein- oder Ausstieg in das bestehende Rad- und Wanderwegenetz in den Kreisen Euskirchen und Düren verbessern. Um dieses Ziel zu erreichen, sollen 26 Bahnhöfe nachhaltig optimiert werden. Dabei geht es nicht um klassische Baumaßnahmen, sondern zum Beispiel um ein neues Leitsystem, Informationsmaterial und innovative Marketingstrategien. Darüber hinaus sollen verschiedene Standorte und Strecken durch kreative und innovative Erlebniselemente, Aktionen und Events aufgewertet werden. Eine radfreundliche Ausstattung der Bahnhöfe soll dazu beitragen, dass sie als Startpunkt oder Endziel für Gäste attraktiver und damit noch mehr als bisher genutzt werden.

Hinter dem Projekt „Crossing Nature“ steckt die Ausweisung und Vermarktung von Mountain-Bike-Routen in den Kreisen Euskirchen und Düren. Darüber hinaus ist auch die Errichtung eines Mountain-Bike-Parcours vorgesehen.



Kulinarische Premiumwanderung. Die beinhaltet nicht nur das gute Essen und die Wanderroute, auf der man das, was man vielleicht zu viel verspeist hat, problemlos wieder loswerden kann, sie verspricht auch traumhafte Eifel-Blicke.

Foto: Dominik Ketz

Erfolgreiche Projektentwicklungen bei „Erlebnis.NRW“

Projektentwicklungen stellen einen weiteren Arbeitsschwerpunkt der Nordeifel Tourismus GmbH dar. Aktuell werden Angebote

träge „Eifel.Bahn.Steig“ und „Crossing Nature“ wurden von der mit Tourismusexperten besetzten Jury für eine Förderung vorgeschlagen. Die obligatorischen Förderanträge zur Umsetzung der beiden Projekte wurden im März 2011 bei der Bezirksregierung Köln eingereicht. Die Verantwortlichen

Weitere Informationen:

Nordeifel Tourismus GmbH
Geschäftsführerin: Iris Poth
Bahnhofstr. 13
53925 Kall
Telefon: 02441/ 99457 -0
Telefax: 02441/99457 -29
E-Mail: info@nordeifel-tourismus.de
www.nordeifel-tourismus.de

EILDienst LKT NRW
Nr. 7-8/Juli-August 2011 80.40.01



Vor der Tour virtuell zum Ziel: Das nördliche Ruhrgebiet per Mausklick erkunden

Von Anja Sigesmund, Diplom-Geografin, Kreis Recklinghausen

Das nördliche Ruhrgebiet hat seinen Einwohnern und Gästen viel zu bieten. Ein Radwegenetz mit 1.300 Kilometer Länge, über 1.000 Kilometer Wander- und Reitwege, jede Menge Hofläden und Cafés auf Bauernhöfen, Badeseen, Schlösser und viele Attraktionen mehr laden zum Entdecken ein. Dank des Freizeitportals www.regiofreizeit.de ist der Weg zu diesen Zielen leicht zu finden.

Wer im Kreis Recklinghausen oder auch in Bottrop seine Freizeit aktiv gestalten möchte, kann mit Hilfe des Portals die touristischen Attraktionen des nördlichen Ruhrgebietes in Form von Informationsseiten und individuell zusammenstellbaren Kar-

ten erkunden. Wo gibt es interessante Radrouten? Wo kann ich auf dem Bauernhof einkaufen? Wo ist der nächste Badensee? Wo können Gäste beherbergt werden? Die Antwort auf diese und andere Fragen gibt Regiofreizeit.

Das Internetangebot ist interaktiv, der Anwender kann die einzelnen Themen und Hintergrundkarten selbst kombinieren, per Zoom einen Kartenausschnitt vergrößern oder Teile seiner Lieblingswanderoute ausdrucken. Mit über 2.000 touristischen High-



Übersichtlich und benutzerfreundlich gestaltet – das ist das Portal für Freizeit im nördlichen Ruhrgebiet.

Foto: www.regiofreizeit.de

lights aus elf Städten bietet Regiofreizeit einen weitreichenden Überblick über die vielfältigen Möglichkeiten der Freizeitgestaltung im nördlichen Ruhrgebiet.

Neu ist die individuelle Routingfunktion, mit der sich jeder Nutzer seine eigene Rad-, Reit- oder Walkingroute in wenigen Schritten einfach „zusammenklicken“ und als gpx-Datei für sein Navigationsgerät herunterladen kann. Zu jedem touristisch interessanten Punkt (POI) ist ein Infofenster anwählbar, in dem weiterführende Links und die wichtigsten Grundinformationen gebündelt sind. Alle Informationen lassen sich ausdrucken oder als pdf-Datei versenden.

Städteseiten und Touristik-Highlights

Das Herzstück der Seite bilden die 2.000 touristische Punkte aus den Bereichen „Sport + Bewegung“, „Unterkunft + Genießen“, „Natur + Kultur“ sowie „Information und Service“. Für jede der elf Städte gibt es eine individuelle „Städteseite“, auf der die dortigen touristischen Highlights bildreich dargestellt und Ansprechpartner benannt werden, so dass sich der Nutzer schon im Vorfeld des Ausflugs einen Überblick verschaffen kann. Die anzuwählenden Kartenhintergründe sind variabel – hier kann der Nutzer zwischen Stadtplanwerk, Luftbild, Open-Street-Map-Daten oder der Open-Cycle-Map wählen.

Regions- und Themen-Marketing

Regiofreizeit ist auch die Plattform, auf der spezielle Highlights der Region betont wer-

den – in einer Themenwolke, der so genannten „Tagcloud“. So lässt sich gezielt das Besucherinteresse auf aktuelle Veranstaltungen wie die Ruhrfestspiele, bestimmte Themenkomplexe und besondere Projekte lenken. Es kann aber auch der Hinweis auf das vielfältige Angebot des Wanderreitens sein.

Gleichzeitig gibt Regiofreizeit einen Vorschmack auf noch im Aufbau befindliche

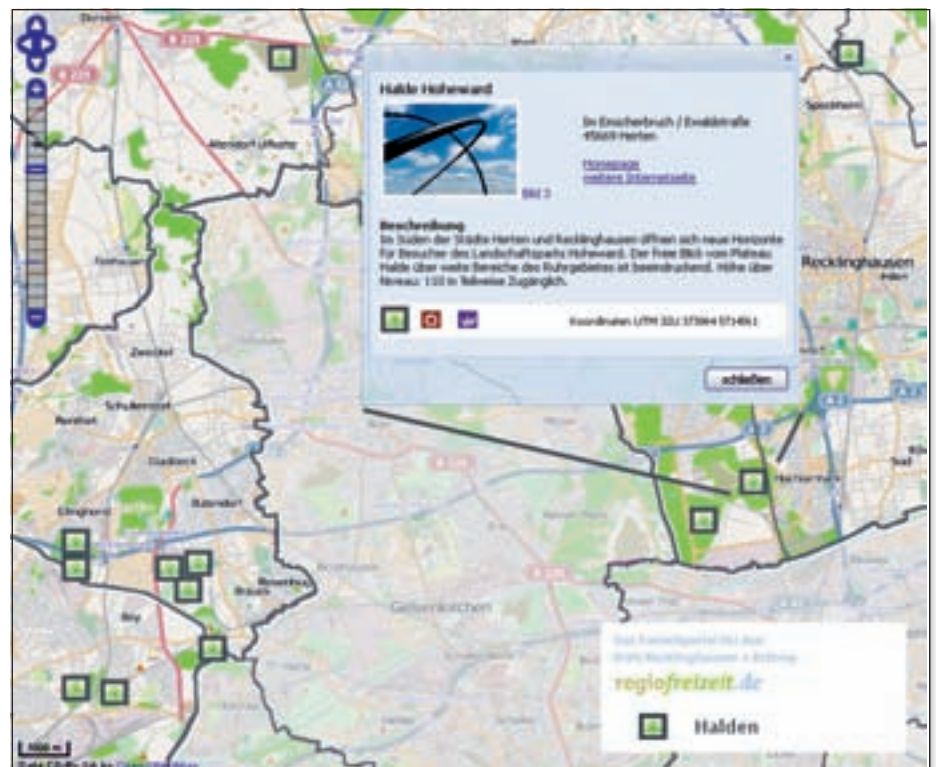
touristische Angebote. Zum Beispiel das „Halden-Hügel-Hopping“ als das neue und einzigartige Bergwandererlebnis im nördlichen Ruhrgebiet. Wanderbar soll dies ab 2013 sein, die dafür verknüpften künstlichen Bergehalden und natürlichen Berge des Vests finden sich aber schon heute hier im Netz.

Nutzerfreundlichkeit mit Spaßfaktor

Das Projekt Regiofreizeit hat seinen Ursprung im Jahr 2006 im Rahmen des Verbundprojektes der Geodateninfrastruktur in NRW. In Kooperation mit den Touristikern der Kreis-Städte Castrop-Rauxel, Datteln, Dorsten, Haltern am See, Herten, Gladbeck, Marl, Oer-Erkenschwick, Recklinghausen, Waltrop sowie der kreisfreien Stadt Bottrop entstand dieses außergewöhnliche Kooperationsprojekt. Im Juni 2011 wurde die Seite komplett überarbeitet, auf neue Technologie umgestellt und mit neuen Funktionalitäten ausgestattet. Nutzerfreundlichkeit und der „Spaßfaktor“ spielten beim Relaunch 2011 eine große Rolle. So können die Besucher der Seite nicht nur Routen für die nächsten Touren herunterladen, sondern auch elektronische Städtepostkarten erstellen und per E-Mail versenden.

Immer aktuell

www.regiofreizeit.de ist ein Gemeinschaftswerk. Jede Stadt hat einen Online-



Viel Information auf einen Blick, jeder erfährt, was für ihn wichtig ist.

Foto: www.regiofreizeit.de

Zugang und kann direkt ihre Daten ändern. Viele der Daten stammen zudem von den jeweiligen, federführenden Stellen, zum Beispiel den Umweltämtern (Naturdenkmäler, Naturparkgrenzen, Reitwege). Hintergrundkarten wie die Luftbilder werden als Web-Map-Service direkt von den Rechnern des Regionalverbands Ruhr angefragt und in dem Portal dargestellt. So minimiert sich der Pflegeaufwand seitens des Kreises Recklinghausen. Dennoch erfolgt in regelmäßigen Abständen eine komplette Aktualitäts- und Plausibilitätsprüfung aller Informationen. Nur so kann eine vergleichbare und gleich bleibende Qualität gewährleistet werden.

Innovative Technik

Mit der steigenden Popularität der internetbasierten Kartenanwendungen von Google (Earth/ Maps) und Microsoft (Bing) sind in den vergangenen Jahren die Anforderungen an die Nutzerfreundlichkeit gestiegen. Der gesamte Umgang mit Karten im Internet wird zunehmend selbstverständlicher. Heute ist es für „Jedermann“ möglich Kartenanwendungen zu bedienen ohne aufwendige Anleitungen oder Hilfetexte studieren zu müssen. Durch den Einsatz der Open-Source-Software „MapFish“/„Open Layers“ wurde die intuitive Nutzerführung entscheidend verbessert, so dass sich der

Benutzer schnell und einfach zurecht finden kann. www.regiofreizeit.de basiert ausschließlich auf Open-Source-Komponenten. Das minimiert die Anschaffungs- und Wartungskosten, die Mittel können für Schulungen und Know-How-Transfer eingesetzt werden. Fazit: Mit Regiofreizeit ist ein regionales Marketinginstrument für das nördliche Ruhrgebiet etabliert worden. Die Bereitstellung per Internet ermöglicht die Erschließung neuer Zielgruppen.

EILDIENT LKT NRW
Nr. 7-8/Juli-August 2011 80.40.01



„Einfach naheliegend“... Freizeitregion Ennepe-Ruhr

Von Klaus Tödtmann,
Touristischer Geschäftsführer, EN-Agentur

„Einfach naheliegend...“ die Wortmarke der Region ist durch deren Lage im Raum tatsächlich einfach naheliegend. Etwa neun Millionen Menschen in der umgebenden Rhein-Ruhr-Region, eine landschaftlich reichhaltig strukturierte und reliefstarke Topografie, die mit ihrer historischen Industrie in den Tälern und ihrer Land- und Forstwirtschaft auf den Höhen schon ein wenig an begehrte süddeutsche Landschaften erinnert - da war es wirklich einfach naheliegend, sich mit Tourismus zu beschäftigen.

Seit Ende der 90er Jahre sind die touristischen Potenziale in unserer Region intensiv erforscht und identifiziert, und die touristische Entwicklung wurde zum Kreisthema erhoben. Durch erste Erfolge im Bereich des Agrotourismus war die Einrichtung gerade mal einer Personalstelle für diese neue Aufgabe in der Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Kreises gerechtfertigt.

Geburt der Projektfamilie Ruhrtal

Parallel gab es ab 1998 eine weitere Entwicklung: Gemeinsam mit den Partnerstädten Bochum und Hagen bewarb sich der Ennepe-Ruhr-Kreis um die Ausrichtung einer Regionale. Zwar scheiterte die Bewerbung, jedoch war die interkommunale Projektfamilie geboren: das Ruhrtal. Ihr Ziel

war im Wesentlichen die touristische Entwicklung der vielen verborgenen Potenziale und Qualitäten als das grüne Standbein des Ruhrgebietstourismus. Im Zuge eines erfolgreichen Prozesses, an dem sich auch das Land NRW finanziell beteiligte, schlossen sich weitere Städte entlang der Ruhr der Initiative an. Der schnelle Erfolg in der Planung und Umsetzung von neuer touristischer Infrastruktur beruht auf simplen Weisheiten:

- Einfache Entscheidungsstrukturen in der Kooperation und politischen Vermittlung.
- Tatsächliche „Kümmerer“ für Einzelprojektbauwerke auch bei subkommunaler Bedeutung.
- Klare Darstellung der Win/Win Situation für alle Beteiligten.
- Steuerung durch engagierte Führungskräfte in einem äußerst vertrauensvollen Rahmen.

Nutzbare Teilergebnisse steigerten die Außenwahrnehmung, der Respekt für die Ziele der Initiative blieb hoch. In offenen Runden wurden viele Vorschläge der engagierten Bürgerschaft wie auch partikularer Interessensvertreter aufgenommen und integriert. Parallel zur technischen Realisierung lief eine Marketingkampagne über die geschaffenen Angebote und die weiter zu verfolgenden Ziele. Mit einer mehr als 30.000fach



Höhen und Täler – Wandern im Ennepe-Ruhr-Kreis schafft „Wiederholungstäter“. Wer einmal da war, will wieder hin.

verkauften Panoramakarte kam man in die Bildzeitung, das Radio berichtete über den Stapellauf der ersten Ruhrfähre für Radfahrer, und das Fernsehen verfolgte intensiv den im Zuge der Initiativenförderung auf der Ruhr paddelnden Minister. Eine eigene Buchreihe über die verschiedenen Geschichten und Qualitäten des Ruhrtals – inzwischen in einheitlichem Corporate Design in einem Ruhrgebietsverlag erschienen – wurde zum Fokus der Identifikation unserer Bürger mit der Region. Lohn der Arbeit: Das Dasein als Preisträger des kommKOOP-Wettbewerbs des Bundesbauministeriums.

Projekte: Der Ruhrtalradweg

Heute ist er ständig unter den Top-Ten der bundesdeutschen Radwanderwege aufgeführt. In Kooperation von Ruhr Tourismus GmbH, dem Sauerland-Tourismus e.V. und dem Regionalverband Ruhr wurde die Idee eines flussbegleitenden Radwegs von Winterberg bis Duisburg – von der Quelle bis



Wer einen Fluss vor der Tür hat, für den sollten Wassersport und Erholung am Wasser groß geschrieben werden. Das hat der Ennepe-Ruhr-Kreis klar erkannt. Hier liegt das Fahrgastschiff Schwalbe in Witten vor Anker.

Foto: Christoph Janot

nuanbieter Boote an. Die vom Kreis in bisher fünfstelliger Auflage vertriebene „Wasserwanderkarte Ruhr“ mit ihren Hinweisen

mit historischem Fahrmaterial. Die roten Triebwagen sowie die Dampfzüge zählen im Jahr 40.000 Fahrgäste aus aller Herren Länder. Jedoch ist der Betrieb nur mit Unterstützung öffentlicher Gelder aufrecht zu erhalten.

Wandern im Südkreis

Der Kreis war ganz vorne dabei, als es um die Förderung der ländlichen Gebiete des Südkreises mittels des Integrierten ländlichen Entwicklungskonzepts -ILEK- ging. Ziel war es, einen anderen touristischen Schatz im Landkreis zu heben. Mit etwa 12.000 Hektar Wald und Tausenden von Kilometern gezeichneten Wanderwegen stand am Ende der Konzeptentwicklung die Schaffung der „Wanderwelt Südspitzen“. Mit 452 Metern erreicht die höchste Erhebung im Südkreis eben schon Mittelgebirgsausmaße und ist gleichzeitig die höchste Erhebung des Ruhrgebiets. Durch die zwischenzeitlich etablierte – jährlich wiederkehrende – Wander-



Ein Pauschen in der Sonne an der Ruhr – was kann es Schöneres geben, wenn man im Ennepe-Ruhr-Kreis mit dem Rad unterwegs ist?

Foto: EN-Agentur

zur Mündung – umgesetzt. Die Dichte an Burgen und Herrenhäuser im Wechsel mit Industriedenkmälern in der reliefreichen Landschaft des Ruhrtals, hat dem Teilstück des Ruhrtalradweges im Bereich des Kreises den Titel der Königs-Etappe gebracht, bereichert von einem weiteren Highlight: Die im Rahmen eines INTERREG-Projektes geförderte Rad- und Personenfähre an der Burgruine Hardenstein in Witten, an der inzwischen jährlich bis zu 25.000 Packtaschentouristen, also Gäste, die in der Region übernachten, gezählt werden.

Der Wasserwanderweg Ruhr

1998 war es nicht möglich, an der Ruhr ein Kanu auszuleihen. Heute bieten zehn Ka-

zu einer sicheren Paddeltour, zur Rücksichtnahme auf Natur und Umwelt, sowie entsprechende Vereinbarungen mit den Kanuanbietern, haben zu einem entspannten Verhältnis zu den Naturschutzverbänden geführt. Inzwischen zählt man bis zu 25.000 Kanuten jährlich auf der Ruhr zwischen Herdecke und Essen.

Die Ruhrtal-Bahn

Entlang der Ruhr wurde eine beinahe aufgegebene Bahnstrecke durch den sporadischen Museumszugverkehr des Eisenbahnmuseums Bochum genutzt. Nach kompletten Ankauf und Modernisierung der Strecke besteht nunmehr seit sechs Jahren ein touristischer Taktverkehr an den Sommerwochenenden



Die Ruhrtal-Bahn ist noch auf öffentliche Mittel angewiesen, aber sie begeistert Touristen aus aller Herren Länder.

Foto: Ruhrtal-Bahn

veranstaltung „Anwandern“ mit bis zu 5.000 Teilnehmern hat sich auch die Wanderwelt im Kreis bei den möglichen Nutzern einen Namen gemacht. Und das Besondere an diesem Wandertag: Für Wanderfreunde steht der historische Teckel – der rote Schienenbus, der zwischen Herdecke und Ennepetal verkehrt – zur An- und Abreise bereit.

Sicherung von Qualitäten bei den touristischen Angeboten, wie beispielsweise bei Ferienwohnungen. Ohne die Zuarbeiten aus der Kreisverwaltung heraus wären jedoch viele kleine Projekte und Maßnahmen nicht zu stemmen. Hier hat es sich bewährt, die klassischen Aufgaben von Verwaltung einmal anders anzuschauen:



Natur pur, so macht Wandern Spaß.

Foto: EN-Agentur

Marketing im Vordergrund

Im Vordergrund der Aufgaben des kleinen Tourismus-Teams, bestehend aus anderthalb Vollzeitkräften und einem Azubi, steht nunmehr deutlich weniger die Weiterentwicklung der Infrastruktur als vielmehr das klassische Marketing und insbesondere die

Wer in der Landschaftsschutzbehörde artenschutzrechtlich prüfen muss, gleichzeitig noch gerne Rad fährt, ist bestens geeignet, auch Radwege zu planen und zu bauen. Wer Reitplaketten vergibt und Reitwege planen und ausweisen muss, selbst gerne reitet, der kümmert sich auch gerne ums Marketing für Landwirte, die auf Pferdewirtschaft setzen.

Wirtschaftliche Effekte

Zehn Jahre nach Beginn lässt sich feststellen, dass Tourismus ein wichtiger Wirtschaftsförderungsfaktor im Kreis geworden ist. Knapp 4 Prozent der Bruttowertschöpfung im Kreisgebiet werden in dieser Branche erzeugt (450 Millionen Euro pro Jahr). Es ist eine stattliche Zahl von Arbeitsplätzen entstanden, und die bereits gebeutelte Gastronomie konnte somit gestützt werden.

Perspektive

In Zeiten knapper Kassen wird man bescheiden. Mit einer letzten Radinfrastrukturmaßnahme, die das Rheinland direkt mit dem Ruhrtal und dem Ruhrgebiet verbinden wird, und einer im nordrhein-westfälischen Tourismuswettbewerb gewonnen, beleuchteten Inlinestrecke rund um den Kemnader See, sind die wohlweislich letzten großen Infrastrukturprojekte benannt. Wichtiger als ein Lamento über zurückgehende Fördermittel ist es, das Erreichte auf einem extrem breiten Markt richtig zu positionieren und sich von anderen Regionen abzuheben. Sehr wahrscheinlich, dass einige Leser dieses Berichts unseren Reisekatalog bei einem Arzt- oder Friseurbesuch bereits in der Hand hatten. Jenen, für die Papier schon out ist, lege ich unsere Internetpräsenz nahe. Gehen Sie online, und seien Sie der 50.001 Kunde dieses Monats. Alles weitere unter www.en-tourismus.de.

EILDienst LKT NRW
Nr. 7-8/Juli-August 2011 80.40.01



Klasse statt Masse: Erfolgreich praktizierter Qualitätstourismus im Kreis Paderborn

Von Herbert Hoffmann M.A., Geschäftsführer, Touristikzentrale Paderborner Land e. V.

Bis vor wenigen Jahren präsentierte sich der Kreis Paderborn touristisch vor allem mit seiner immer größer werdenden Zahl an Wander- und Radrouten und entsprechenden Pauschalangeboten. Durch gezielte Gästebefragungen und intensive Gespräche am Messtand gewann die dem Kreis Paderborn zugehörige Touristikzentrale Paderborner Land die Erkenntnis, dass Urlauber heute nicht mehr Masse sondern Klasse erwarten. So begann vor knapp zehn Jahren ein Umdenken im Tourismusmarketing - mit dem Ergebnis, dass der Kreis Paderborn in den letzten zehn Jahren die Gästezahlen um fast vierzig Prozent steigerte. Nachfolgend sollen vier Beispiele für umgesetzte Qualitätsmaßnahmen vorgestellt werden.

Wandertourismus

Analog zu den Anregungen des Deutschen Wanderverbandes entwickelte die Geschäftsstelle der Touristikzentrale zehn Kern- und sechs Wahlkriterien für ihre heimischen Wanderrouten und stimmte sie mit den lokalen Touristikern ab. Aufnahme in eine neue Wan-

derbroschüre fanden nur thematische Wege mit unverwechselbarem Logo, einer Mindestlänge, GPS-Daten, sowie Attraktionen und Gastronomie entlang des Weges. Dazu wurden Wunschkriterien formuliert, um den Qualitätsprozess weiter zu forcieren. Folglich reduzierte sich die Zahl der aktuell angebotenen Tages- und Mehrtageswander-

wegen auf zwölf Routen – allesamt Wege, die nun höchsten Ansprüchen der Wanderer genügen. Wanderrouten wie der „Wilderer-Wanderweg“, der „Grenzstein-Weg“ und der „Alte Pilgerweg“ erzählen spannende Geschichten, bieten landschaftliche Reize und eine Wanderinfrastruktur, für die sich die Fahrt ins Paderborner Land lohnt.



Zwölf Wanderrouen im Kreis Paderborn genügen nun höchsten Wanderer-Ansprüchen. Spannende Geschichten, landschaftliche Reize, gute Gastronomie sind selbstverständlich.

Foto: privat

Der „Viadukt Wanderweg“ ist vom Deutschen Wanderverband sogar mit dem Siegel „Qualitätsweg Wanderbares Deutschland“ prämiert worden, ein weiterer Wanderweg soll im nächsten Jahr folgen. Wichtig ist der Touristikzentrale dabei auch die Qualität der Gastbetriebe am Wegesrand. Dafür haben sich Mitarbeiter der Geschäftsstelle vom Deutschen Wanderverband schulen lassen beraten und klassifizieren Betriebe auf dem Weg zur Auszeichnung „Qualitätsbetrieb Wanderbares Deutschland“. Der hohe Anspruch an die Wege spiegelt sich auch in der Präsentation wider. Alle Wanderwege sind im Internet servicegerecht präsentiert, mit vielen Detailinformationen wie Höhenprofilen, Kartenausschnitten und Angaben zur Wegebeschaffenheit. Nicht zuletzt dieses Qualitätsmanagement hat den Deutschen Wanderverband bewogen, den Deutschen Wandertag, der mit bis zu 50.000 Übernachtungen als die Wandergroßveranstaltung des Jahres gilt, im Jahr 2015 im Paderborner Land zu veranstalten.



Innehalten auf der Wanderung, Inschriften lesen, Geschichte(n) erfahren und erleben – das macht einen guten Wanderweg unter anderem aus.

Foto: privat

Radtourismus

Ähnlich präsentiert die Touristikzentrale auch die Radwege des Kreises Paderborn. Ein erarbeiteter Anforderungskatalog, der auch



Radfahren im Kreis Paderborn macht Spaß: Alle ausgewiesenen Radrouten genügen höchsten Qualitätsansprüchen.

Foto: privat

wieder diverse Kern- und Wahlkriterien vorgibt, ließ die Zahl der beworbenen Radrouten auf elf lokale und regionale sowie neun überregionale und Fernradwege schrumpfen. Dabei scheuten die Touristiker des Kreises Paderborn auch nicht davor zurück, selbst von touristischen Dachverbänden initiierte aber qualitativ nicht mehr genügende Radwege aus dem Angebot zu streichen. Der Star unter den aktuell angebotenen Radrouten ist der 375 Kilometer lange „Ems-Radweg“. Eine länderübergreifende Arbeitsgemeinschaft, personell und finanziell durch

den Kreis Paderborn unterstützt, hat das Qualitätsmanagement so weit vorangetrieben, dass die Route vom „Allgemeinen Deutschen Fahrradclub“ (ADFC) 2010 mit vier Qualitätssternen geadelt wurde! Alle Erfahrungswerte um Qualitätsradrouten fanden Eingang in die „Paderborner Land Route“, ein Premium-Radweg innerhalb des Kreises, der auf einer Länge von 252 Kilometern die bekanntesten Sehenswürdigkeiten und Landschaften der Region miteinander verbindet und in den nächsten zwölf Monate ebenfalls der Qualitätsprüfung durch den ADFC unterzogen werden soll. Dazu fungiert eine Mitarbeiterin als Botschafterin für die Qualitätsoffensive „Bett & Bike“ des ADFC im Kreis Paderborn.

Beherbergungswesen

Die Touristikzentrale Paderborner Land berät und klassifiziert private Beherbergungsbetrieben nach den Vorgaben des Deutschen Tourismusverband e. V. Dass der Kreis Paderborn die Klassifizierung der gewerblichen Beherbergungsbetriebe durch den Hotel- und Gaststättenverband nach Kräften unterstützt, versteht sich von selbst. Ausgezeichnete Übernachtungsbetriebe werden von der Touristikzentrale in der

Vermarktung besonders hervorgehoben, einerseits um dem Gast das Beste zuvorderst zu präsentieren, andererseits um Betriebe zu animieren, sich auf den Weg zu mehr Qualität zu begeben.

Service Qualität Deutschland

Wer andere beurteilt und kritisiert, sollte bei sich selbst beginnen. Entsprechend hat sich die Geschäftsstelle der Touristikzentrale Paderborner Land um eine kritische Analyse

der eigenen Arbeit bemüht, indem sie sich den Herausforderungen der Initiative des Deutschen Tourismusverbandes „Service Qualität Deutschland“ gestellt hat. Das Team unterzog sich Mystery Checks, erarbeitete Verbesserungsmaßnahmen und setzte diese anschließend um – mit Erfolg. Im Mai 2010 erhielt die Touristikzentrale Paderborner Land als erste Kreistouristikinstitution in Ostwestfalen-Lippe vom NRW Tourismus

e. V. das erstrebte Zertifikat. Darauf ruht sich das Team der Geschäftsstelle aber nicht aus, sondern arbeitet aktuell daran, die nächst höhere Stufe an Qualitätskriterien zu erfüllen.

Fazit

Qualitätstourismus erreicht man nicht über Nacht, benötigt Engagement aller am Tou-

rismus Beteiligter und nicht zuletzt auch einen finanziellen Einsatz. Doch wer – wie der Kreis Paderborn – dieses Ziel systematisch verfolgt und umsetzt, wird letztlich dafür belohnt und kann als attraktive Tourismusdestination gut aufgestellt in die Zukunft schauen.

EILDienst LKT NRW
Nr. 7-8/Juli-August 2011 80.40.01



Wandern 2.0 im Kreis Düren

Von Josef Kreutzer, Pressesprecher, Kreis Düren

Viel hilft viel? Nicht in der Rureifel, die teils zum Nationalpark Eifel gehört, dem einzigen Schutzgebiet dieser Güteklasse in NRW. In der Rureifel bietet der Kreis Düren seinen Gästen künftig Klasse statt Masse. So wird das Wanderwegenetz derzeit mit Hilfe vieler Ehrenamtlicher aus den örtlichen Eifelvereinen deutlich verkleinert. Übrigbleiben werden nur Wege, die den selbst gesetzten Qualitätsstandards entsprechen. Ein besonderes Schmankerl gibt es auf ausgewählten Themenrouten. Wer mit einem Smartphone unterwegs ist, kann unterwegs viele Zusatzinformationen abrufen. Serviert werden Geschichten und Geschichtliches und mancherlei Hinweise auf touristische Angebote in der Nähe.



Qua vadis, Kreis Düren? Von diesem Schilderwald, wie er sich noch im Jahr 2010 präsentierte, soll es zu modernen Wanderwegen gehen, bei denen man per Smartphone Informationen eines Online-Services abrufen kann.

Foto: Thorsten Engels

Wanderer, kommst du in die Rureifel, vergiss dein Smartphone nicht!

Ab diesem Sommer wartet die Rureifel Tourismus e.V. dort auf ausgewählten Routen wie dem Kall- oder Hemingway-Trail mit einem besonderen Service auf: Einem Strauß voller Geschichten, Bilder und Zusatzinformationen zu den ausgeschilderten Themenwegen. Serviert werden sie auf Wunsch aufs

Handy. Umgesetzt wird das Projekt, das auf den Namen „scoucho – dein mobiler Entdecker“ hört, vom Nörvenicher Unternehmen „Bach + Partner GmbH“. Landrat Wolfgang Spelthahn und Geschäftsführer Christoph Bach stellten das Wandern 2.0 im Frühjahr auf der weltgrößten Tourismusmesse, der ITB in Berlin, der Öffentlichkeit vor.

wie ihn die Waren im Supermarkt als Erkennungsmarke für die Scannerkassen tragen. Wer auf seinem browserfähigen Smartphone entsprechende Lese-Software installiert hat, kann den QR-Code vor Ort entschlüsseln. QR steht für Quick Response, also schnelle Antwort. Die gibt es nach dem Scannen prompt aus dem Internet.



Auf der Tourismusmesse ITB stellten Christoph Bach (l.) und Landrat Wolfgang Spelthahn (3.v.r.) das Tourismusportal "scoucho" der Presse vor.

Foto: Cynthia Wester

Wer auf den Themenwegen an einem der markanten Punkte angekommen ist, der findet dort ein quadratisches Piktogramm, das auf den ersten Blick wie moderne Kunst wirkt. Tatsächlich ist es ein Barcode, ähnlich

Tourismusportal mit Zukunfts-Visionen

„Jeder Standort hat seinen eigenen QR-Code. Beim Scannen wird er in eine Inter-

netadresse umgewandelt, die dem Nutzer umgehend vielfältige ortsbezogene Zusatzinformationen liefert. Diese wurden von uns so aufbereitet, dass sie optimal auf einem mobilen Endgerät dargestellt werden“, beschreibt Christoph Bach seinen Onlinedienst. So bekommt der Wanderer oder Radler Texte, Audiodateien, Fotos oder Videos geliefert, die tiefer blicken lassen. Und weiter. „Natürlich bieten wir auch Informationen über Besonderheiten in der Umgebung an, weitere Sehenswürdigkeiten, Gastronomie und andere Dienstleistungen“, so Bach. 2015, so schätzt er, wird der Alleskönner das klassische Telefon völlig verdrängt haben. Deshalb ist es nur konsequent, dass das Tourismusportal auf Zuwachs ausgelegt ist. „Die Basisarbeit ist geleistet; nun können wir inhaltlich weitere Regionen einbeziehen“, blickt Bach schon in Richtung „inland“, das sich im Kreis Düren zunehmend als Ausflugsregion positioniert.

In den Augen von Landrat Wolfgang Speltz ist „scoucho – dein mobiler Entdecker“ auch ein Stück Wirtschaftsförderung: „Mit dem zukunftsweisenden Service setzen wir Natur und Kultur in Szene und verknüpfen unsere Attraktionen mit den vielfältigen touristischen Angeboten und Dienstleistungen vor Ort. Dadurch wird unsere Wirtschaft nachhaltig gestärkt.“

Ehrenamtler legen Messlatten an Wanderwege

Der Wirtschaftsförderung soll auch die Überarbeitung des Wanderwegenetzes in der Rureifel dienen. Dieses Ziel haben sich die Eifelvereine, der Verein Rureifel-Tourismus und der Kreis Düren auf ihre Fahnen geschrieben. Statt 150 soll es dann nur noch

rund 70 Wanderwege geben, wodurch sich die Länge des Netzes um rund ein Drittel

nen, sich etwa in Gasthäusern stärken können.



Qualitätsprüfer haben 81 Wege nach vorgegebenen Kriterien geprüft. Foto: Sascha Schmitz

verkleinert. Die neuen Routen lassen sich nicht nur besser vermarkten, sondern auch leichter pflegen. Im Herbst 2011 soll das Projekt abgeschlossen sein.

Welcher Weg erhält einen kw-Vermerk (kw steht für: künftig wegfallend)? Welcher überlebt die Revision? Bei der Erarbeitung des neuen Wegenetzes setzt der Kreis Düren auf das Engagement und den Sachverstand der vielen Ehrenamtlichen in den örtlichen Eifel- und Verkehrsvereinen. Zunächst wurden einheitliche Kriterien zur Bewertung der Wegequalität entwickelt. Anschließend haben die Freiwilligen – speziell geschult und in zehn Arbeitsgruppen unterteilt – die vorhandenen Wege wandernd mit kritischem Blick geprüft und neue, zeitgemäße Vorschläge entwickelt. Ein wichtiger Aspekt dabei: Die Wanderer sollen unterwegs touristische Angebote wahrnehmen kön-

Richtiger Wald statt Schilderwald

Nach der Gesamtbetrachtung des künftigen Netzes wird die Planung derzeit mit Hilfe von Mitteln aus dem LEADER-Programm zur Förderung einer integrierten ländlichen Entwicklung in die Tat umgesetzt. Dabei wird der Schilderwald erheblich ausgedünnt. Eine moderne, einheitliche Beschilderung wird den Wanderern künftig den Weg weisen. Im Frühjahr 2012 soll das neue Wanderwegenetz dann offiziell eingeweiht werden. Bis dahin wird der Eifelverein auch ein völlig überarbeitetes Kartenblatt der Rureifel herausgeben.

EILDienst LKT NRW
Nr. 7-8/Juli-August 2011 80.40.01



Mobilität mit Spaß – Flexible Angebote für Gäste an der Ravensberger Bahn und der Weserbahn – Zu Lande, zu Wasser und in der Luft

Von Oliver Gubela, Leiter Amt für Wirtschaftsförderung, Kreis Minden-Lübbecke

Unter dem Motto „Mobilität mit Spaß“ werden Angebote entwickelt, die neben Service und Dienstleistungsorientierung auch eine eigene Erlebnis-Qualität bei Mobilitäts-Angeboten bieten. Das gesamte Spektrum heutiger und vor allem zukünftiger Mobilitätsangebote kann genutzt und erlebt werden. Ausgangspunkt sind in der Regel die Erlebnisbahnhöfe der Region. Von dort aus kann man nicht nur kulturelle Angebote in Ferienbussen wahrnehmen, sondern auch auf die Draisine, ein mit Menschenkraft betriebenes Schienenfahrzeug umsteigen. Auch Elektrofahrräder, Kutschen und Paddelboote gehören zu den im Kreis Minden-Lübbecke gängigen Fortbewegungsmitteln für Erholungssuchende. Wer meint, er müsse in die Luft gehen, findet hier auch das geeignete Mobilitätsangebot – den Ballon. Besonders beachtet sind die Segways, elektrisch angetriebene einachsige Fortbewegungsmittel für jeweils eine Person, die in Amerika inzwischen schon selbstverständlich zum Straßenbild gehören.

Ziel des Konzepts „Mobilität mit Spaß“ ist es, Gäste und Besucher mit innovativen Angeboten zu den touristischen Zielen

entlang der Ravensberger Bahn (Bielefeld – Herford – Bünde – Lübbecke – Rahden) und der Weserbahn (Bünde – Löhne – Bad

Oeynhausen – Vlotho) zu führen. Neue Formen der Mobilität sollen Spaß machen und fördern ein verändertes Mobilitäts- und

Umweltbewusstsein. Projektpartner sind die Kreise Minden-Lübbecke und Herford mit den zugehörigen Kommunen sowie die Stadt Bielefeld. Die Wirtschaft vor Ort und die touristischen Leistungsträger werden eingebunden.

Auch ohne Auto auf dem Land mobil sein

Das Konzept geht von einem neuen Ansatz zur Mobilitätsgestaltung in Ferienregionen aus. Im Deutschlandtourismus überwiegt zurzeit noch bei weitem der PKW-Verkehr, nicht zuletzt aufgrund fehlender Mobilitätsangebote in den Tourismusregionen. Vor allem für ländliche Regionen – und so eine ist das Projektgebiet – gibt es noch keine tragfähigen Lösungen. Dies betrifft nicht nur den ländlichen Raum alleine, sondern auch die Verbindungen des ländlichen Raums mit den Städten zur Wahrnehmung von entsprechenden städtischen Angeboten. Es wird ein tragfähiges Konzept entwickelt, das nicht mehr nur von Einzelangeboten ausgeht, wie sie teilweise in Deutschland zu finden sind. Hier werden alle Angebote vernetzt, es wird zentral über die verschiedenen Möglichkeiten informiert und eine gemeinsame Buchungsplattform geschaffen. Diese Buchungsplattform wird verbunden mit den Angeboten von Bus und Bahn, den Tourismusinformationen und dem Destinationsangebot des Teutoburger Waldes. Gleichzeitig werden die herausragenden Sehenswürdigkeiten und Erlebnisangebote der Region erschlossen und vermarktet. Dies schafft eine neue Attraktivität der Region, es stellt den innovativen Charakter des Tourismus in den Vordergrund und erschließt sowohl Tages- als auch Übernachtungsgäste für die Region. Ziel ist es, ein modernes Beispiel für den Deutschlandurlaub zu entwi-

ckeln, auf neue Formen der Mobilität hinzuweisen und das Umweltbewusstsein der Urlauber zu schärfen.

Entwicklung neuer Formen der Mobilität

Im Rahmen des Projektes wird nicht nur auf bestehende Mobilitätsangebote, die auf dem Markt angeboten werden, zurückgegriffen, sondern die regionale Wirtschaft entwickelt darüber hinaus neue Mobilitätsangebote, die in der Region erprobt und dann national und sogar international vermarktet werden.

Darüber hinaus wird über das Angebot „Mobilität mit Spaß“ und die Garantie, die Mobilität vor Ort sicherzustellen, ein für Deutschland einzigartiges Angebot entwickelt, das beispielhaft für viele Tourismusregionen, vor allem auch im ländlichen Raum, sein wird. Dies schafft eine Alleinstellung, ein hohes Maß an Öffentlichkeit und entsprechend Nachfragesteigerungen.

Das Projekt konzentriert sich auf die Themenfelder „Aktiv“ und „Gesundheit“. Entsprechend werden junge Singles und Paare, erwachsene Paare, Familien und aktive Best Ager als Zielgruppen angesprochen. Das Projekt erlaubt es, die jeweiligen touristischen Schwerpunkte des Projektgebiets variabel als Angebot zu nutzen. Im Rahmen der weiteren Vermarktung können auf diese Weise Leistungen erbracht werden, die genau auf die jeweilige Zielgruppe abgestimmt sind.

Natur, Kunst und Kultur bestens vernetzt

Die Attraktivität der Projektregion ist herausragend: Natur mit abwechslungsreichen Landschaften und Erlebnisräumen, Natur-

parks, Premiumwanderwege, Radfernwege, das Wasserstraßenkreuz Weser-Mittellandkanal, die Westfälische Mühlenstraße, MARTa Herford, die Kunsthalle Bielefeld, verschiedene Herrenhäuser. Alle diese Ziele werden durch die Mobilitätsangebote verbunden und für die Zielgruppen erschlossen. Entsprechend liegt der Vorteil des Projektes in der Kooperation und der gezielten gemeinsamen Zielgruppenansprache. Durch ein professionell gestaltetes Angebot verbunden mit gemeinsamen Marketingaktivitäten erfolgt eine weitere zielgruppenorientierte Angebotsgestaltung und Ansprache. Die bisherigen Leistungsträger profitieren durch gemeinsame Marketinganstrengungen unter dem Thema „Mobilität mit Spaß“. In der Kooperation können sowohl die eigenen Marketingaufwendungen reduziert, als auch die Wirksamkeit der Aktivitäten durch gemeinsame Aktionen gestärkt werden.

Die kommunale Infrastruktur wird verstärkt für den Tourismus genutzt. Die Investitionen der Vergangenheit führen damit zu einer höheren Wirtschaftlichkeit für alle Betriebe in der Region und damit zu einer Erhöhung der Steuereinnahmen in den Kommunen.

Ebenso werden neue organisatorische Konzepte entwickelt. Über die Bildung eines Kompetenznetzwerkes wird die Gründung einer gemeinsamen Incomingagentur vorangetrieben, die neue Wege des Vertriebs im Tourismus durch einen starken Verbund von Privatwirtschaft und öffentlicher Hand vorsieht.

EILDienst LKT NRW
Nr. 7-8/Juli-August 2011 80.40.01



Tourismus im Kreis Soest – Entwicklung, Förderung und Aussicht

Von Volker Ruff, Geschäftsführer
Wirtschaftsförderungsgesellschaft, Kreis Soest

Ein attraktiver Landschafts- und Lebensraum wie der Kreis Soest hat Einwohnern und Gästen viel zu bieten. Starke Fremdenverkehrs-orte und die zahlreichen touristischen Betriebe offerieren kreisweit und am Markt etabliert eine bunte Palette an Möglichkeiten und müssen sich doch immer wieder neu definieren, um am Puls der Zeit zu bleiben. Insbesondere bei den Aktivthemen wie Wandern und Radfahren eröffnen sich immer wieder neue, aktuelle Möglichkeiten der Produktentwicklung. Tourismus ist jedoch nicht eine Chance für einige wenige Orte oder Betriebe, sondern kann sich positiv auf zahlreiche Branchen auswirken.

Marketing als Schlüssel zum Erfolg

Zielgruppengerechtes Marketing bietet hierbei die Grundlage zur Gewinnung, Stabili-

sierung und Steigerung der Gästezahlen. Die Erhöhung des Freizeitwertes einer Region hält Einwohner und schafft Arbeitsplätze vor Ort. Mit 432 Millionen Euro Bruttoumsatz ist der Tourismus ein wichtiger

Wirtschaftsfaktor, der im Kreis Soest mehr als 6.500 Beschäftigungsverhältnisse in mehreren Branchen bedingt. Neben der Gastronomie profitieren auch noch der Dienstleistungs- und Unterhaltungssektor sowie das



Radeln im Kreis Soest ist ein Genuss. Das kostenlose Radmagazin informiert über Termine, die kein begeisterter Pedalritter verpassen sollte.

Foto: wfg Kreis Soest

Transportwesen und der Einzelhandel von diesem Wirtschaftszweig.

Die im Jahr 2010 in enger Abstimmung mit den Touristikern der Region erarbeitete „Tourismusstrategie für den Kreis Soest“ stellt die regionalwirtschaftliche Bedeutung des Tourismus im Kreis Soest deutlich heraus und rückt die starken touristischen Kernthemen der Region in den Mittelpunkt.

Touristische Schwerpunkte und Kernthemen

Wandern und Radfahren im Fokus der touristischen Akteure. Zielgruppenorientierte Projekte wie das 2010 initiierte E-Bike-Netzwerk mit einheitlichen Mietpreisen und Partnern im gesamten Kreisgebiet sind ein Beispiel für die Aufbereitung und Erweiterung eines touristischen Themas unter Einbeziehung der heimischen Betriebe. Passend zu den Themen stellt die wfg Wirtschaftsförderung Kreis Soest GmbH Gästen und Einheimischen unterschiedliche touristische Basisprodukte zur Verfügung. So gibt



Die Schwerpunkte für den Tourismus im Kreis Soest liegen beim Radfahren und Wandern.

Fotos: wfg Kreis Soest

Durch die vielfältigen landschaftlichen Gegebenheiten sind aktive Trendthemen wie

es neben der klassischen Radwanderkarte seit 2010 auch das kostenlose Radmagazin

mit Tipps und Terminen. Auch für den Bereich Wandern liegt seit 2011 ein Magazin vor, in welchem ebenfalls in enger Abstimmung mit den Kommunen einzelne Wege beschrieben sind und die Lust auf Wandern geweckt wird.

Die steigende Zahl thematisch zertifizierter Beherbergungsbetriebe wie „Bett+Bike“ und „Qualitätsgastgeber Wanderbares Deutschland“ ist ein wichtiges Signal mit hoher Kundenwirkung, welches es weiter auszubauen gilt. Aber auch klassische Siegel wie die Sterne des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes (DEHOGA) oder die Zertifizierungen des Deutschen Tourismusverbandes (DTV) werden langfristig Grundvoraussetzung für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe sein und verdienen damit, insbesondere unter dem Aspekt des wachsenden Qualitätsbewusstseins der Gäste, hohe Beachtung. Die Steigerung der Qualität in Service und Betrieben sollte daher lokal und regional im Mittelpunkt des touristischen Denkens stehen.

Die verkehrsgünstige Lage mit Nähe zu Autobahnen und Flughäfen schafft optimale Voraussetzungen für den aufstrebenden Tagungstourismus. Führende Tagungsstätten der Region haben sich daher Ende 2010 zusammengeschlossen, um sich künftig gemeinsam stärker zu vermarkten. Neben diesem Zusammenschluss ist der Kreis Soest ebenfalls in das Projekt „Tagen im Sauerland“ einbezogen, welches sich zurzeit neu aufstellt und positioniert.

Mit den Altstädten, den weit über die Kreisgrenzen hinaus bekannten Großveranstaltungen sowie den Wallfahrtsstätten und Pilgerwegen bietet der Kreis Soest zudem beeindruckendes Potential im Bereich Veranstaltungen und Kultur. Die Warsteiner Internationale Montgolfiade, das Musikfestival „Big Day Out“ in Anröchte oder auch die Allerheiligenkirmes in Soest ziehen jährlich mehrere hunderttausend Besucher in den Kreis Soest, was sich auch über die Kreisgrenzen hinaus in den Beherbergungsbetrieben positiv bemerkbar macht. Thematische Aktionen wie das Anradeln im Frühjahr oder die Gartentage, bei denen sich private und öffentliche Gärten an ausgewählten Wochenenden interessierten Besuchern öffnen, komplettieren die Reihe der Veranstaltungen und runden das jeweilige Kernthema ab. Für die Gartentage legt die wfg ebenfalls jährlich einen Gartenkalender auf, in welchem neben den Privatgärten auch die öffentlichen Gärten, Parks und Führungen vorgestellt werden.

Positionierung und Ausblick

Ziel für die kommenden Jahre bleiben Stärkung und Ausbau der in der „Tourismus-



Sehen, wo man steht – und dann mutig weitergehen. So funktioniert ein Tourismusstrategie-Konzept.

Foto: wfg Kreis Soest

strategie für den Kreis Soest“ abgebildeten touristischen Kernthemen. Sie bilden die Grundlage für touristische Produkte und Aktionen auch der wfg und sind wichtiges Arbeitsfeld, ebenfalls in Hinsicht auf Erhaltung und Steigerung der Lebensqualität im Kreis Soest. Die Zusammenarbeit mit den beiden großen Regionalorganisationen Sauerland-Tourismus e.V. und Münsterland e.V. ist hierbei unerlässlich, denn als eigenständige touristische Destination wird sich der Kreis Soest an der Schnittstelle zwischen Sauer- und Münsterland nicht etablieren können. Einzelne thematische Aspekte können dem Münsterland oder dem Sauerland zugeordnet und über die Dachorganisationen vermarktet werden: Radfahren im Münsterland, Wandern im Sauerland. Durch die Orientierung zu den beiden etablierten Marken „Sauerland“ und „Münsterland“ kann der Landkreis nur profitieren und so die Tourismusbranche weiter stärken und ausbauen.

EILDienst LKT NRW

Nr. 7-8/Juli-August 2011 80.40.01

Einrichtung von Kompetenzzentren Frau und Beruf in NRW – Stellungnahme der kommunalen Spitzenverbände

Bereits im Rahmen des Koalitionsvertrages hat die Landesregierung eine Landesinitiative Frau und Wirtschaft angekündigt, die durch 16 neu zu gründende Regionalagenturen umgesetzt werden soll. Ende März 2011 hat das Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen (MGEPA) dazu im Rahmen eines Workshops Eckpunkte für regionale Kompetenzzentren Frau und Beruf vorgestellt. Zu dem Entwurf der Eckpunkte haben die kommunalen Spitzenverbände in Nordrhein-Westfalen folgende Stellungnahme abgegeben:

Wir begrüßen die Zielsetzung der Landesregierung, das Erwerbspotenzial von Frauen stärker zu erschließen und neue Zugänge zum Arbeitsmarkt für Frauen unterschiedlicher Zielgruppen zu schaffen. Gerade in der heutigen Zeit und der derzeitigen Arbeitsmarktlage zeigt sich, dass der Beratungsbedarf von Frauen zur Eingliederung oder Wiedereingliederung ins Arbeits- beziehungsweise Erwerbsleben groß ist.

Die Kompetenzzentren sollen jedoch kein operatives Geschäft wahrnehmen und keine individuellen Beratungen durchführen. Darüber hinaus verfügen sie über keine eigenen Budgets, um Projekte vor Ort zu fördern. Besonders in Regionen, in denen derzeit keine Beratungsstrukturen bestehen, wird jedoch ein erheblicher Bedarf für eine individuelle Beratung und Unterstützung von Frauen und Mädchen gesehen. Wir sind daher besorgt, dass die Kapazitäten der Kompetenzzentren nicht optimal eingesetzt werden können und somit kein wirklicher Mehrwert für die Frauen geschaffen wird. Weiter ist fraglich, wie ein womöglich noch ansteigender Beratungsbedarf, der durch die Arbeit der Kompetenzzentren entsteht, vor Ort mit den bestehenden Kapazitäten abgedeckt werden soll, wenn die Kompetenzzentren selbst diese Beratungen nicht durchführen.

Wie das Ministerium mitteilte, ist eine An-

teilsfinanzierung der einzurichtenden Kompetenzzentren über Mittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) von 90 Prozent mit einer Eigenanteilsfinanzierung durch die Träger von 10 Prozent vorgesehen. Angesichts der dramatisch angespannten Finanzsituation der Kommunen führt dies – insbesondere bei Kommunen in der Haushaltssicherung – zu erheblichen Problemen bei der Antragstellung und stellt eine klare Ungleichbehandlung gegenüber anderen interessierten Trägern dar. Wir fordern daher das Ministerium auf, sicherzustellen, dass sich auch Kommunen in einer schwierigen Finanzlage erfolgreich bewerben können, zum Beispiel durch eine Finanzierung in vollem Umfang (100 Prozent) oder eine flexible Handhabung der Ko-Finanzierung.

Wir halten es für dringend notwendig, dass die zukünftige Arbeit der Kompetenzzentren an die bereits bestehenden Angebots-

strukturen der jeweiligen Region angebunden und an ihnen orientiert wird. Alle vor Ort Verantwortlichen und Zuständigen, besonders die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten, müssen bereits im Vorfeld konkret in die Ausgestaltung der Kompetenzzentren einbezogen werden. Diese Einbeziehung könnte beispielsweise als Förderkriterium für die Bewerbung der Träger im Call formuliert werden. Auch darüber hinaus muss sichergestellt sein, dass die Gleichstellungsbeauftragten Einfluss auf die laufende Arbeit der Kompetenzzentren nehmen können, um eine kontinuierliche Abstimmung zu gewährleisten. Dafür halten wir regelmäßige Treffen mit den Gleichstellungsbeauftragten und anderen regionalen Akteurinnen und Akteuren, gegebenenfalls in einem einzurichtenden Begleitgremium, für erforderlich. Durch den regelmäßigen Austausch können gute Synergieeffekte erzielt und Nachhaltigkeit geschaffen werden.

Angesichts der Größe der NRW-Arbeitsmarktreionen halten wir es für erforderlich, dass die Kompetenzzentren dezentral arbeiten und aufgestellt sind. Insgesamt regen wir an, sowohl in der organisatorischen Ausgestaltung als auch in

der inhaltlichen Aufgabenbestimmung der Kompetenzzentren (Stichwort Beratungsangebot) einen großen Spielraum für regionale Konzepte zu eröffnen. In der jeweiligen Region kann unmittelbar am besten bestimmt werden, welche Handlungsbe-

darfe bestehen und welche „Lücken“ im Angebot besonders dringend geschlossen werden müssen.

EILDienst LKT NRW
Nr. 7-8/Juli-August 2011 11.11.21.3



Die Partnerschaft zwischen den Kreisen Gütersloh und Valmiera/Lettland – Helfen, wo Hilfe gewünscht wird

Von Jan Focken, Pressesprecher, Kreis Gütersloh

Wie häufig Sven-Georg Adenauer schon in Lettland war? Der Landrat des Kreises Gütersloh hat nicht mitgezählt, aber über 20 Mal hat er die Euros im Portemonnaie gegen Lats getauscht. Fast immer dabei: Ein Schlüsselbund, mal mehrere: Von Löschfahrzeugen, Drehleitern, Rettungswagen, Notarztautos – allein rund 40 Einsatzfahrzeuge aus dem Kreis Gütersloh starteten seit Beginn der Partnerschaft 1994 im Kreis Valmiera/Lettland ihre zweite Einsatzkarriere. Allein die Stadt Rheda-Wiedenbrück, Heimatstadt des Landrats, spendete neun ausgemusterte Fahrzeuge. Ende Juni 2010 war Adenauer mit einer großen Delegation in Lettland. Während einer Feierstunde unterzeichneten der Landrat des Kreises Gütersloh und Vitauts Stana, ehemaliger Landrat des Kreises Valmiera, in Koceni/Lettland die Partnerschaftsurkunde zwischen dem Kreis Gütersloh und dem Partnerschaftsverein der Region Valmiera. Damit wurde die Freundschaft, die Adenauer als „gelebtes Europa“ bezeichnet, zum zweiten Mal nach 1994 unterschrieben – diesmal ein rein formaler Akt, da sich im Zuge der Kommunalreform der Kreis Valmiera aufgelöst hatte. Freundschaftliche Beziehungen bestehen bereits seit 1992. Kurz nach dem Fall des eisernen Vorhangs und lange bevor eine EU-Mitgliedschaft in Sicht war, machte sich der Kreis Gütersloh auf nach Lettland. Aus der Partnerschaft, die im deutsch-lettischen Verhältnis einmalig ist, ist eine Freundschaft geworden.

Freundschaft mit großen Unterschieden

Die Unterschiede waren und sind gewaltig: Auf der einen Seite der Kreis Gütersloh, einer der wirtschaftsstärksten Kreise in NRW. Auf der anderen Seite der ehemalige Kreis Valmiera, dessen Aufgaben seit der Kommunalreform im Jahr 2009 auf sechs Großgemeinden und die Stadt Valmiera übergegangen sind. In der Stadt Valmiera leben fast die Hälfte der nicht mal 60.000 Einwohner des ehemaligen Kreises Valmiera. Mit 2373 Quadratkilometern ist die Region mehr als doppelt so groß wie der Kreis Gütersloh. Mit rund 356.000 Einwohnern leben im Kreis Gütersloh jedoch fast sechs Mal so viele Menschen. Neu gebildet wurden im Jahr 2009 die sechs Großgemeinden Koceni, Naukseni, Mazsalaca, Burtnieki, Beverina und Rujiena.

Wirtschaftskrise schlägt in Lettland zu

Der Kreis Gütersloh als der finanziell stärkere Partner innerhalb der Partnerschaft sah seine Aufgabe zunächst darin, dem Kreis Valmiera überall dort Hilfestellung zu geben, wo dies erforderlich und vor allem auch gewünscht war. Wirtschaftliche und humanitäre Hilfe stand gerade zu Beginn im Mittelpunkt. Und eigentlich war man da-



Landrat Sven-Georg Adenauer übergibt 2009 einen Audi A6, ein ausgemustertes Notarztfahrzeug des Kreises Gütersloh, an die Leiterin des Krankenhauses in Valmiera, Dr. Inguna Liepa.

Foto: Jan Focken

von ausgegangen, diese Art der Hilfe in Form von Spenden und Sachgütern längst einstellen zu können. Doch die globale Wirtschaftskrise hat Lettland so schwer getroffen wie kaum ein anderes europäisches Land.

Die Hilfe erstreckt sich vor allem auf das Sozial-, Gesundheits-, und Bildungswesen, Feuerwehr, Rettungsdienst, Umwelt (vor allem Abfallwirtschaft, Wasserver- und entsorgung) sowie die Wirtschaft. Aber die Part-

nerschaft war nie eine Einbahnstraße: Vor allem im kulturellen Bereich profitiert der Kreis Gütersloh, denn der hat in Lettland einen ganz anderen Stellenwert als hierzulande.

Erster lettischer Besuch kommt 1992 nach Gütersloh

Nachdem die deutsch-deutsche Hilfe für den ehemaligen Kreis Hoyerswerda nach der Wende praktisch ausgelaufen war, wandte sich im Kreis Gütersloh der Blick der Verantwortlichen weiter ostwärts. Der damalige Bundestagsabgeordnete Hubert Doppe, der amtierende Oberkreisdirektor Günter Koszowski und Landrat Franz-Josef Balke suchten einen osteuropäischen Partnerkreis. Lettlandkenner Detlef Henning, damals wissenschaftlicher Mitarbeiter und stellvertretender Geschäftsführer am Institut für Deutschland- und Osteuropaforschung des Göttinger Arbeitskreises, machte zwei Vorschläge: die lettischen Kreise Cesis und Valmiera. Nach einem Vergleich unter anderem der Wirtschaftsstruktur (Valmiera: Molke- und Möbelindustrie, Fleischwaren, Feuerlöcher – viele kleine und mittelständische Betriebe) fiel die Entscheidung, auf die Letten in Valmiera zuzugehen. Das war im Winter 1991/92, im Frühjahr 1992 stand die erste lettische Delegation vor der Tür. Die Freundschaft startete nicht mal ein Jahr nach dem endgültigen Zerfall der Sowjetunion, entsprechend groß war der Nachholbedarf auf lettischer Seite.

Erfolge – aber auch Rückschläge

Mit Hilfe aus dem Kreis Gütersloh sind in Valmiera viele Einrichtungen entstanden, die eine Vorbildfunktion für das ganze Land haben. Erstes Großprojekt war 1993 die Hörgeschädigtenschule Valmiera: Jeder Schüler erhielt mit Unterstützung des Rheda-Wiedenbrücker Unternehmers Franz-Josef Krane ein eigenes Hörgerät. Ein Sprachlabor wurde eingerichtet und Techniker in Deutschland ausgebildet. Zuerst stand jedoch mitunter eine Schocktherapie an: Das Altenheim Valmiera war so ein Fall: 1902 erbaut, seit 1949 nahezu unverändert. Zwei Badezimmer für 100 Bewohner, die teils zu acht auf den Zimmern lagen. Die baulichen und sanitären Verhältnisse waren katastrophal, Bewohner im Garten angekettet. Mit Planungshilfe aus dem Kreis Gütersloh, maßgeblich durch das Altenzentrum Wiepeldorn (Schloß Holte-Stukenbrock) und Spenden wurde der Um- und Ausbau unterstützt. Inzwischen gilt das Altenheim als das beste in ganz Lettland. Aber auch Rückschläge musste die Freundschaft verkraften: Und das ausgerechnet bei dem Projekt, das Landrat Adenauer zu seinem persönlichen Projekt

gemacht hatte: Aus dem ehemaligen Waisenhaus Valmiera wurde mit vielfältiger Unterstützung das „Kinder- und Familienzentrum „Pargauja“, in dem Waisen und Kinder aus schwierigen Familien beschützt aufwachsen sollten. Zeitweise 35 Kinder lebten dort. Das Haus wurde komplett modernisiert und nach zweijähriger Bauzeit 2006 eingeweiht. Es galt als die modernste Einrichtung ihrer Art in ganz Lettland. Maßgeblich finanziell unterstützt wurde es vom Lions-Club Rheda-Ems. Der Verein „Kinder in Valmiera“ baute mit Sponsorenhilfe einen neuen Spielplatz. Nach der Kommunalreform musste Pargauja geschlossen werden: Es war zuvor in Trägerschaft des Kreises Valmiera. Die Stadt Valmiera verhandelte mit den anderen Gemeinden über eine finanzielle Beteiligung, da die Kinder in Pargauja aus ganz Lettland kamen und man alleine die Finanzierung nicht stemmen konnte. Der Haushalt der Stadt Valmiera sank 2009 aufgrund der Wirtschaftskrise um 58 Prozent im Vergleich zu 2008. Jetzt nutzt das Altenheim die Räumlichkeiten.

Partnerschaft auf vielen Ebenen lebendig

Leuchtturmfunktion hatte zudem das Krankenhaus Maszalaca: Aus einer Ruine, ursprünglich als Kindergarten geplant, wurde das beste kleine Krankenhaus in Lettland. Die Unternehmerfamilie Kleine aus Harzewinkel unterstützte das Projekt mit insgesamt 700.000 D-Mark, und auch das Berufsbildungszentrum Valmiera wurde von

und von vielen getragen wird. Keine Partnerschaft, in der nur Sektegläser auf offiziellen Anlässen klirren. 2005 gründete sich der Verein „Kinder in Valmiera“, um gezielt die Förderung der Jugendhilfe anzugehen. Freundschaftliche Kontakte gibt es auch zwischen den Kommunen: Harzewinkel und Mazsalaca sowie Steinhagen und Rujiena halten enge Kontakte, Halle/Westfalen und die Stadt Valmiera werden in diesem Jahr sogar ganz offiziell Partnerstädte. Im vergangenen Jahr unterstützte die Stadt Halle/Westfalen unter anderem die Kindersuppenküche in Valmiera, in der täglich 130 Kinder eine warme Mahlzeit erhalten – vor der Wirtschaftskrise waren es 30 bis 40. Es gibt unzählige kleine und große Spendenprojekte: Kaputtes Kirchendach nach Orkan in Matisi, der Partnergemeinde der Kirchengemeinde Rheda? Kein Problem, die Innung Dach-, Wand und Abdichtungstechnik kommt für die Reparatur auf. Sanierungsbedürftiger Kindergarten in Kauguri? Lebensmittelkontrolleur Hans-Dieter Kramer rührt die Werbetrommel, stattet die Küche neu aus, und die Bäckerei Birkholz spendet 3.000 Euro.

Etwas mehr Geld nahmen die Rotarier für das Logopädiezentrum in die Hand. Wilfried Anskinevitsch erhob dies zum Governor-Projekt 2000/2001 und sammelte weltweit 320.000 D-Mark dafür ein. Das Logopädiezentrum ist die einzige Einrichtung dieser Art im gesamten Baltikum. Rotarier und Lions-Club greifen immer wieder ins Rad, auch in Form von Einzelspenden wie einen elektrischen Rollstuhl.



Landrat Sven-Georg Adenauer (Mitte rechts) und der Bürgermeister von Koceni und ehemaliger Landrat des Kreises Valmiera, Vitauts Stana, unterzeichneten 2010 als erste die neue Partnerschaftsurkunde.

Foto: Jan Focken

ihr mit angeschoben. Nur ein Beispiel, dafür, wie über die Jahre eine Partnerschaft entstand, die auf vielen Ebenen lebendig ist

Wirtschaft, Vereine, Schulen, Politik, Kultur und Kirchen – die Partnerschaft ist breit aufgestellt: Regelmäßig gibt es Konzertreisen

von Chören und Orchestern in beide Richtungen und Ausstellungen überwinden die rund 1.300 Kilometer. Letten stehen auf dem Christkindmarkt in Wiedenbrück, junge Männer und Frauen aus dem Kreis Gütersloh absolvieren ihr Freiwilliges Ökologisches Jahr in Lettland, und sogar Imker überwinden die Sprachgrenze. In Lettland macht sich der Kreis Gütersloh zudem für die deutsche Sprache stark. Im staatlichen Gymnasium Valmiera ist eine deutsche Bibliothek eingerichtet und Unterrichtsmaterial angeschafft worden. Beim Schüleraustausch können die jungen Letten dann ihre Sprachkenntnisse vertiefen. Laut Eberhard Schuppius, bis 2008 deutscher Botschafter in Riga, finde sich im ganzen Baltikum keine ähnlich intensive Partnerschaft.

Kultur hat hohen Stellenwert in Lettland

Vor allem im kulturellen Bereich lernen die deutschen Gäste und profitieren in einem hohen Maß von der Freundschaft. Während hierzulande in Sparrunden als erstes bei den freiwilligen Aufgaben gekürzt wird – und damit häufig bei der Kultur, genießt die in Lettland einen außergewöhnlich hohen Stellenwert. Im Bereich der bildenden Kunst und der Musik spielen die Letten in einer anderen Liga. Kunst- und Musikunterricht haben einen ungleich größeren Stundenumfang an den Schulen. Im März und April dieses Jahres zeigten die drei Kunst-

schulen aus dem ehemaligen Kreis Valmiera bereits zum vierten Mal seit Beginn der Partnerschaft eine Gesamtschau der Schüler- und Lehrerwerke in den beiden Kreishäusern Gütersloh und Wiedenbrück.

Erfahrungsaustausch gewinnt an Bedeutung

Nachdem vor allem zu Beginn die finanzielle und materielle Förderung den Schwerpunkt der Hilfen darstellte, kommt inzwischen dem Erfahrungsaustausch eine immer größere Bedeutung zu. Zwar wird die humanitäre Unterstützung nicht zuletzt wegen der Wirtschaftskrise in Lettland beibehalten – noch fahren jedes Jahr etwa sechs Hilfstransporte ins Baltikum – aber die Arbeitsbesuche wurden intensiviert und verstärkt. Polizisten, Mediziner, Feuerwehrmänner und Lehrer hospitierten im Kreis Gütersloh und die Abfallwirtschaftsgesellschaft ZAAO der Region Nord-Vidzeme mit Sitz in Valmiera und die Abfallwirtschaftsgesellschaft GEG mit Sitz in Rheda-Wiedenbrück haben eine Partnerschaft geschlossen.

Soziale Themen im Mittelpunkt

Mit der Auflösung der Kreise in Lettland 2009 kamen auf die Kommunen in dem baltischen Staat neue Aufgaben zu – und damit neue Arbeitsbereiche für die Partner.

Eines der Hauptargumente für die Neugliederung in dem 2,5 Millionen-Einwohner-Land waren die vielen kleinen Gebietskörperschaften, die überfordert waren mit der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben. Ipiķi, im Norden des ehemaligen Kreises Valmiera, zählt ganze 390 Einwohner. Anders als in Deutschland sprang nicht der Kreis ein, wenn eine Kommune zu klein war, um das gesamte Aufgabenspektrum abzudecken.

Die kommunale Neugliederung hat tiefgreifende Folgen, wie nicht zuletzt an der Schließung des Kinder- und Familienzentrums Pargauja deutlich wird. Mit den neuen Aufgaben haben die lettischen Freunde auch neue Probleme übernommen. In der Bürgermeisterrunde während des Delegationsbesuchs Ende Juni 2010 stand ein Thema ganz oben auf der Liste: Soziale Aufgaben. „Wie kann man sozial schwachen Familien helfen, die häufig multiple Probleme haben?“, fragte Inesis Bokis, Bürgermeister von Valmiera. Landrat Adenauer stellte die sozialen Themen daraufhin in den Mittelpunkt der künftigen Arbeit. Im Oktober 2010 besuchten Sozialarbeiter aller sieben Kommunen der Region Valmiera den Kreis Gütersloh und informierten sich unter anderem im Frauenhaus Gütersloh.

EILDienst LKT NRW
Nr. 7-8/Juli-August 2011 13.24.02



Initiative für mehr Einbürgerung im Kreis Kleve: Erste positive Wirkung schon spürbar

Von Landrat Wolfgang Spreen, Kreis Kleve

Seit dem Start der „Initiative für mehr Einbürgerung“ in der Kreisverwaltung Kleve, steigt die Anzahl der Beratungsgespräche zum Thema Einbürgerung kontinuierlich an. Waren es im ersten Halbjahr 2010 noch 135 Gespräche, ließen sich im zweiten Halbjahr schon 236 zugewanderte Einwohnerinnen und Einwohner beraten. Allein in den ersten sechs Monaten dieses Jahres waren 284 Interessierte zur Information im Einbürgerungsbüro. „Diese Nachricht freut mich sehr, denn wer sich zur Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft entschließt, ist nachhaltig integriert“, so Landrat Wolfgang Spreen, der im vergangenen Jahr die Initiative ins Leben rief.

Mit einem achteinhalbminütigen Lehr- und Informationsfilm und einer zwölfseitigen Begleitbroschüre wirbt die Kreisverwaltung nun gezielt für mehr Einbürgerungen. Die Darstellung persönlicher Erfahrungen ist im Film ein Schwerpunkt neben der Information über Ablauf und rechtliche Belange. „Ich wünsche mir, dass der Film dazu beiträgt, Interesse an einer Einbürgerung zu wecken, Schwellenängste abzubauen und Mut zu einem ersten Schritt zu machen“, fasst

Landrat Wolfgang Spreen zusammen. Die DVD wird den Trägern der Integrationsarbeit zur Verfügung gestellt und beispielsweise in Integrationskursen gezeigt. Im Integrationsportal des Kreises Kleve unter www.integration.kreis-kleve.de und auf der Homepage des Kreises unter www.kreis-kleve.de kann er angesehen werden. Die Begleitbroschüre informiert detailliert über die Vorteile der Einbürgerung, ihre Voraussetzungen und die ersten Schritte.

Wer sich einbürgern lässt, hat viele Vorteile – wie: Das Recht wählen zu gehen und gewählt werden zu können. Aber auch freies Reisen innerhalb der Europäischen Union und in viele andere Länder gehört dazu. Auch die freie Berufswahl und das Recht, dauerhaft in Deutschland leben zu können, sind positive Auswirkungen der Einbürgerung. Jedoch müssen Interessenten vor einer Einbürgerung auch einige Voraussetzungen erfüllen. Im Einbürgerungsverfahren sind un-



Familie Günsay mit Landrat Wolfgang Spreen bei der Einbürgerungsfeier im Kreishaus Kleve.

Foto: Kreis Kleve

ter anderem die wirtschaftliche Lage des Einbürgerungsbewerbers, die persönlichen Verhältnisse, Auswirkungen von eventuellen

Straftaten auf das Verfahren und die Verfassungstreue von Bedeutung. Deutschkenntnisse und Kenntnisse der Rechts- und Ge-

sellschaftsordnung sowie der Lebensverhältnisse in Deutschland müssen vorhanden sein. Für das Integrationsportal wurde inzwischen auch ein neuer Podcast gedreht. Yahya Günsay, der seit seinem fünften Lebensjahr in Deutschland lebt und im Februar eingebürgert wurde, beschreibt im Film den Grund für seinen Einbürgerungswunsch. Bereits seine Eltern haben Wert auf kulturellen Austausch gelegt und seine eigenen Kinder wachsen zweisprachig auf. Yahya Günsay wünscht sich, dass die Menschen mehr ihren eigenen Erfahrungen vertrauen als den landläufigen Vorurteilen. Seine Einbürgerung sieht er als letzten wichtigen Schritt zur Integration.

Für die Podcastserie mit zurzeit acht Podcasts und den Einbürgerungsfilm wurde ein YouTube-Kanal eingerichtet: <http://www.youtube.com/user/kreiskleve>. Wer den Kanal abonniert, wird automatisch benachrichtigt, sobald neue Beiträge veröffentlicht werden.

EILDienst LKT NRW

Nr. 7-8/Juli-August 2011 33.30.01



Oberbergischer Kreis baut Akademie für Gesundheitswirtschaft und Senioren

Von Ursula Kriesten, Amt für Weiterbildung und Studium und Akademieleiterin der Akademie Gesundheitswirtschaft und Senioren (AGewiS), Oberbergischer Kreis

Der Oberbergische Kreis baut aus Mitteln des Konjunkturpaketes II die „Akademie für Gesundheitswirtschaft und Senioren“ (AGewiS) auf dem Campus des Steinmüllergeländes im Zentrum von Gummersbach. Nach dem Spatenstich im Januar 2011 konnte im Mai Richtfest gefeiert werden. Landrat Hagen Jobi betonte in seiner Ansprache die Bedeutung der AGewiS für die Region. „Mit der Akademie Gesundheitswirtschaft und Senioren wird das Profil des Oberbergischen Kreises gestärkt und die Möglichkeit der qualifizierten Aus-, Fort- und Weiterbildung und für berufsbegleitende Studiengänge im Sozial- und Gesundheitswesen geschaffen. „Kommunen und Regionen im demografischen Wandel stehen im Wettbewerb um Einwohner, gute Arbeitsmöglichkeiten, attraktive Lebensbedingungen und gute Standortqualität.“

Reaktion auf den demografischen Wandel

Der Oberbergische Kreis reagiert damit auf den Demografiewandel. Die rasche Zunahme des Anteils älterer Menschen, rückläufige Geburtenzahlen und Wanderungsbewegungen führen regional zu unterschiedlicher Bevölkerungsstruktur. Die inhaltliche Neugestaltung der AGewiS orientiert sich an aktuellen und potenziellen Nachfragen von Bildungsprodukten im Sektor der Gesundheitswirtschaft, speziell am altersassoziierten Bedarf. Zentraler Ausgangspunkt der Konzeptidee zur Akademie ist, dass Bildungs- und Qualifizierungsangebote geschaffen

werden innerhalb der altersassoziierten Gesundheitswirtschaft, damit kranke und vor allem alte Menschen in ihrem häuslichen Umfeld möglichst bis zum Tod verbleiben können.

„Den pflegebedürftigen Menschen stärken“

„Entsprechend der demographischen Entwicklung und der Veränderungen im Sozial- und Gesundheitswesen wissen wir, dass bisherige Weiterbildungs- und Dienstleistungsangebote nicht ausreichen, um tragfähige und zukunftsfähige Regionalstrukturen in Kommunen sicherstellen zu können“, berich-

tet die Leiterin der AGewiS, Ursula Kriesten. Sie formuliert als zentrales Ziel, den pflegebedürftigen Menschen zu stärken, aber auch das Recht auf Hilfe zur Selbsthilfe zu wahren und durch Bildungs- und Dienstleistungsprodukte zu unterstützen. Mit einem symbolischen Akt legten ein Dutzend Altenpflegeschüler der AGewiS bei dem Richtfest die „Charta der Rechte hilfe- und pflegebedürftiger Menschen“ einen Grundstein. „Hiermit geben wir dem Gebäude ein Stück weit eine Seele“, kommentiert Kriesten. Die Charta geht zurück auf die Arbeiten des „Runden Tisches Pflege“, der 2003 bis 2005 vom Bundesministerium für Familie, Senioren Frauen und Jugend und

dem damaligen Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung einberufen wurde, um die Lebenssituation für hilfe- und pflegebedürftige Menschen in Deutschland zu verbessern.

Unterstützung für die Entwicklung neuer Dienstleistungen im Gesundheitsbereich

Gesundheit, Pflege und Senioren sind ein gesellschaftliches Leitthema mit zunehmender politischer und wirtschaftlicher Bedeutung. Die Akademie versteht sich als Entwicklungszentrum für den Bereich der Gesundheitswirtschaft und Seniorenbedarfe im Oberbergischen Kreis. In diesem Sinne fördert die Akademie die Bildungsangebote, die Zusammenarbeit, die Qualität und die Entwicklung der regionalen Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen und unterstützt die Entwicklung neuer Dienstleistungen und Produkte in der Gesundheits- und Seniorenwirtschaft. Beratung, Ausbildung und Weiterbildung, Studium, Service- und Netzwerkarbeit stellen den zentralen Motor zur Qualitätssicherung und -entwicklung in der Gesundheitswirtschaft dar und fördern die Standortattraktivität.



In einem symbolischen Akt wird die Pflege-Charta als ein Stück Seele als Grundstein der neuen Akademie gelegt, rechts: Landrat Hagen Jobi.

Foto: Oberbergischer Kreis

Die Akademie wird neben vielen Bildungsangeboten innerhalb der Gesundheitswirtschaft auch Angebote für Dienstleistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge entwickeln und somit die Qualität der infrastrukturellen Versorgung unterstützen. Mit der geplanten Angebotserweiterung erfüllt die Akademie einen dringenden öffentlichen Zweck.

Das moderne Gebäude mit rund 1.500 Quadratmetern Nutzungsfläche wird im September dem Nutzer, der „Akademie Gesundheitswirtschaft und Senioren“, übergeben. Der Oberbergische Kreis bereitet sich somit vorbildlich auf die altersdemografischen Entwicklungen vor, in der Verknüpfung von Bildung, altersassoziierte Gesundheitswirtschaft und Regionalentwicklung.



Die Akademie für Gesundheitswirtschaft und Senioren wird im September 2011 fertig gestellt.

Foto: Oberbergischer Kreis

Weitere Informationen bei:

Ursula Kriesten
Akademieleiterin
Amt für Weiterbildung und Studium
Akademie Gesundheitswirtschaft
und Senioren
AGewiS Oberbergischer Kreis
Mühlenbergweg 3
51645 Gummersbach
Tel. 02261-819018
Fax 02261-819027
Mail ursula.kriesten@agewis.obk.de
Web www.agewis.de

EILDienst LKT NRW
Nr. 7-8/Juli-August 2011 50.39.00

Medien-Spektrum: Aktuelle Pressemitteilungen

Umfrage von Städtetag NRW und Landkreistag NRW: Für knapp ein Viertel der berechtigten Kinder in NRW sind Anträge auf Leistungen aus dem Bildungspaket gestellt

Presseerklärung vom 28. Juni 2011

In den Kommunen in Nordrhein-Westfalen haben aktuell im Durchschnitt knapp ein Viertel der berechtigten Familien für ihre Kinder einen Antrag auf Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes gestellt. Das ergibt eine aktuelle Umfrage von Städtetag Nordrhein-Westfalen und Landkreistag Nordrhein-Westfalen. Neben dem Schulbedarf, der automatisch allen Kindern in Hartz IV-Haushalten aus-

gezahlt wird, sind die Mittagsverpflegung in Schulen und Horten sowie Leistungen für Schulausflüge und Klassenfahrten am meisten beantragt worden (Städte 24 Prozent bzw. 25 Prozent der Anträge, Kreise 30 Prozent bzw. 23 Prozent) gefolgt von den Leistungen für soziale Teilhabe und Lernförderung. Inzwischen sind in den befragten 25 Städten für rund 91.000 Kinder und Jugendliche Anträge gestellt worden, bei rund 370.000 dort lebenden Leistungsberechtigten, in den befragten 17 Kreisen sind es Anträge für 53.000 Kinder und Jugendliche, bei rund 245.000 Leistungsberechtigten.

Städtetag und Landkreistag gehen davon aus, dass die Antragszahlen weiter ansteigen. „Das Bildungspaket kommt sichtbar voran“, sagten der Geschäftsführer des Städtetages NRW, Dr. Stephan Articus, und

der Hauptgeschäftsführer des Landkreistages NRW, Dr. Martin Klein. „Die Städte und Kreise haben mit vielen Aktionen auf die Leistungen des Pakets

aufmerksam gemacht, zum Beispiel durch Briefe an die Leistungsberechtigten, durch Informationsveranstaltungen und persönliche Beratung bei Gesprächen im Jobcenter oder im Jugendamt. Sie arbeiten eng mit Schulen, Kitas, Vereinen und Verbänden zusammen.“

Die Kommunen sind mit Land und Bund im Gespräch, um die administrative Umsetzung zu erleichtern und den bürokratischen Aufwand so gering wie möglich zu halten, zum Beispiel bei der pauschalier-ten Abrechnung der Mittagsverpflegung. Die Gespräche dienen auch dazu, offene rechtliche Fragestellungen schnellstmöglich zu klären.

Nachbesserung bei Arbeitsmarktinstrumenten nötig: Reform geht an Arbeitslosen vorbei

Presseerklärung vom 30. Juni 2011

Angesichts der anstehenden Reform der Arbeitsmarktinstrumente fordert der Landkreistag Nordrhein-Westfalen flexible Instrumente zur Unterstützung von Hartz IV-Empfängern und den Erhalt der Ein-Euro-Jobs. „Ständig werden die gesetzlichen Grundlagen reformiert – allerdings immer am Bedarf vorbei“, sagte LKT-Präsident Landrat Thomas Kubendorff. Der Landkreistag fordert seit Jahren einen Instrumentenkasten, mit dem die Jobcenter vor Ort flexibel auf die Bedürfnisse von Arbeitslosen reagieren und sie in Arbeit eingliedern können. „Statt mehr Flexibilität und Handlungsspielräume für die Jobcen-

ter zu schaffen, sollen jetzt noch mehr starre Regelungen und Vorgaben eingeführt werden“, so Thomas Kubendorff weiter.

Gestaltungsspielräume bei Ein-Euro-Jobs erhalten

Besonders kritisch sieht der Verband die geplanten Änderungen bei den Ein-Euro-Jobs – für die ja in aller Regel mehr als ein Euro gezahlt wird und die vor Ort vielfach zu sinnvollen Heranführungsmaßnahmen weiterentwickelt wurden. „Diese Jobs wurden vor Ort flexibel eingesetzt und mit Qualifizierungs- und Trainingsanteilen kombiniert. Sie kommen den Arbeitslosen zugute, die langsam wieder an den Arbeitsmarkt herangeführt werden müssen und für die die ‚klassischen‘ Maßnahmen der Arbeitsförderung zu schwer und zu schnell sind“, erläuterte der Verbandspräsident. Bereits durch die Kürzungen der Mittel für Arbeitslose sei dieses Instrument drastisch zurück-

gefahren worden. Durch die geplanten weiteren gesetzlichen Vorgaben werde ihr Anwendungsbereich weiter eingeschränkt. „Wir fordern den Verzicht auf die geplante zeitliche Begrenzung sowie auf die Vorgabe von Anwendungskriterien und Kostenpauschalen“, erklärte Thomas Kubendorff.

Unterschiedliche Probleme erfordern flexible Lösungen

Allein schon die regionalen Unterschiede beim Hartz IV-Bezug zwischen 3,7 Prozent der Einwohner in Bayern und 17,1 Prozent in Berlin (NRW: 9,1%) zeigen, wie verschieden die regionalen Rahmenbedingungen für die Integration in Arbeit sind. „Die Kreise haben umfassende Erfahrungen bei der Vermittlung von Arbeitslosen. Dabei müssen die arbeitsmarktpolitischen Instrumente ihnen Hilfestellungen bieten, nicht durch ausufernde Regelungen zur Belastung werden“, sagte der Präsident.

Kongress zu Mittelstandspolitik und Fachkräftemangel: Kommunale Wirtschaftsförderer beraten über Zukunftsstrategien für den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen

Presseerklärung vom 06. Juli 2011

Rund 100 Fachleute aus Kommunen und Wirtschaftsförderungseinrichtungen aus ganz Nordrhein-Westfalen haben im Rahmen eines Kongresses in Bonn über eine

zukunftsfähige Mittelstandspolitik und den sich verschärfenden Fachkräftemangel beraten. Der Kongress wurde ausgerichtet von der „Kommunalen Wirtschaftsförderung NRW“, dem Zusammenschluss aller Wirtschaftsförderungseinrichtungen der Städte, Kreise und Gemeinden des Landes Nordrhein-Westfalen. Auch die Wirtschaftsförderungsgesellschaften sind mit dem Verband der Wirtschaftsförder- und Entwicklungsgesellschaften (VWE) beteiligt.

Der Vorstandsvorsitzende der „Kommunalen Wirtschaftsförderung NRW“, der Hagerener Oberbürgermeister Jörg Dehm, begrüßte, dass Wirtschaftsminister Harry

Voigtsberger an dem Kongress teilgenommen hat: „Es ist gut, dass das Land in der Standortpolitik eng mit den Kommunen zusammenarbeiten will. Denn Nordrhein-Westfalen wird sich als Wirtschaftsstandort im globalen Wettbewerb der Regionen nur behaupten können, wenn die Verantwortlichen auf allen politischen Ebenen an einem Strang ziehen – und zwar in dieselbe Richtung.“

In dem sich verschärfenden Fachkräftemangel sehen die kommunalen Wirtschaftsförderer eine ernste Gefahr für die Zukunftsperspektiven insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen in Nordrhein-West-

falen. „Vielen Firmen fällt es gerade in der derzeitigen Boomphase zunehmend schwer, offene Stellen mit qualifizierten Kräften zu besetzen. Das gilt vor allem für kleine und mittlere Unternehmen, die bei potenziellen Mitarbeitern nicht so bekannt sind wie mancher große Konzern“, erklärte Dehm. Deshalb setzten sich die kommunalen Wirtschaftsförderer bei ihrem Kongress in Bonn zum einen mit der aktuellen Situation auf dem Arbeitsmarkt auseinander und berie-

ten zum anderen darüber, welchen Beitrag die Kommunen und ihre Wirtschaftsförderer dazu leisten können, damit Unternehmen in der Region zielgerichteter als bisher qualifizierte Arbeitskräfte, aber auch Schüler und Studierende als Fachleute der Zukunft für sich gewinnen können.

„Gerade bei jungen Menschen sehen wir noch große Potenziale, die nicht ungenutzt bleiben dürfen“, erklärte Jörg Dehm. „Um dem Fachkräftemangel wirksam zu

begegnen, wird es in Zukunft auf eine intensivere Vernetzung zwischen der Wirtschaft auf der einen Seite und Schulen, Hochschulen und anderen Ausbildungsstätten auf der anderen Seite ankommen“, so Dehm. „Die Kommunen und ihre Wirtschaftsförderer können aufgrund ihrer Ortsnähe und der guten Kenntnis von Betrieben, Institutionen und handelnden Personen in den Städten, Kreisen und Gemeinden eine wichtige Mittlerfunktion einnehmen.“

Städte, Kreise und Gemeinden warnen vor Anstieg der Abfallgebühren – Kommunale Spitzenverbände: „Bundestag muss Gesetzentwurf zum Abfallrecht korrigieren und kommunale Verantwortung stärken“

Presseerklärung vom 08. Juli 2011

Die Städte, Kreise und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen haben den Bundestag aufgefordert, den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Bundesabfallrechts in zentralen Punkten zu korrigieren. Damit sollen die kommunale Verantwortung in der Hausmüllentsorgung gestärkt und Gebührenerhöhungen zu Lasten der Bürger verhindert werden.

Anlässlich einer gemeinsamen Fachkonferenz der kommunalen Spitzenverbände in Nordrhein-Westfalen und der Landesgruppe NRW im Verband kommunaler Unternehmen (VKU) in der Vertretung des Landes NRW heute in Berlin betonten Dr. Stephan Articus, Geschäftsführer des Städtetages Nordrhein-Westfalen, Dr. Martin Klein, Hauptgeschäftsführer des Landkreistages Nordrhein-Westfalen, Dr. Bernd Jürgen Schneider, Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen, sowie Patrick Hasenkamp, Vorsitzender der Landesgruppe NRW der im

VKU organisierten Abfallwirtschafts- und Stadtreinigungsbetriebe: „Wir begrüßen, dass das Land Nordrhein-Westfalen die Position der kommunalen Spitzenverbände auf Bundesebene im Bundesrat so wirksam vertreten hat. Der Bundestag sollte dem Votum des Bundesrates vom 27. Mai 2011 folgen und die Pläne der Bundesregierung zur Änderung des Abfallrechts korrigieren, um die kommunale Verantwortung für die Hausmüllentsorgung nachhaltig sicherzustellen. Wird im Abfallrecht die Möglichkeit geschaffen, dass sich private Unternehmen die lukrativsten Geschäfte herauspicken können, sind drastische Erhöhungen der Abfallgebühren für die privaten Haushalte die Folge.“

Jeder Euro, den eine Kommune mit wertvollem Haushaltsabfall wie zum Beispiel dem Altpapier verdiene, komme aufgrund der gebührenrechtlichen Vorgaben den Bürgerinnen und Bürgern zugute, denn mit den Erlösen würden die Gesamtkosten der Abfallentsorgung teilweise gedeckt, so dass weniger Abfallgebühren eingenommen werden müssen.

„Die Bürgerinnen und Bürger, die Wertstoffe getrennt sammeln und bereitstellen, erwarten deshalb zu Recht, dass sie in den Genuss der damit erzielten Erlöse kommen. Durch die Zulassung gewerblicher Sammlungen würden hingegen abfallwirtschaftliche Erlöse privatisiert und zugleich Verluste den Kommunen und ihren Bürgerinnen und Bürgern zugeschoben“, betonten die Geschäftsführer der kommunalen Spitzen-

verbände und der VKU-Landesgruppenvorsitzende.

Die Verbände stützen ihre Kritik am Gesetzentwurf der Bundesregierung insbesondere auf ein Grundsatzurteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 18. Juni 2009 (Az: 7 C 16.08). Das Bundesverwaltungsgericht hatte entschieden, dass auch unter Beachtung der europarechtlichen Vorgaben gewerbliche Sammlungen von verwertbaren Abfällen aus privaten Haushalten nur gelegentlich möglich sind, aber nicht in dauerhaft festen Strukturen und in Konkurrenz zu den Erfassungssystemen der Städte, Kreise und Gemeinden. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung sieht hingegen vor, dieses Urteil des Bundesverwaltungsgerichts ungeschehen zu machen. „Der vorgelegte Gesetzentwurf erlaubt Privatunternehmen das Rosinenpicken und degradiert die Kommunen zu Lückenbüßern für kostenträchtige Entsorgungsaufgaben und strukturell besonders aufwändige Entsorgungsbezirke“, so Articus, Klein, Schneider und Hasenkamp.

Schließlich sehen die Städte, Kreise und Gemeinden auch beim Thema „Wertstofftonne“ noch erheblichen Klärungsbedarf. In erster Linie müsse es darum gehen, im Vorfeld sorgfältig abzuklären, welche Abfälle aus Kunststoff und Metall ordnungsgemäß, schadlos und sinnvoll verwertet werden können. Das Motto „Getrennt sammeln, gemeinsam verbrennen“ sei den Bürgerinnen und Bürgern nicht zu vermitteln.

Urteil des Verfassungsgerichtshofs NRW: Land muss bei kommunalem Finanzausgleich genauer hinschauen

Presseerklärung vom 19. Juli 2011

Mit seinem heutigen Urteil zur Klage des Kreises Recklinghausen und seiner ihm angehörenden zehn Städte gegen das Gemeindefinanzierungsgesetz hat der Verfas-

sungsgerichtshof für das Land Nordrhein-Westfalen klargestellt: Das Land hat zwar einen weiten Gestaltungsspielraum, wie es Finanzmittel auf die Kommunen verteilt. Es muss künftig aber genauer hinschauen und auf erkennbare Belastungsverschiebungen bei den Kommunen reagieren.

„Die heutige Entscheidung setzt das Land unter erheblichen Rechtfertigungsdruck“, so der Hauptgeschäftsführer des Landkreistages Nordrhein-Westfalen, Dr. Martin Klein. „Seit Jahren haben Land und Bund den Kommunen immer mehr Aufgaben übertragen, ohne sich darum zu kümmern, ob die zur

Verfügung gestellten Mittel für die Durchführung dieser Aufgaben ausreichen.“ Die Richter hätten nun dem Land klar mit auf den Weg gegeben, dass es deutliche Verschiebungen der Aufgabenbelastung im kommunalen Finanzausgleich berücksichtigen müsse. Klein: „Positiv sind insbesondere die Ausführungen des Gerichts zur besonderen Situation der Kreise und der kreisangehörigen Gemeinden. Dass hier in Nordrhein-Westfalen eine Schieflage existiert, haben die Richter festgestellt, aber darauf verwiesen, dass ein besseres System erst noch gefunden werden muss.“ Die Grundla-

gen für ein solches System habe erstmals die im März 2011 der Öffentlichkeit vorgestellte Studie „Die Kreise im Finanzausgleich der Länder“ von Prof. Dr. Martin Junkernheinrich

(Technische Universität Kaiserslautern) und Gerhard Micosatt (Forschungsgesellschaft für Raumfinanzpolitik Bottrop) herausgearbeitet. Die Erkenntnisse und Folgerungen

aus dieser Studie müsse der Gesetzgeber nun berücksichtigen. Klein: „Das Gericht hat dem Gesetzgeber seine Hausaufgaben nicht abgenommen“.

EILDienst LKT NRW

Nr. 7-8/Juli-August 2011 00.10.03.2

Kurznachrichten

Allgemeines

Erbschaften und Schenkungen 2009

Die nordrhein-westfälischen Finanzämter erteilten 2009 Erbschaftsteuer-Bescheide zu 11.179 steuerrelevanten Nachlässen mit einem Vermögenswert von zusammen 5,4 Milliarden Euro. Wie Information und Technik Nordrhein-Westfalen als Statistisches Landesamt mitteilt, verblieben nach Abzug von Nachlassverbindlichkeiten, persönlichen Steuerfreibeträgen und sachlichen Steuerbefreiungen insgesamt 3,3 Milliarden Euro an steuerpflichtigem Erbe. Auf diese Summe fielen für die 23.542 Nachlassbegünstigten 632 Millionen Euro Erbschaftsteuer an. Nahezu drei Fünftel der steuerpflichtigen Erbschaften lagen unter einem Wert von 50.000 Euro. Aus diesen Fällen resultierten nur knapp sechs Prozent der insgesamt festgesetzten Erbschaftsteuer. Dagegen steuerten die 0,2 Prozent der Fälle mit Erbschaften von jeweils mehr als fünf Millionen Euro ein Viertel zur gesamten Erbschaftsteuer bei. Neben den Erbschaften wurden in der Statistik auch 7.941 steuerrelevante Schenkungen mit einem Vermögenswert von 3,4 Milliarden Euro erfasst. Die hierfür festgesetzte Schenkungsteuer summierte sich auf einen Betrag von 309 Millionen Euro. Rund 44 Prozent der Schenkungen hatten einen steuerpflichtigen Wert von unter 50.000 Euro mit einem Anteil an der insgesamt festgesetzten Schenkungsteuer von nur 2,6 Prozent. Zu beachten ist, dass die Erbschafts- und Schenkungsstatistik keine Informationen über alle Vermögensübergänge des Berichtsjahres liefern kann, weil die Mehrzahl der Vermögensübergänge innerhalb der hohen Freibeträge liegt und deshalb nicht zu einer Steuerfestsetzung führt. Basis der Angaben bildet das Festsetzungsjahr 2009. Das heißt, der Steuerentstehungszeitpunkt des Erbschafts- oder Schenkungsfalles kann bereits in den Vorjahren eingetreten sein.

EILDienst LKT NRW

Nr. 7-8/Juli-August 2011 13.60.10

NRW: 6,9 Prozent mehr Einbürgerungen im Jahr 2010

2010 wurden in Nordrhein-Westfalen 28.186 Personen eingebürgert. Wie das Statistische Landesamt mitteilt, waren das fast sieben Prozent mehr als im Jahr zuvor. 9.559 Personen (2009: 8.667) besaßen vor der Einbürgerung die türkische Staatsangehörigkeit, auf den weiteren Plätzen folgten Menschen mit vormals irakischem (2010: 1.807; 2009 1.730) beziehungsweise marokkanischem (2010: 1.362; 2009: 1.485) Pass. Die Einbürgerungen von Personen aus den EU-Staaten waren im Jahr 2010 mit 3.180 Personen geringer als im Vorjahr (3.221) – ihre Zahl ist seit 2007 (3.970) rückläufig. Die im Jahr 2010 in Nordrhein-Westfalen eingebürgerten Menschen verteilten sich zu je etwa einem Viertel auf die Altersgruppen „10 bis 19 Jahre“ (26,6 Prozent), „20 bis 29 Jahre“ (22,7 Prozent) und „30 bis 39 Jahre“ (27,1 Prozent). Damit waren etwa drei Viertel (76,3 Prozent) der Eingebürgerten zwischen 10 und 39 Jahren alt. 2009 war dieser Anteil mit 75,6 Prozent ähnlich hoch.

40,3 Prozent aller Eingebürgerten lebten zum Zeitpunkt der Einbürgerung im Jahr 2010 bereits seit mindestens 15 Jahren in Deutschland, weitere 48,1 Prozent konnten auf eine Aufenthaltsdauer von 8 bis 14 Jahren zurückblicken.

Die Ergebnisse, bezogen auf einzelne Kreise, Städte und Gemeinden, können im Internet unter: http://www.it.nrw.de/presse/pressemitteilungen/2011/pdf/116_11.pdf abgerufen werden.

EILDienst LKT NRW

Nr. 7-8/Juli-August 2011 12.10.00

NRW-Einwohnerzahl weiter rückläufig

Die Bevölkerungszahl Nordrhein-Westfalens ist nach den Ergebnissen der amtlichen Bevölkerungsfortschreibung auch im Jahr 2010 weiter zurückgegangen. Wie das Statistische Landesamt mitteilt, hatte das bevölkerungs-

reichste Bundesland Ende vergangenen Jahres 17.845.154 Einwohner – das waren 27.609 weniger als Ende 2009.

Dieser Rückgang resultierte aus der negativen Bilanz bei der natürlichen Bevölkerungsbewegung (–44.804), das heißt wie jedes Jahr seit 1998 starben auch 2010 mehr Menschen (192.137) als Kinder geboren wurden (147.333). Allerdings ist die Anzahl der Neugeborenen nach dem historischen Tiefstand im Jahr 2009 (145.029) wieder um 2.304 angestiegen. Auch die Zahl der Sterbefälle war um 1.323 höher als 2009.

Bei den Wanderungen war im Gegensatz zu den letzten beiden Jahren wieder ein positiver Saldo zu verzeichnen. Das heißt, dass gut 17.300 Personen mehr nach Nordrhein-Westfalen zogen als das Land verließen. Jedoch reichte dieser „Wanderungsgewinn“ – der höchste seit 2005 – nicht aus, um den „Sterbefallüberschuss“ auszugleichen. Größte Stadt in Nordrhein-Westfalen ist weiterhin Köln (+9.014 auf nunmehr 1.007.119 Einwohner). Seit Mai letzten Jahres ist die Domstadt damit die vierte Millionenstadt Deutschlands. Auf den weiteren Plätzen folgen Düsseldorf (+2.518 auf 588.735), Dortmund (–864 auf 580.444) und Essen (–1.624 auf 574.635). Die kleinste Gemeinde Nordrhein-Westfalens ist nach wie vor Dahlem im Kreis Euskirchen mit 4.116 Einwohnern (–66).

EILDienst LKT NRW

Nr. 7-8/Juli-August 2011 12.10.00

Jahresbericht 2010 des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (LANUV) erschienen

Zum nunmehr vierten Mal seit Gründung des LANUV im Jahr 2007 gibt der Jahresbericht einen Einblick in die Themen, mit denen sich die Landesoberbehörde befasst. Neben verschiedenen Berichten, beispielsweise zur Verbesserung der Luftqualität im Ruhrgebiet durch Umweltzonen oder zu

der PCB-Belastung im Dortmunder Hafen behandelt die Veröffentlichung auch die Neuauflage der Roten Liste der gefährdeten Pflanzen, Pilze und Tiere sowie die Auswertung von Potentialstudien zu Möglichkeiten des Einsatzes erneuerbarer Energien. Der Bericht ist im Internet verfügbar unter www.lanuv.nrw.de.

EILDienst LKT NRW

Nr. 7-8/Juli-August 2011 32.95.11

Arbeit und Soziales

Jahresbericht 2010 über die Umsetzung des SGB II im Kreis Coesfeld erschienen

Als eine von zehn Optionskommunen in NRW und 67 Optionskommunen bundesweit betreut und vermittelt der Kreis Coesfeld in enger Zusammenarbeit mit seinen kreisangehörigen Städten und Kommunen Langzeitarbeitslose bei der Wiedereingliederung in Arbeit. Das sechste „Optionsjahr“ 2010 war ein besonders bewegtes Jahr: Im ersten Halbjahr zeigten sich noch die Nachwirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise, im zweiten Halbjahr wurde endlich das Optionsmodell im Grundgesetz verankert und so eine zeitlich unbefristete Fortführung der Aufgabe in alleiniger Trägerschaft für alle Optionskommunen ermöglicht.

Mit seinem Jahresbericht 2010 über die Umsetzung des SGB II im Kreis Coesfeld legt der Kreis jetzt weitere Informationen, Zahlen, Daten und Fakten zur Aufgabenwahrnehmung vor. Angesichts der Krise ist man mit einem „blauen Auge“ davongekommen, und die Gesamtergebnisse sind positiv: Die Zahl der Vermittlungen konnte erhöht werden, und die Arbeitslosenquote bei den Langzeitarbeitslosen ist gesunken. Auch die Zahl der Bedarfsgemeinschaften ist im Verhältnis zu 2009 zurückgegangen. Der Kreis Coesfeld zieht für seine Arbeit der vergangenen Jahre folgendes Resümee:

- Das Ziel der Reform – Leistungsgewährung aus einer Hand – wurde erreicht.
- Durch die Einbeziehung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden ist die größtmögliche Bürgernähe gewahrt.
- Bewährte kommunale Strukturen werden für die Aufgabe genutzt.
- Die Verantwortung und die Steuerung liegt beim Kreis Coesfeld – das verschafft Möglichkeiten und Spielräume für die organisatorische Umsetzung, die genutzt werden.

EILDienst LKT NRW

Nr. 7-8/Juli-August 2011 50.22.06

Familie; Kinder und Jugend

Mehr Sorgerechtsentziehungen in Nordrhein-Westfalen

In 3.936 Fällen haben die Gerichte in Nordrhein-Westfalen 2010 den vollständigen oder teilweisen Entzug der elterlichen Sorge angeordnet. Wie Information und Technik Nordrhein-Westfalen als Statistisches Landesamt mitteilt, waren das 10,7 Prozent mehr Fälle als 2009 (3.556). Für 3.032 dieser Kinder und Jugendlichen wurde das Personensorgerecht ganz oder teilweise auf das Jugendamt übertragen, 2009 hatte es 2.956 Übertragungen auf das Jugendamt gegeben. In 904 Fällen (2009: 600) übertrugen die Gerichte das Sorgerecht einer Einzelperson oder einem Verein. Nach Paragraph 1666 des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB) können die Gerichte den vollständigen oder teilweisen Entzug der elterlichen Sorge anordnen. Bei einem teilweisen Entzug der elterlichen Sorge wird zum Beispiel das Aufenthaltsbestimmungsrecht oder die Vermögenssorge entzogen.

Im Jahr 2010 bearbeiteten die Jugendämter in Nordrhein-Westfalen außerdem 20.340 Sorgeerklärungen; das waren 14,4 Prozent mehr als 2009 (17.782). Die Sorgeerklärung (häufiger auch als Sorgerechtsklärung bezeichnet) ist eine spezielle Willenserklärung nicht miteinander verheirateter Eltern eines Kindes, die elterliche Sorge gemeinsam ausüben zu wollen. Mit der Abgabe der Sorgerechtsklärung vor einer Urkundsperson steht das elterliche Sorgerecht nach Paragraph 1626a Abs. 1 BGB beiden Eltern gemeinsam zu.

EILDienst LKT NRW

Nr. 7-8/Juli-August 2011 12.10.00

Familienzentrum Matthias-Claudius in Weeze – „Umbau ist sehr gelungen“



Landrat Wolfgang Spreen besichtigt das umgebaute und erweiterte Familienzentrum Matthias-Claudius in Weeze.

Foto: Kreis Kleve

Der Klever Landrat Wolfgang Spreen hat das Weezer Familienzentrum Matthias-Claudius besucht und sich begeistert vom Aus-

und Umbau der integrativen Kindertagesstätte gezeigt. 18 neue Plätze für die Betreuung von Kindern unter drei Jahren sind durch die Baumaßnahme entstanden. „Das Ergebnis kann sich sehen lassen“, findet Spreen.

Durch ein neues Raumkonzept und Umbauen innerhalb der Einrichtung entstanden Sanitärbereiche, die über Wickel- und Wascheinrichtungen für Kinder unter drei Jahren verfügen. Durch zusätzliche Anbauten wurden neben neuen Gruppen- und Ruheräumen auch Bereiche geschaffen, die künftig als Küche und Aufenthaltsraum, als Büro der Leiterin sowie für diverse Abstellmöglichkeiten genutzt werden können.

Insgesamt 150 Quadratmeter neue Fläche steht den Kindern des Familienzentrums Matthias-Claudius in Weeze nun zur Verfügung. Die Baumaßnahme dauerte etwa ein halbes Jahr. 324.000 Euro wurden verbaut, 36.000 Euro davon hat der Kreis Kleve übernommen.

„In 45 von 67 Kindertagesstätten, für die das Kreisjugendamt zuständig ist, sind Um- und Ausbauten für Kinder unter drei Jahren geplant oder bereits fertig gestellt. Damit liegen wir in Nordrhein-Westfalen deutlich vorn. Die hohe Betreuungsquote unter dreijähriger Kinder im Kreis Kleve ist dem Jugendhilfeausschuss des Kreises und der Verwaltung gleichermaßen wichtig. Der guten Zusammenarbeit mit den Trägern der Kitas und den elf Kommunen ohne eigenes Jugendamt ist es zu verdanken, dass sich die Betreuungslandschaft hier so vorbildlich darstellt“, resümiert Landrat Spreen.

EILDienst LKT NRW

Nr. 7-8/Juli-August 2011 51.26.02

Schule und Weiterbildung

Erfolg und Nichterfolg bei Abiturprüfungen in Nordrhein-Westfalen

Die Abiturerfolgsquote von Mädchen und Jungen gleicht sich zunehmend an. Nach Angaben des Statistischen Landesamtes ging der Anteil der nicht erfolgreich bestandenen Abiturprüfungen an Gymnasien zwischen 2004 und 2009 von 4,2 Prozent auf 2,1 Prozent zurück. Diese Entwicklung ist hauptsächlich auf das verbesserte Abschneiden von Jungen zurückzuführen: Während die Nichterfolgsquote bei Jungen seit 2004 um 2,6 Prozentpunkte gesunken ist, verzeichneten Mädchen im gleichen Zeitraum einen Rückgang um 1,5 Prozentpunkte. 2009 lag der Anteil der nicht bestandenen Abiturprüfungen an Gymnasien bei Jungen mit 2,4 Prozent zwar immer noch über dem der Mädchen (1,9 Prozent), seit 2004 hat sich aber

der Abstand zwischen den Geschlechtern von 1,6 Prozentpunkte auf 0,5 Prozentpunkte verringert.

An Gesamtschulen lag die Nichterfolgsquote bei den Abiturprüfungen im Jahr 2009 bei insgesamt 7,3 Prozent und war damit höher als an Gymnasien. Bemerkenswert ist dabei, dass sich an Gesamtschulen die Unterschiede bei den Nichterfolgsquoten von Mädchen und Jungen im Zeitverlauf umgekehrt haben: Während der Abstand im Jahr 2007 noch mit 2,3 Prozentpunkten zugunsten der Mädchen ausfiel, lag er im Jahr 2009 mit 0,1 Prozentpunkten zugunsten der Jungen. Im Jahr 2004 hatten die Nichterfolgsquoten bei 7,3 Prozent bei den Mädchen und 9,3 Prozent bei den Jungen gelegen – inzwischen (2009) liegen sie bei 7,4 Prozent (Mädchen) und 7,3 Prozent (Jungen).

EILDienst LKT NRW

Nr. 7-8/Juli-August 2011 40.30.10/12.10.00

Weiterhin traditionelles Berufswahlverhalten der Auszubildenden in NRW

Ende 2010 befanden sich in NRW 331.884 Personen in einer beruflichen Ausbildung im dualen System. Wie das Statistische Landesamt mitteilt, waren dies 1,9 Prozent weniger als zwölf Monate zuvor. Wie schon in den Vorjahren ist dabei eine hohe Konzentration auf wenige Berufe festzustellen: 76,5 Prozent aller weiblichen und 63,7 Prozent der männlichen Auszubildenden verteilen sich auf jeweils nur 25 Ausbildungsberufe (siehe Tabelle rechts).

Auf die zehn am stärksten besetzten Ausbildungsberufe konzentrierten sich immerhin noch 55,2 Prozent aller weiblichen beziehungsweise 36,0 Prozent der männlichen Auszubildenden.

Die meisten der 129.317 weiblichen Auszubildenden absolvierten eine Ausbildung zur medizinischen Fachangestellten (9.770), gefolgt von den Bürokauffrauen (8.504) und den Industriekauffrauen (8.016). Bei den 202.567 männlichen Auszubildenden dominierte nach wie vor mit 11.869 die Berufsausbildung zum Kraftfahrzeugmechaniker. Auf Platz 2 folgten die Industriemechaniker (10.407) vor den Anlagenmechanikern für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik (8.103). Auffällig ist die Schwerpunktsetzung der ausländischen jungen Frauen bei der Berufswahl. 73 Prozent verteilen sich auf zehn (von zirka 350) verschiedene Ausbildungsberufe. Hier waren die Ausbildung zur Friseurin (1.65) sowie zur medizinischen und zahnmedizinischen Fachangestellten führend (978 beziehungsweise 943).

EILDienst LKT NRW

Nr. 7-8/Juli-August 2011 12.10.00

Fortbildungslehrgang zum kommunalen Klima- und Flächenmanager

Erstmals Anfang 2012 wird vom Bildungszentrum für die Entsorgungs- und Wasserwirtschaft und der Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW (LAG 21) ein zertifizierter Fortbildungslehrgang zum kommunalen Klima- und Flächenmanager beziehungsweise natürlich zur -managerin durchgeführt. Die Qualifizierungsmaßnahme soll unter anderem über nachhaltige Managementsysteme auf kommunaler Ebene, über Handlungsfelder des kommunalen Klimaschutzes und der Klimaanpassung sowie über einen sparsamen Umgang mit der Ressource Fläche vertieftes Wissen vermitteln.

Der Lehrgang richtet sich an kommunale Beschäftigte, die diese Aufgabengebiete erschließen oder vertiefen und sich mit der Verwaltung, Vermarktung, Pflege oder Be-

wirtschaftung von Flächen oder mit Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung auseinandersetzen wollen.

Darüber hinaus sind auch andere Stellen, die sich für eine Querschnittsfunktion oder Stabsstelle eignen, als Teilnehmende angesprochen. Aktuelle Informationen zum Fortbildungslehrgang und seiner Entwicklung erhalten Sie auf der BEW2LEARN Onlineplattform unter <http://moodle.bew2learn.net/>.

EILDienst LKT NRW

Nr. 7-8/Juli-August 2011 61.60.19

Wirtschaft und Verkehr

Landwirtschaftszählung 2010 – Weizen ist die Nummer eins

Im Jahr 2010 bearbeiteten die Landwirte an Rhein und Ruhr 1.052 Millionen Hektar

Die zehn am stärksten besetzten Ausbildungsberufe am 31.12.2010 in NRW

weibliche Auszubildende			männliche Auszubildende		
Rang	Ausbildungsberuf	Auszubildende	Rang	Ausbildungsberuf	Auszubildende
1	Medizinische Fachangestellte	9.770	1	Kraftfahrzeugmechaniker	11.869
2	Bürokauffrau	8.504	2	Industriemechaniker	10.407
3	Industriekauffrau	8.016	3	Anlagenmechaniker für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik	8.103
4	Kauffrau im Einzelhandel	7.792	4	Elektroniker	7.710
5	Friseurin	7.455	5	Kaufmann im Einzelhandel	6.529
6	Verkäuferin	7.305	6	Fachinformatiker	5.927
7	Zahnmedizinische Fachangestellte	7.292	7	Industriekaufmann	5.923
8	Kauffrau für Bürokommunikation	5.506	8	Metallbauer	5.654
9	Fachverkäuferin im Lebensmittelhandwerk	5.214	9	Elektroniker für Betriebstechnik	5.456
10	Bankkauffrau	4.543	10	Zerspanungsmechaniker	5.406

Ackerland. Das ist ein Ergebnis der Landwirtschaftszählung 2010. Davon wurden allein 644.863 Hektar oder 61,3 Prozent für den Anbau von Getreide zur Körnergewinnung genutzt.

Nach wie vor die Nummer eins im nordrhein-westfälischen Getreideanbau bleibt der Weizen, der auf 286.770 Hektar oder 44,5 Prozent der insgesamt festgestellten Getreidefläche ausgesät wurde. Der überwiegend als Brotgetreide angebaute Winterweizen konnte dabei seine Position als anbaustärkste Getreideart behaupten. Mit 283.570 Hektar nahm er immerhin 98,9 Prozent der Weizenanbaufläche und knapp 44 Prozent der gesamten Getreidefläche ein. Landesweit haben damit rund 70 Prozent der Betriebe, die Getreide produzieren, Winterweizen angebaut.

Mit 178.509 Hektar fand der Winterweizenanbau überwiegend (auf rund 63 Prozent) in Westfalen statt. 63 Prozent der Anbauflächen liegen dort.

EILDienst LKT NRW

Nr. 7-8/Juli-August 2011 83.10.00

Weniger Landwirtschaftsfläche in NRW

Die landwirtschaftlich genutzte Fläche hat in Nordrhein-Westfalen von 2001 bis 2011 um 633 Quadratkilometer abgenommen. Dies ist eine Größenordnung, die in etwa der Gesamtfläche der Städte Bonn, Köln und Leverkusen entspricht (625 Quadratkilometer). Mit 16.742 Quadratkilometern wird knapp die Hälfte, nämlich 49,1 Prozent, der gesamten Landesfläche (34.093 Quadratkilometer) landwirtschaftlich genutzt. Ein Viertel der Fläche in Nordrhein-Westfalen (25,6 Prozent = 8.732 Quadratkilometer) ist bewaldet – gegenüber 2001 bedeutet dies einen Zuwachs um 3,5 Prozent. Auf Gebäude- und zugehörige Freiflächen entfallen 12,8 Prozent der Landesfläche (4.357 Quadratkilometer), auf Verkehrsflächen 7,0 Prozent (2.403 Quadratkilometer), auf Wasserflächen 2,0 Prozent (669 Quadratkilometer), auf Erholungsflächen 1,9 Prozent (634 Quadratkilometer) und auf Betriebsflächen 1,1 Prozent (361 Quadratkilometer). Den höchsten Anteil der Landwirtschaftsfläche an der Gesamtfläche hat die Gemeinde Titz (Kreis Düren) mit 84,9 Prozent. Bei der Waldfläche liegt die Gemeinde Kirchhundem (Kreis Olpe) mit einem Anteil von 75,0 Prozent und bei der Wasserfläche die Stadt Rees mit 12,4 Prozent auf Platz eins. Die kreisfreie Stadt Herne weist gleich in zwei Kategorien die höchsten Anteile auf: 44,1 Prozent ihrer Gesamtfläche entfallen auf die Gebäude- und Freiflächen und 19,3 Prozent auf die Verkehrsflächen. Bei der Erholungsfläche belegt die kreisfreie Stadt Es-

sen mit 11,1 Prozent und bei der Betriebsfläche die Gemeinde Niederzier (Kreis Düren) im rheinischen Braunkohlerevier mit 37,1 Prozent jeweils den Spitzenplatz.

EILDienst LKT NRW

Nr. 7-8/Juli-August 2011 12.10.00

Fahrradfreundlicher Kreis Düren

Als erste öffentliche Verwaltung in NRW hat die Kreisverwaltung Düren das Zertifikat „Fahrradfreundlicher Arbeitgeber“ erhalten. Die Urkunde dazu gab es vom Büro für Mobilitätsberatung und Moderation in Trier und vom „Allgemeinen Deutschen Fahrradclub“ (ADFC). Ein erweiterter Fahrradabstellplatz in der Tiefgarage begeistert die Radfahrer. Dafür fielen sogar Autostellplätze weg. Auch auf dem gesamten Gelände wurde die Zahl der Fahrradstände deutlich erhöht.

Eine Dusche, ein Trockenraum, Spinde und fünf neue Dienstfahrräder, darunter ein Klapprad und eines mit einem Elektromotor, vervollständigen die neue Infrastruktur. Auch eine eigene Fahrradhelm-Kollektion hat der Kreis aufgelegt.

Bislang nutzen nach einer Umfrage etwa 17 Prozent der Kreis-Mitarbeiter das Fahrrad, um zur Arbeit zu kommen. Der Landesdurchschnitt liegt bei neun Prozent. Innerhalb der nächsten drei Jahre wollen die Verantwortlichen beim Kreis Düren die Zahl der Radler auf 25 Prozent steigern.

Von den überdachten Stellplätzen vor dem Eingang profitieren auch die Besucher der Kreisverwaltung. Denn das ist der nächste Schritt: Man will nicht nur eine fahrradfreundliche Verwaltung, sondern ein komplett fahrradfreundlicher Kreis werden.

EILDienst LKT NRW

Nr. 7-8/Juli-August 2011 13.60.10

Mehr Service im Internet – Tourismus im Kreis Heinsberg

Aufgeräumter, übersichtlicher und mit mehr Informationen – so präsentiert sich der neue Internetauftritt des Heinsberger Tourist-Service (HTS). Nach dem letzten Feinschliff können nun Interessierte an der Freizeit-Region Heinsberg von dem erweiterten Angebot auf www.hts-info.de profitieren. Selbsterklärend, zielführend und informativ – nach diesem Konzept wurde der neue Internetauftritt des HTS gestaltet. Was sich auf der Seite getan hat, sieht der Besucher direkt beim Start. Themenblöcke mit Hintergrundinformationen und aktuellen Veranstaltungen wie der Niederrheinische Radwandertag eröffnen die Seite. Die Navigation wurde entschlackt. „Wir wollen, dass sich

die Frage 'Wo ist was?' gar nicht erst stellt. Alle Infos, die man braucht, sollen möglichst nur einen Klick entfernt sein“, sagt die Geschäftsführerin des HTS, Patricia Mees. Klar gegliedert führen die Navigations-Rubriken direkt auf Wissenswerte. Gleichzeitig wird auf mehrere Arten transparent gemacht, wo man sich gerade befindet. Bei einem Klick auf die Navigations-Rubriken zeigt ein Menü die genaue Seite an, inklusive der Unterpunkte und verwandten Themen. Gleichzeitig zeigen Farbschemata für jede Rubrik, ob man sich etwa bei „Aktiv im Grünen“ oder bei „Fun für Kids“ befindet.

Breites Informationsangebot

Ob Nordic-Walking, Wandern, Fahrrad-Routen oder Rafting, Infos zum Knotenpunktsystem, aktuellen Veranstaltungen, zu Sehenswürdigkeiten, dem Pressecenter oder Porträts der Kommunen im Kreis – praktisch zu jedem touristisch interessanten Thema finden sich zielgerichtete Informationen. So bietet die Seite ein Register aller Hotels, Ferienhäuser und vieler weiterer touristischer Gastgeber an, die sich rein alphabetisch oder nach Kommunen geordnet entdecken lassen. Ein weiteres Highlight ist sicherlich die Kooperation mit dem Routenplaner NRW, bei dem Nutzer die Route ihres Ausflugs interaktiv zusammenstellen. Kulturell Interessierte können Dank der Zusammenarbeit mit dem Kulturserver NRW auch weit über die Grenzen der Region hinaus Informatives zu Veranstaltungen im Kunst und Kulturbereich sammeln.

Zusätzlich wurde der Downloadbereich ausgebaut. Touren für GPS-gestützte Fahrradausflüge, Karten für den Niederrheinischen Radwandertag oder das HTS-Magazin 2011 sind den Infotexten thematisch zugeordnet und finden mit einem Klick den Weg auf den heimischen Rechner.

„Wir wollen für die Besucher der Seite und der Freizeit-Region Heinsberg einfach mehr bieten – weiterführende Information für Touristen aus der Nähe, den schnellen Überblick für Besucher von weiter her – und das Ganze möglichst einfach. Mit dem neuen Konzept sind wir auf einem sehr guten Weg. Nichts ist im Internet frustrierender als zu suchen und wenig zu finden“, sagt Patricia Mees.

Neuer Newsletter

Noch einfacher „Up-To-Date“ zu bleiben, wird es mit dem neuen Newsletter des HTS. Wer sich hier anmeldet, kann sich bequem und kostenfrei über aktuelle Angebote und Veranstaltungen in der Freizeit-Region informieren lassen.

EILDienst LKT NRW

Nr. 7-8/Juli-August 2011 80.40.01

Radbroschüre in kürzester Zeit vergriffen

Das Wetter lädt momentan nicht zu einer Radtour durch die niederrheinische Heimat ein. Ihre Radbegeisterung haben die Menschen im Kreis Viersen dennoch nicht verloren. Nur wenige Tage nach ihrem Erscheinen ist die kostenlose Broschüre des Kreises Viersen „Mit dem Fahrrad auf Entdeckungstour“ vergriffen. Alle 2500 Broschüren mit den Radrouten für April bis Oktober fanden einen Abnehmer. In jedem Monat der Radfahrsaison gibt es eine „Radroute des Monats“, die in Zusammenarbeit mit dem Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Club ADfC

ausgearbeitet wird und die man an einem speziellen Termin unter fachkundiger Führung fahren kann. Danach kann man sich entweder die Routen-Daten aus dem Internet unter www.kreis-viersen.de herunterladen – oder die Broschüre lesen, wenn man denn eins der begehrten Hefte ergattert.

„Wie schön, dass so viele unsere Routen-Tipps nachfahren möchten“, sagt Georg Pins, Leiter der Abteilung Kreisentwicklung des Kreises Viersen. „Wir wünschen allen Radlern viel Freude mit dem Heft.“ Die Rad-Broschüre lag bei allen Einrichtungen des Kreises sowie in allen kreisangehörigen Städten und Gemeinden aus oder wurde auf Anfrage vom Kreis Viersen verschickt.

Die Mitarbeiter im Kreishaus sammeln nun neue Routen – für die Broschüre im kommenden Jahr. Und alle, die ein Heft ergatterten konnten, hoffen wohl auf ein paar schöne Sommertage, damit sie sich aufs Fahrrad schwingen können.

Die bereits erprobten Radrouten sind im Internet zurück bis ins Jahr 2006 zum Ausdruck abrufbar. Die nächste Broschüre, dann mit den Routen, die in diesem Jahr gefahren wurden, ist im Frühsommer 2012 erhältlich.

EILDIENST LKT NRW
Nr. 7-8/Juli-August 2011 80.40.01

Hinweise auf Veröffentlichungen

Smith, Konfliktlösung im demokratischen Bundesstaat. Eine Untersuchung zur Gesetzgebung zwischen Recht und Politik, Schriften zum Öffentlichen Recht, Band 1175, 447 Seiten, 98,- €, ISBN: 978-3-428-13367-3, Duncker & Humblot GmbH, Postfach 41 03 29, 12113 Berlin.

„Kuhhandel“, „Zustimmung erkaufte“, „Gefeilsche“: Spektakuläre Absprachen im Vorfeld von Bundesratsabstimmungen gehören immer wieder zu politisch bedeutsamen Gesetzgebungsverfahren. Ausgehend von solchen Verhandlungen untersucht Stephan Smith die Konfliktlösung im demokratischen Bundesstaat. Dazu entwirft er ein Modell des demokratischen Bundesstaates, nach dem das Grundgesetz nur mit dem Prinzip des demokratischen Bundesstaates angemessen verstanden werden kann, ein dritter Grundsatz neben Demokratie und Bundesstaatlichkeit. In diesem Verfassungstyp bestehen verschiedene Interessen von Bund, Ländern und Parteien, zwischen denen die Staatspraxis einen Ausgleich finden muss. Hierzu entwickelt der Autor eine Theorie der Konfliktlösung. Sie zeigt die Interessenlage auf, erläutert die Gremien, Verfahren und Beteiligten der Konfliktlösung, entwirft ein theoretisches Modell und gibt Maßstäbe an die Hand, um die Konfliktlösung rechtlich bewertbar zu machen. Alle Aspekte der Untersuchung werden aus dem Blickwinkel des Rechts und dem des Politischen beleuchtet, etwa um klären zu können, ob ein Konflikt im Verfassungsrecht oder in der Politik wurzelt. Der Autor zieht darüber hinaus politikwissenschaftliche Forschungsergebnisse heran. Die Arbeit versteht sich als Versuch der Annäherung zwischen Staatsrechtslehre und Politikwissenschaft und als Beitrag, den Grenzbereich zwischen Recht und Politik auszuloten.

Dr. Karl Hauck und Prof. Dr. Wolfgang Noftz (Hrsg.), **SGB II: Grundsicherung für Arbeitsuchende**, Loseblatt-Kommentar einschließlich der 37. Lieferung, 3.814 Seiten in 2 Ordnern, € 104,-, ISBN 978 3 503 06374 1, Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG, Genthiner Str. 30 G, 10785 Berlin.

Die 37. Lieferung bringt eine Reihe von im Gesetzesteil abgedruckten landesrechtlichen Regelungen sowie die abgedruckten Vorschriften des

SGB III auf den aktuellen Rechtsstand. In der Lieferung sind außerdem aufgrund der geänderten Rechtslage erforderlich gewordene Überarbeitungen der Kommentierungen u. a. zu den §§ 16d (Arbeitsgelegenheiten), 44a (Feststellung von Erwerbsfähigkeit und Hilfebedürftigkeit) sowie § 77 (Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch) enthalten.

Sozialgesetzbuch SGB VI, Hauck/Noftz, Gesetzliche Rentenversicherung, Kommentar von Dr. Wolfgang Fichte, Richter am Bundessozialgericht; Miriam Banfelder, Richerin am Sozialgericht Nürnberg; Ministerialrat Udo Diel, Ministerium für Arbeit, Integration und soziales des Landes Nordrhein-Westfalen; Abteilungsdirektor i.R. Hugo Finke, Bundesversicherungsanstalt für Angestellte; Abteilungsdirektor Thomas Göhde, Deutsche Rentenversicherung Rheinland; Dr. Liselotte Günniker, Richterin am Bundessozialgericht; Leitender Verwaltungsdirektor Peter Kamprad, Deutsche Rentenversicherung Westfalen; Carsten Karmanski, Richter am Bundessozialgericht unter Mitarbeit von Verwaltungsoberamtsrat Rainer Liebich, Deutsche Rentenversicherung Bund und Leitender Verwaltungsdirektor Reinhard Ringkamp, Deutsche Rentenversicherung Westfalen, Kommentar Lieferung 3/11, Stand Juni 2011, Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG, Genthiner Str. 30G, 10785 Berlin-Tiergarten

Mit der Lieferung 3/11, Stand Juni 2011, wird der Kommentar weiter aktualisiert. Sie enthält eine Überarbeitung der K §§ 43, 58, 96a, 107 bis 109, 181, 183, 184, 295 und 313, die auf Grund verschiedener Gesetzesänderungen und zwischenzeitlich erfolgter Rechtsprechung erforderlich geworden ist.

Praxis der Kommunalverwaltung Landesausgabe Nordrhein-Westfalen. Herausgegeben von: Dr. Jürgen Busse, Prof. Dr. Hans-Günter Henneke, Dr. Hubert Meyer, Prof. Dr. Utz Schliesky, Prof. Dr. Gunnar Schwarting, Prof. Dr. Wolf-Uwe Sponer, Prof. Dr. Christian O. Steger, Hubert Stubenrauch und

Johannes Winkel, 435. Nachlieferung, Stand: Juni 2011, € 63,70, Kommunal- und Schulverlag, 65026 Wiesbaden, Postfach 3629.

B 5 NW – Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG). Neben der Aktualisierung der Kommentierung des § 13 GkG wurde ein Stichwortverzeichnis zum Kommentar erstellt.

B 6 NW – Gesetz über den Regionalverband Ruhr (RVRG). Die Erläuterungen der §§ 16, 17 und 22 RVRG wurden überarbeitet und ergänzt.

K 5 – Immissionsschutzrecht. Die Darstellung wurde vor allem im Hinblick auf die zwischenzeitlich erfolgten Rechtsänderungen und die neueste Rechtsprechung überarbeitet und ergänzt.

K 31b – Sprengstoffrecht. Durch die Förderalismusreform I wurde das Sprengstoffrecht ausschließlich der Gesetzgebungskompetenz des Bundes unterstellt. Die u. a. dadurch bedingten Änderungen der 1. und 2. Verordnung zum Sprengstoffgesetz wurden bei der Bearbeitung beachtet.

Praxis der Kommunalverwaltung Landesausgabe Nordrhein-Westfalen, Herausgeber: Dr. Jürgen Busse, Prof. Dr. Hans-Günter Henneke, Dr. Hubert Meyer, Prof. Dr. Utz Schliesky, Prof. Dr. Gunnar Schwarting, Prof. Dr. Wolf-Uwe Sponer, Prof. Dr. Christian O. Steger, Hubert Stubenrauch und Johannes Winkel, 436. Nachlieferung, Stand: Juli 2011, € 63,70, Kommunal- und Schulverlag, 65026 Wiesbaden, Postfach 3629.

E 4a NW-Kommunalabgabengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG NRW). Die Kommentierungen zu den §§ 3 (Steuern) und 6 (Benutzergebühren) wurden aktualisiert, wobei die neue Rechtsprechung berücksichtigt wurde. Darüber hinaus wurde der Text der Abgabenordnung auf den neuesten Stand gebracht.

E 4 b NW – Gebührengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (GebG NRW) mit der Allgemeinen Verwaltungsgebührenordnung (AVerw-GebO NRW). Diese Lieferung beinhaltet folgende Änderungen: Übersicht der Tarifstellen von Amtshandlungen, die in den Anwendungsbereich der europäischen Dienstleistungsrichtlinie fallen (§ 3 Erl. 20a), Aufnahme verschiedener Internetlinks

u.a. zum Bundesrecht, Aktualisierung der haushaltsrechtlichen Regelungen (zu § 19), Berücksichtigung der beiden neuen Spezialgebührenordnungen: Gebührenordnung für das amtliche Vermessungswesen und die amtliche Grundstückswertermittlung in NRW, Archivnutzungs- und Gebührenordnung NRW (s. Erl. zur AVerw-GebO NRW), Aktuelle Richtwerte, Überarbeitung der Erläuterungen zur Gebührenbefreiung von Gemeinden und Gemeindeverbänden unter Berücksichtigung des Gesetzes zur Revitalisierung des Gemeindewirtschaftsrechts (§ 8 Abs. 1 Nr.4), Rechtsprechung zu Richtlinien zur Ausschöpfung einer Rahmengebühr (§ 9 Erl.8), Rechtsprechung

zur Verursachung einer Amtshandlung (§ 13 Erl.3), Obergerichtliche Rechtsprechung in NRW zu dem in § 15 Abs. 2 enthaltenen Stufenverhältnis einer Gebührenermäßigung (§ 15 Erl.4), Obergerichtliche Rechtsprechung in NRW zum Rechtsbehelf gegen die Sach- und Kostenentscheidung (§ 22 Erl.4).

H 10 – Gesetz zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze (Krankenhausfinanzierungsgesetz – KHG). Die Ergänzungslieferung enthält die Kommentierungen zu der Fallpauschalenvereinbarung 2010 (FPV 2010) und der Vereinbarung

zur Bestimmung von Besonderen Einrichtungen für das Jahr 2010 (VBE 2010).

Beamtenrecht des Bundes und der Länder, Schütz/Maiwald, Gesamtausgabe B, 331. Aktualisierung, Stand: Juni 2011, ISBN 978-3-7685-5470-1, R. v. Decker, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH, Heidelberg, München, Landsberg, Frechen, Hamburg, www.rehmnetz.de

Diese Aktualisierung bietet Ihnen aktuelle Entscheidungen.